

Umkämpfte Migration

Ausgabe Nr. 30, 01. Oktober 2013



Ob auf hoher See, durch die Errichtung von Knästen, die Modifizierung von Aufenthaltsgesetzen oder Racial Profiling im deutschen Grenzgebiet – in allen Fällen zeigt sich: Einwanderung unterliegt einem Kontrollregime mit einem immer weiter ausufernden Einzugsbereich. In der Mainstream-Migrationsforschung dominiert die Vorstellung von Migration als linearem Ortswechsel, an dessen Ende die „Wiedereinpflanzung“ in ein anderes staatliches Territorium steht. Über Folgen von Migration wird öffentlich meistens in Verbindung mit Themen wie Sozialhilfe, Kriminalität, Verfassungstreue, Sexismus und Bildung gesprochen – mit der für die Betroffenen dahinter stehenden Anweisung zur „Integration“. Aber warum wird der historische Normalzustand, die Existenz von Migrationsbewegungen, als derart kontrollbedürftig begriffen? Kritische Perspektiven skandalisieren nicht nur den Rassismus in Institutionen und Alltag, sondern zeigen auch auf, dass der Nationalstaat durch Migrationsbewegungen und Praktiken von Migrant_innen fortwährend herausgefordert wird. Denn die Ideologie des Nationalstaats besagt, dass sein Souverän durch ein sesshaftes Volk gebildet werden muss. Altbekanntes wird neu erinnert, wenn Grenzen, Ausbeutung und Rassismus unter der Perspektive des Widerstands betrachtet werden. Wir fragen deshalb in dieser Ausgabe, was es bedeutet, Migration nicht als an- und abstellbaren Wasserhahn zu begreifen, wie es staatstragende Perspektiven tun. Diese Kämpfe stehen auch im Fokus einer am 4. September erschienenen [Erklärung](#) des Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet), die wir unterstützen. Darin heißt es: „Wir antworten dem alten, neuen Rassismus mit einem kosmopolitischen, den nationalen Albtraum hinter sich lassenden Verständnis von Gesellschaft, das die freie Mobilität aller und das Recht auf politische und soziale Teilhabe voraussetzt – unabhängig von Papieren und Status. Solidarisieren wir uns mit den Kämpfen der Migration.“ Bei der Betrachtung aus der Perspektive der Kämpfe geht es uns auch um zwei weitere Fragen: In welcher Gestalt treten diese Kämpfe gegenwärtig wo auf? Wie transformieren die Kämpfe von Migrant_innen Kapitalismus, Rassismus und Migrationspolitiken?

Was es heißt, Rassismus in Konjunkturen zu erfassen oder Migrationsgeschichte als Geschichte von sozialen Kämpfen zu untersuchen, zeigt die Arbeit "Die windige Internationale" von Manuela Bojadzijev, die Katharina Schoenes in ihrer Rezension [„Perspektiven der Befreiung“](#) würdigt. Der selbstorganisierte Streik von Migrant_innen bei der Firma Pierburg vor vierzig Jahren ist Gegenstand eines Buches, das Sebastian Friedrich in seiner Rezension [„Noise bei Pierburg“](#) als materialreiche Dokumentation eines denkwürdigen historischen Beispiels für erfolgreiche soziale Kämpfe seitens Migrant_innen in Deutschland empfiehlt. Wie es gegenwärtig um die Kämpfe der Migration und die Artikulation von Rechten bestellt ist, zeigt der Band „Wer MACHT Demo_kratie?“, den Heinz-Jürgen Voß [gelesen](#) hat. Daran anschließend rezensiert Biplab Basu die Interview- und Essaysammlung [„InderKinder“](#), die Perspektiven auf die indisch-deutsche Migrationsgeschichte versammelt. [„Migration und Regulierung“](#) lautet der Titel eines von Magnus Treiber rezensierten Buches von Ceren Türkmen, die sich kritisch mit der Verhandlung und

Vereinnahmung von migrantischen Praktiken unter den Schlagworten Identität und Kultur in der deutschen Kulturindustrie auseinandergesetzt hat.

Auf der Ebene europäischer Migrationspolitik wird stets die Drittstaatenregelung als einschneidende Veränderung benannt, die in Deutschland seit 1993 gilt. Zum anderen sorgen die findigen Praktiken von Migrant_innen auf dem Weg nach Europa für die Entstehung sich stetig verändernder Migrationsrouten, die auch durch Organisationen wie Frontex oder die Internationale Organization of Migration (IOM) beobachtet und analysiert werden. Das von Marika Pierdicca rezensierte Buch [„Bilal“](#) zeigt exemplarisch auf, wie das Bewältigen einer Transitroute wie der vom Senegal nach Lampedusa aussehen kann. Jens Zimmermann [bespricht](#) analog dazu den Sammelband „Grenzregime“, anhand dessen er zentrale Thesen von der „Europäisierung der Migrationspolitik“ bis zur „Externalisierung von Grenzen“ erläutert. In welcher Weise sich die rassistische Ausgangslage für Migrant_innen in europäischen Ländern verändert, zeigt der Band [„Nation – Ausgrenzung – Krise“](#), den Zülfukar Çetin für kritisch-lesen gelesen hat. Den Komplex Abschiebung mit der ihm eigenen Logistik, seinen Bedingungen, seinen verschiedenen Orten der Produktion von Leid ebenso wie des Widerstands beschreibt Miltiadis Oulios in seinem Buch „Blackbox Abschiebung“ – Martina Benz macht uns seine „Theorie der Abschiebung“ zugänglich, die von zahlreichen Porträts von [„Leuten, die gerne geblieben wären“](#) begleitet wird. [„Im Land der Frühaufsteher“](#) ist der Titel eines Romans, dem es laut der Rezensentin Sharon Otoo gelingt, die schwierige Frage nach den unterschiedlichen Perspektiven von Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten aufzugreifen und zu lösen. Um die Verschiebung der Perspektive geht es nach Bente Gießelmann auch in dem Buch [Antiziganistische Zustände 2](#), dessen Autor_innen mit ihrer kritischen Intervention die gesellschaftliche Mitte auffordern, ihre eigenen antiziganistischen Stereotype zu hinterfragen.

Erfahrungen von Krankheit von undokumentierten Lateinamerikaner_innen sind nach Susann Huschke durch mehr als das physische Leiden geprägt: Durch Illegalisierung entsteht auch ein „soziales Leiden“, das gesundheitsschädlich ist. Flaminia Bartolini [rezensiert](#) Susann Huschkes Studie, in der deutlich wird, dass unter anderem eine gemeinsame Lobbyarbeit der Versorgungsanbietenden noch immer fehlt. Das Wohlergehen von anderen als Aufgabe von Migrantinnen hat hingegen Konjunktur: Im Bereich der durch „Wohlstandsgefälle“ entstandenen Care-Arbeit sorgen Frauen einerseits für „fremde“ Haushalte, andererseits auch für ihren transnationalen Haushalt. Wie das Leben ukrainischer Hausarbeiterinnen sich dadurch verändert und was das über den Komplex Geschlecht, Klasse und Migration aussagt, ist in [„Transnationales Haushaltsmanagement“](#) von Irene Messinger zu erfahren, die das Buch „Hausfrau für zwei Länder sein“ rezensiert.

In weiteren aktuellen Rezensionen außerhalb des Schwerpunkts diskutiert zunächst mit [„Staatsverschuldung: Geliebter Feind“](#) Patrick Schreiner Ingo Stützles Buch „Austerität als politisches Projekt“, das unter anderem die dominante Rolle der neoliberalen Wirtschaftspolitik Deutschlands innerhalb der europäischen Währungsunion aufarbeitet. Christian Baron lobt in [„Der elitäre Blick auf soziale Probleme“](#) die Neuerscheinung des Elitenforschers Michael Hartmann, die – den Zusammenhang von Armut und Reichtum voraussetzend – Einstellungen in der sogenannten Elite und ihre Hintergründe sowie Erklärungsansätze für fehlendes Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen präsentiert. In [„Die menschliche Seite der Dekonstruktion“](#) beglückwünscht Philipp Dorestal den Autor Benoît Peeters für eine gelungene Biografie über den Philosophen Jacques Derrida. Anders Sebastian Kalicha, der nach dem Lesen der Autobiografie des Jazz-Musikers Charles Mingus dessen Musik nicht mehr unbeschwert hören kann, wie er in [„Jazz + Sex hoch zwei“](#) erklärt. Christian Stache erläutert in seiner [Besprechung](#) des Buches „Antispeziesismus“ von Matthias Rude aus materialistischer Sicht, warum erst mit einem konsequenten Antikapitalismus die Beendigung der Ausbeutung von Mensch und Tier gelingen kann. Zu welchem Denken etwas theoretisch so unhaltbares wie die Extremismustheorie führen kann, zeigt Friedrich Burschel in [„Lenin heißt jetzt Jesus“](#). Darin polemisiert er gegen Sabine Rennefanz, die meint, aufgrund ihrer DDR-Sozialisation Verständnis für die rassistischen Morde des NSU aufbringen zu

müssen. Eine neue Veröffentlichung zum Thema Intergeschlechtlichkeit lässt Inters* selber zu Wort kommen – „jenseits ihres Status als Betroffene“. Nach der Lektüre lobt Andreas Hechler viel und kritisiert Weniges in seiner Besprechung „[Hermstories](#)“. Martin Brandt fokussiert in seiner Rezension „[Sprachpolitik als Klassenprivileg](#)“ schließlich einige theoretische Schwachstellen der aktuellen sprachpolitischen Intervention Lann Hornscheidts und plädiert für einen entspannteren Umgang in der politischen Praxis.

Perspektiven der Befreiung

Manuela Bojadžijev



Manuela Bojadžijev

Die windige Internationale

Rassismus und Kämpfe der Migration

Anhand der bundesdeutschen Migrationsgeschichte und unter Rückgriff auf theoretische Überlegungen von Autoren wie Etienne Balibar, Louis Althusser, Nicos Poulantzas und Toni Negri entwickelt Manuela Bojadžijev eine relationale Theorie des Rassismus und seiner Konjunkturen.

Rezensiert von [Katharina Schoenes](#)

Am Anfang der Untersuchung „Die windige Internationale“ von Manuela Bojadžijev steht die Beobachtung, dass die Geschichte des migrantischen antirassistischen Widerstands eine Leerstelle in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung darstellt. Wer weiß beispielsweise, dass Migrant_innen sich Mitte der 1970er Jahre in Reaktion auf die für sie nachteilige Reform der Kindergeldregelung in vielen Städten in so genannten Kindergeldkomitees organisiert und Demonstrationen mit mehr als 10.000 Teilnehmer_innen auf die Beine gestellt haben? Oder dass Arbeiter_innen auf Initiative migrantischer Frauen in einem der vielen [„wilden Streiks“ des Jahres 1973 in der Firma Pierburg in Neuss](#) eine Lohnerhöhung und die Abschaffung der Leichtlohngruppe, in der mehrheitlich migrantische Frauen beschäftigt waren, erkämpft haben? Dass diese und unzählige weitere Geschichten des Widerstands in Vergessenheit geraten sind, führt Bojadžijev in Anlehnung an Walter Benjamins Geschichtsphilosophische Thesen darauf zurück, dass Geschichtsschreibung selbst herrschaftlich strukturiert ist: Offiziell wird Geschichte aus der Perspektive der jeweiligen „historischen Sieger“ erzählt; Erinnerungen an soziale Kämpfe und Praktiken des Widerstands gegen Herrschaft und Ausbeutung werden indessen unterdrückt und ausgelöscht.

Dies hat zur Folge, dass Migrant_innen in der bestehenden Geschichtsschreibung wahlweise als gesichtslose, anpassungsbereite Arbeiter_innen, als passive Objekte staatlicher Anwerbepolitiken oder als naive Opfer erscheinen, die sich scheinbar gegen die Ausbeutung in den deutschen Betrieben, die alltäglichen Erfahrungen mit Rassismus und die schlechten Wohnverhältnisse in den Wohnheimen nicht zur Wehr gesetzt haben. Vor dem Hintergrund dieser problematischen Verengungen entwickelt Manuela Bojadžijev das Vorhaben, einen „Perspektivwechsel“ (S. 46) einzuläuten, die Geschichte der Migration als Geschichte der Kämpfe neu zu verstehen und damit einen Bezug auf die Vergangenheit zu ermöglichen, der nicht existierende Herrschaftsbeziehungen stabilisiert, sondern im Gegenteil „eine Perspektive der Befreiung von Rassismus“ (S. 13) eröffnet. Damit ist zum einen der Anspruch verbunden, das in der deutschen Migrationsforschung bis heute verbreitete Bild der Migrant_innen als Spielbälle von Kräften, auf deren Walten sie keinen Einfluss haben, zu dekonstruieren; zum anderen geht es darum, mit der Vorstellung zu brechen, Rassismus habe in statischer Weise immer die gleichen Gruppen auf die gleiche Art unterworfen. Dem möchte Bojadžijev ein Verständnis von Rassismus entgegensetzen, das die Kämpfe gegen Rassismus zum Ausgangspunkt macht, in dem mithin die Konjunkturen des Rassismus im Verhältnis zu sozialen Kämpfen bestimmt werden.

Autonomie der Migration

Um eine Bestimmung der Konjunkturen des Rassismus in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre vornehmen zu können, entwirft Bojadžijev im ersten Teil des Buches ein begriffliches

und theoretisches Instrumentarium, anhand dessen sie im Anschluss die bundesdeutsche Migrationsgeschichte als Geschichte der Kämpfe neu interpretiert. Dies tut sie in Auseinandersetzung mit den für die deutsche Debatte wesentlichen kritischen Rassismustheorien sowie mit drei ihrer Ansicht nach gelungenen Arbeiten zu Kämpfen der Migration und Rassismus in unterschiedlichen kapitalistischen Gesellschaftsformationen. Die detaillierte und äußerst spannend zu lesende Untersuchung der Auseinandersetzungen um Migration, die Gegenstand des historisch-empirischen Kapitels ist, gliedert sich in drei Themenkomplexe: Es geht um Einwanderungspraktiken, um Arbeitskämpfe und schließlich um Auseinandersetzungen im Bereich der Reproduktion (Wohnen, soziale Zentren).

Bojadžijevs Untersuchung liegt eine weite, an das operaistische Verständnis angelehnte Konzeption von sozialen Kämpfen zugrunde. Häufig sind es nicht „spektakuläre“ und singuläre soziale Auseinandersetzungen, die im Zentrum ihrer Analyse stehen, sondern vielmehr „beiläufige“ (S. 120) und „findige“ (S. 118) Praktiken des Alltags, mit deren Hilfe es Migrant_innen „zuweilen kollektiv, mitunter individuell, manchmal nur temporär, aber bisweilen dauerhaft“ (S. 119f.) gelungen ist, sich kleine Freiräume zu schaffen und ausbeuterischen Verhältnissen ein Stück weit zu entfliehen. Hierzu zählen im Bereich der Auseinandersetzungen um Arbeit Strategien wie

„Sabotage, Blaufeiern, Krankmelden, der so genannte ‚Bummelstreik‘, also nicht selten renitente Praktiken, die sich der Arbeit zu entziehen suchten, anstatt sich dieser explizit zu widersetzen. Die Devise lautete eher, so wenig wie möglich anstatt für mehr Geld zu arbeiten“ (S. 154).

Mit Blick auf Einreisetechniken widerlegt Bojadžijev überzeugend den verbreiteten „Mythos“, der besagt, die Arbeitsmigration nach Deutschland sei allein durch den „Ruf der deutschen Wirtschaft nach Arbeitskräften“ (S. 98) initiiert worden. Tatsächlich kann sie zeigen, dass Migrant_innen immer in der Lage waren, verschiedene Einreisewege flexibel miteinander zu kombinieren und die staatlichen Anwerbeabkommen mithin nur einem Versuch gleichkamen, eine bereits existierende Mobilität in geregelte und kontrollierbare Bahnen zu lenken (S. 108). So stark sich also die Ausdrucksformen unterscheiden, die die Kämpfe der Migration in verschiedenen Lebensbereichen und Kontexten angenommen haben, so verbindet sie doch die Gemeinsamkeit, dass sie eine relative Autonomie von staatlichen (Kontroll-) Politiken entwickelt haben. Letztere standen daher immer wieder vor der Herausforderung, sich neu zu organisieren und so auf die autonomen Praktiken zu reagieren – dies ist eine der zentralen Thesen, die sich wie ein roter Faden durch das Buch zieht.

Historische Verbindungen

In Bojadžijevs Arbeit werden Geschichten des Widerstands erzählt. Sie handeln von Menschen, die selbst nach mehrfachen Abschiebungen nicht bereit waren, ihre Migrationspläne aufzugeben und immer wieder aufs Neue als Tourist_innen, als Mitglieder von (Schein-) Sportmannschaften oder als Künstler_innen eingereist sind, bis sie schließlich Wege fanden, ihren Aufenthalt in Deutschland abzusichern und zu verstetigen. Sie handeln außerdem von Arbeitskämpfen und Mietstreiks, in denen migrantische und deutsche Arbeiter_innen zumindest punktuell in der Lage waren, institutionalisierte Spaltungen zu überwinden und gemeinsame Erfolge zu erzielen. Insofern ist es Bojadžijev auf beeindruckende Weise gelungen, den in Aussicht gestellten Perspektivwechsel hin zu Kämpfen und Subjekten zu vollziehen und

„eine historische Verbindung zwischen den antirassistischen Praktiken heute und den mehrheitlich von Migrantinnen und Migranten getragenen Mietboykotts, Betriebskämpfen und wilden Streiks seit den 1960er Jahren zu ziehen, mithin unserer Zeit die Erinnerung an jene sozialen Kämpfe zurückzugeben, deren Wissen nicht tradiert worden ist“ (S. 12).

Zugleich werden allerdings auch Momente, in denen Menschen sich entsolidarisiert haben sowie Prozesse der Reorganisation von Herrschaft und Rassismus thematisiert – einer einseitigen

Romantisierung der Kämpfe der Migration ist somit vorgebeugt.

Nicht ganz so überzeugend wie der Rest der Untersuchung ist das Schlusskapitel. Darin unternimmt Bojadžijev eine Theoretisierung des Verhältnisses von Rassismus und sozialen Kämpfen, verbleibt aber auf einer sehr abstrakten Ebene und formuliert schließlich wenig greifbare Antworten. Nichtsdestotrotz ist „Die windige Internationale“ ein äußerst lesenswertes Buch, das bisher unbekannte beziehungsweise vergessene Perspektiven auf Migration und Rassismus in Deutschland eröffnet, die punktuell immer auch „Perspektive[n] der Befreiung“ (S. 13) (von Rassismus) miteinschließen.

Manuela Bojadžijev 2012:

Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. 2. Auflage.

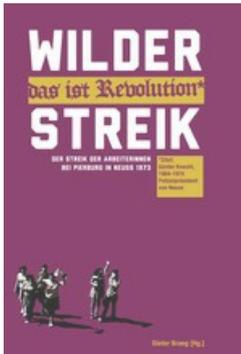
Westfälisches Dampfboot, Münster.

ISBN: 978-3-89691-667-9.

310 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Katharina Schoenes: Perspektiven der Befreiung. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1161>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Noise bei Pierburg



Dieter Braeg (Hg.)

"Wilder Streik - das ist Revolution"

Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973

Die Dokumentensammlung erinnert an einen im Wesentlichen durch Migrantinnen initiierten und getragenen Streik bei einem Automobilzulieferer.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Ende August 1973 fand in den Ford-Werken in Köln-Niehl ein „wilder Streik“ statt. 300 türkeistämmige Arbeiter_innen sollten fristlos entlassen werden, weil sie verspätet aus dem Jahresurlaub kamen. Dagegen und gegen niedrige Löhne beehrten die Arbeiter_innen auf. Nachdem anfänglich deutsche Arbeiter_innen sich noch mit ihren Kolleg_innen solidarisierten, kippte nach wenigen Tagen die Stimmung. Serhat Karakayali (2005) resümiert, dass der Streik letztlich an der Spaltung in Deutsche und Ausländer gescheitert sei. „Werksleitung, Betriebsrat und Medien hatten es nach und nach geschafft, die ohnehin schon strukturell unterschiedlichen Interessen ideologisch zu verfestigen.“ Während der Ford-Streik durch die Erinnerungsarbeit von Aktivist_innen mittlerweile relativ bekannt ist, sind viele andere Kämpfe, die von Arbeitsmigrant_innen Anfang der 1970er Jahre geführt wurden, zunehmend in Vergessenheit geraten. So streikten im August 1973 nur wenige Kilometer entfernt von Köln in Neuss bei dem Autozulieferer Pierburg tausende Arbeiter_innen. Der nun von Dieter Braeg, einem damals beteiligten Aktivist, herausgegebene Sammelband „Wilder Streik – das ist Revolution“ dokumentiert die Ereignisse um diesen Arbeitskampf in erster Linie anhand zahlreicher damals erschienener Texte, Interviews und Berichte.

Rassismus, Geschlechterverhältnisse und Streik bei Pierburg

Die Firma Pierburg ist ein klassisches Beispiel für die Wirkmächtigkeit von Rassismus, Klassen- und Geschlechterverhältnissen auf die Organisation von Arbeit in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre. Während in den Niedriglohngruppen fast ausschließlich Arbeitsmigrant_innen beschäftigt waren, gab es in der Facharbeitergruppe „nur zwei, drei Jugoslawen, einen Griechen, also fast ausschließlich Deutsche“ (S. 110), die Vorarbeiter waren sogar ausschließlich Deutsche. Die Fakten der Lohndiskriminierungen werden in einem im Anhang des Buches versteckten, aber sehr aufschlussreichen Referat des Herausgebers Braeg aus dem Jahr 1975 deutlich. Migrantische Arbeiter_innen würden erstens aufgrund der Lohngruppen schlechter gestellt, zweitens wegen ihrer kürzeren Betriebszugehörigkeit durch „Rotation“ oft gesteuert, bekämen etwa weder Weihnachtsgeld noch Jahresprämie und erhielten drittens insgesamt „die schlechtesten und schlecht bezahlten Arbeitsplätze“ (S. 167). Besonders betroffen waren Migrantinnen. Während beispielsweise ein Aufstieg innerhalb des Betriebs männlichen Migranten vereinzelt gelang, war gleiches für Migrantinnen praktisch unmöglich.

Übergeordnet war es eine auf Rassismus und Geschlechterverhältnissen beruhende Segmentierung der Arbeit, die zum selbstorganisierten „wildem“ Streik im August führte. Diesem gingen allerdings zwei Streiks bei Pierburg voraus. 1969/70 protestierten bei selbstorganisierten Streiks jugoslawische Arbeiterinnen (ausschließlich Frauen) in erster Linie gegen die Wohnverhältnisse.

Die Frauen wehrten sich gegen massive Einschränkungen im Privatbereich; so sah die Hausordnung der Wohnheime, in denen sie lebten, vor, dass „peinlichste Sauberkeit“ zu halten sei, „das Anbringen von Bildern und dergleichen“ eine Zustimmung der Hausleitung bedürfe oder es verboten sei, ohne Genehmigung des Hausmeisters Besuch zu empfangen (S. 93f.). Die Frauen hatten Erfolg: Nach und nach wurden die Wohnheime abgebaut und auch die niedrigste Lohngruppe (Lohngruppe I) abgeschafft, was zu einer – wenn auch geringen – Lohnerhöhung führte. Hier gab es bereits Solidarisierungen der deutschen Arbeiterinnen. Wenige Monate vor dem Auguststreik gab es im Juni 1973 einen weiteren spontanen Streik, in dem neben zahlreichen anderen Forderungen zentral die der Abschaffung der Lohngruppe II sowie die Erhöhung des Lohns für alle um eine Mark waren. Der Streik dauerte nur zwei Tage, da Pierburg durch kleinere Gehaltsaufbesserungen den Streik unterlaufen konnte. Der Unternehmensleitung war viel daran gelegen, die Lohngruppe II zu erhalten und die Kosten der Arbeitskraft weiterhin niedrig zu halten. Zudem sollten im Herbst 300 schon länger bei Pierburg arbeitende Migrantinnen entlassen und durch neue – und dadurch günstigere – Arbeiterinnen ersetzt werden.

Gegen diese geplanten Entlassungen richtete sich zunächst der Streik von 200 bis 300 Arbeiter_innen, die am Montag, dem 13. August 1973, zur Frühschicht die Arbeit nicht aufnahmen. Viele Arbeiter_innen in der Fabrik solidarisierten sich nach der Frühstückspause mit den Streikenden vor der Fabrik: 600 schlossen sich an, womit die Produktion lahmgelegt war. Der Streik dauerte die ganze Woche und viele deutsche Arbeiter_innen, auch einige Facharbeiter, solidarisierten sich.

Der Streik wurde von heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei begleitet, die sich schnell herumsprachen, einige Journalist_innen auf den Plan riefen und so ihren Weg bis in die Tagesschau fanden. Binnen kurzer Zeit solidarisierten sich auch viele Neusser Bürger_innen und unterstützten die Streikenden aktiv. Auch die IG Metall in Neuss, die zwar offiziell den Streik nicht unterstützen konnte, erklärte sich solidarisch. Durch die Gefährdung der Automobilproduktion bei Ford und Opel durch die Streiks bei den Zulieferern Pierburg und Hella schaltete sich ein Arbeitgebervertreter ein, was den Druck auf Pierburg erhöhte. Und tatsächlich, der Streik hatte großen Erfolg: Fünf Tage nach Streikbeginn wurde verkündet, die Lohngruppe II falle weg und es werde Lohnzuschläge von 53 bis 65 Pfennige geben. Die Streikenden erklärten sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Solidarisierungen

Das Buch erinnert an den Streik und vermittelt durch viele Originaldokumente einen Eindruck der Atmosphäre des Kampfes vor vierzig Jahren. Aus heutiger Sicht lohnt es sich, den Streik genauer unter die Lupe zu nehmen, denn anders als beim bekannten Ford-Streik kam es zu Solidarisierungen seitens der deutschen Arbeiter_innen. Die Migrantinnen bei Pierburg forderten Solidarität ein in ihrem Kampf gegen eine durch Rassismus *und* durch Geschlechterverhältnisse geprägte Organisation der Arbeit, etwa als sie diejenigen Arbeiter_innen, die weiterarbeiteten, mit Rosen beschenkten, aber klar die Bitte um Mithilfe beim Streik formulierten. Eine damalige Gewerkschaftsjugendvertreterin beschreibt in einer Rückschau im Buch eindringlich, wie sie Tränen in den Augen hatte, als am Donnerstag die Kolleg_innen des Werkzeugbaus nach 9 Uhr ihre Arbeit niederlegten und mit erhobenen Rosenstrauß sich solidarisierend auf die Streikenden zgingen.

Die gelungene Solidarisierung gelang nicht zuletzt dank eines linken Betriebsrats, der es nach jahrelangen Kämpfen im Jahr 1972 schaffte, den alten unternehmerfreundlichen Betriebsrat abzulösen, was sich wesentlich auf die Repräsentation auswirkte. War die Mehrheit des Vertrauenskörpers zu diesem Zeitpunkt bereits mehrheitlich durch Migrant_innen besetzt, wurde bei der Zusammensetzung des Betriebsrats darauf Wert gelegt, dass mindestens 50 Prozent Migrant_innen und eine Person pro Nationalität vertreten waren. Außerdem wurden Informationsflugblätter in allen Sprachen der im Betrieb Beschäftigten verteilt und die

Betriebsversammlungen in allen Sprachen abgehalten, auch wenn diese dadurch durchschnittlich knapp fünf Stunden dauerten.

Der Betriebsrat widmete sich außerdem Problemen, die nicht konkret die Arbeit betrafen, „sondern auch die Probleme der Wohnung, Ausbildung, des Kulturlebens, der rechtlichen Situation“ (S. 170). So forderte der Betriebsrat unter anderem die Garantie einer akzeptablen Wohnung und die sofortige Aufhebung der seit 1973 erlassenen Beschränkungen wie Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse, Bevorzugung von Deutschen bei der Arbeitsplatzvergabe, Zuzugsbeschränkungen in Ballungsgebieten und die diskriminierende Kindergeldregelung.

Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes

Imposant an dem Buch ist die fühlbare Freude an der Solidarität und am gemeinsamen Kampf. Das gelingt zum einen durch den beiliegenden Dokumentarfilm aus dem Jahr 1975, der die Geschichte des Streiks und der Solidarität in Bilder packt und es schafft, die Atmosphäre auch emotional fassbarer zu machen. Das gelingt zum anderen durch die zahlreichen Originaldokumente im Buch. Zwar hätten diese besser kontextualisiert werden können – bei manchen Dokumenten braucht es eine gewisse Zeit bis sich Indizien verdichten, von wem und wann der Text verfasst wurde. Schade ist zudem, dass nur wenige eigens für das Buch verfasste Texte aus heutiger Sicht die Ereignisse reflektieren, weshalb kaum thematisiert wird, was aus den Streikenden von damals geworden ist. Dennoch: Die Fülle an Originaldokumenten fängt durch ihre Sprache und ihren Stil eindringlich gefühlte und gelebte Solidarität authentisch ein. In einem dokumentierten Streikbericht eines linken Gewerkschafters heißt es:

„Plötzlich ist ein türkischer Dudelsackspieler da, im Werk auf dem Hof und vor dem Werk bilden sich Gruppen aus Männern und Frauen aller Nationalitäten und man beginnt zu tanzen. Die Deutschen machen mit, hilflos am Anfang, aber die Mädchen zeigen ihnen, wie man die Füße setzen muß. ‚Dies ist der schönste Tag meines Lebens‘, sagt ein älterer deutscher Arbeiter, ‚heute halten wir alle zusammen, das habe ich noch nie in meinem Leben erlebt. Pierburg kann uns nicht schaffen!“ (S. 23)

Der Streik bei Pierburg ist, wie Manuela Bojadzijeve (2008) in ihrer umfangreichen und ausgezeichneten Studie „Die windige Internationale“ (siehe die [Rezension von Katharina Schoenes](#) in dieser Ausgabe) festhält, ein Beispiel dafür, wie rassistische Spaltungen unterlaufen werden konnten – trotz der Strategien der Unternehmensleitung, staatlicher Apparate und der Presse, die Kampfbereitschaft der Belegschaft zu schwächen. Dies gelang, da

„Migrantinnen beharrlich auf Allianzen setzten und Solidarität einforderten. Die hatten sie durch gezielte Interventionen erreicht: durch Besuch der Kneipen, die sie sonst nicht frequentierten, durch Einfluss auf die deutschen Facharbeiter, durch die temporäre Aneignung der Fabrik, die zumindest für einen Tag festartigen Charakter erhielt“ (Bojadzijeve 2008, S. 170).

Der Band hält diese Momente der Solidarität fest und würdigt mit hoher Authentizität einen kurzen Augenblick des gelungenen Widerstands, der Platz finden sollte im kollektiven Gedächtnis der Linken.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bojadzijeve, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Karakayali, Serhat (2005): Lotta Continua in Frankfurt, Türken-Terror in Köln. Migrantische Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik. In: Grundrisse 14 (2/20015). Online [hier](#).

Dieter Braeg (Hg.) 2012:

"Wilder Streik - das ist Revolution". Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973.

Die Buchmacherei, Berlin.

ISBN: 978-3000399046.

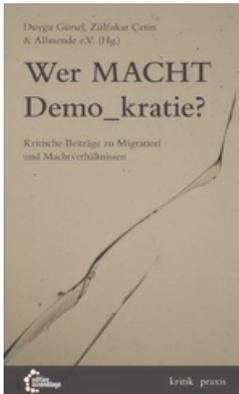
178 Seiten. 13,50 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Noise bei Pierburg. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/

2013, ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1165>.

Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Macht und Ausschlüsse



Duygu Gürsel, Zülfukar Çetin & Allmende e.V. (Hg.)

Wer Macht Demo_kratie?

Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen

„Wer MACHT Demo_kratie?“ vereinigt aktivistische und theoretische Positionen und ermöglicht einen kritischen Blick auf Machtverhältnisse und Ausschlüsse der Demokratie in der Bundesrepublik.

Rezensiert von [Heinz-Jürgen Voß](#)

Vor dem Hintergrund sich zuspitzender gesellschaftlicher Verhältnisse – im internationalen Maßstab, wie auch lokal in Berlin, München und Hamburg – stellt der Band „Wer MACHT Demo_kratie?“ zentrale Fragen nach Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen in aktuellen sich als „demokratisch“ bezeichnenden Gesellschaften. Klassenspezifische Ausschlüsse, wie sie sich bei Gentrifizierung zeigen, die prekäre und oft lebensbedrohliche Situation von Flüchtlingen, in die sie durch den deutschen Staat gebracht werden sowie der Blick auf das Gesamtverständnis von Unterdrückungsmechanismen kennzeichnen den Band. Wie dienen Klassenunterdrückung und Rassismus, aber auch die Unterdrückung nach Geschlecht dazu, privilegierte Positionen von Menschen für wenige zu sichern, während andere Menschen ausgeschlossen werden? Wie funktionieren die Machtmechanismen zur Unterdrückung und welche Strategien könnten dagegen hilfreich sein?

Im Anschluss an eine von Allmende e.V., dem Netzwerk MiRA (Migration, Research and Action) und der Humboldt-Universität zu Berlin im Winter 2011/2012 veranstaltete Ringvorlesung haben Duygu Gürsel und Zülfukar Çetin zahlreiche der Vortragenden für diesen Sammelband gewonnen. Der Band greift zentrale Themen der Ringvorlesung auf und stellt sie einem breiteren Publikum vor. Beide Herausgeber_innen arbeiten selbst an den vorgestellten Themen: Gürsel als Aktivistin bei Allmende e.V. und Sozialwissenschaftlerin und Doktorandin an der HU-Berlin (zum Thema „Prekarisierung, Migration und Affekte“); Çetin engagiert sich ebenfalls in zahlreichen aktivistischen Kontexten und seine Dissertation „Homophobie und Islamophobie“ wurde auch international mit Interesse wahrgenommen.

Dimensionen des Rassismus

Die Herangehensweise, über qualitative Interviews praktische Erfahrungen konkreter Menschen in die wissenschaftliche Theoriebildung einzubeziehen, kennzeichnet in hohem und produktivem Maße auch den Sammelband Gürsels und Çetins. Auf diese Weise wird die Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse stets um die Handlungsebene zur emanzipatorischen Entwicklung von Politik ergänzt. So haben in „Wer MACHT Demo_kratie?“ zentral Flüchtlinge das Wort, die eigene Situation und mögliche Auswege zu beschreiben. Das gilt etwa für das von Gürsel geführte Interview mit einer Aktivistin der Gruppe Women in Exile, ebenso für den Beitrag des in der Flüchtlingswiderstandsbewegung aktiven Turgay Ulu, „Eine Widerstandserfahrung der Flüchtlinge in Deutschland“. Ulu, selbst Journalist und Autor, engagierte sich seit den 1980er Jahren in revolutionären Zusammenhängen in der Türkei, wurde dort schließlich auf Grund seines linken Aktivismus verhaftet, gefoltert und musste flüchten. Er gibt einen Überblick über die europäische

und deutsche Abschottungspolitik, thematisiert Residenzpflicht und Isolation als zentrale Probleme und zeigt schließlich auf, was die Kämpfe der Flüchtlinge bereits erreicht haben. Auch die Vertreterin der Gruppe Women in Exile fokussiert im Interview die deutsche Lagerpolitik und die existenziellen Bedrohungen, die diese bedingt. Die Frauen der Gruppe engagieren sich gegen diese Zustände.

Weitere Beiträge fokussieren spezifisch Politik, Recht, Wissenschaft und Kunst im vereinigten Deutschland, zwei Beiträge wenden sich der Migrationspolitik und dem Rassismus in der DDR zu. Dabei werden Widerstandshandlungen von Migrant_innen gegen repressive Politiken ebenso thematisiert (Christiane Mende, S. 158-161), wie die derzeit noch dominante Diskursfigur der Verschiebung des Rassismus: „Mit dem Verweis auf Rassismus im Osten und der Nicht-Benennung von Rassismus im Westen [wird] verhindert, dass struktureller Rassismus in der BRD in den Blick kommt“ (Urmila Goel, S. 145).

Bereits vor Erscheinen des Bandes sorgte der Beitrag von Koray Yilmaz-Günay und Salih Alexander Wolter „Pink Washing Germany? Der deutsche Homonationalismus und die jüdische Karte“ für Aufsehen. In ihm wird pointiert die Politik von Teilen der „mehrheitsdeutschen“ Schwulenbewegung angegangen, die sich insbesondere in deutlicher Abgrenzung – teilweise in klarer Gegnerschaft – zu Jüd_innen als Opfergruppe stilisierten. Yilmaz-Günay und Wolter zeigen in dem Beitrag die Problematik der Geschichtsverkehrung, unter anderem in Bezug auf aktuelle „Denkmalpolitik“:

„Der identitätspolitische Wahn behandelte gar Homosexuell- und Jüdischsein wie Antagonismen‘ [...], kritisierte der Publizist Eike Stedefeldt 2007 die Planung des im folgenden Jahr eingeweihten Berliner Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Ein Stück ‚Appropriation Art‘, steht es mit seiner künstlerischen Aneignung vor allem für die politische Anmaßung der schwul-lesbischen Initiator_innen, die gegen das Denkmal für die ermordeten Jüd_innen Europas polemisiert hatten, weil es ‚ihre‘ Opfer zurücksetze: Bewusst wirkt der einsame Klotz im Zentrum Berlins wie verstoßen aus dem Arrangement der 2711 Stelen, die schräg gegenüber an die Opfer der Schoah erinnern. ‚Dass am Denkmal für die ermordeten Juden Europas mehr Homosexueller gedacht werden könnte als an jedwedem Homo-Gedenkort, weil von sechs Millionen ermordeten Juden schätzungsweise 300.000 homosexuell waren, lag fernab der Debatte“ (S. 65).

Während sich einige „mehrheitsdeutsche“ Schwule als „Opfer“ stilisierten, arbeiteten sie gleichzeitig zunehmend darauf hin, genauso privilegiert wie andere „mehrheitsdeutsche“ Männer zu werden – auch über rassistische und sexistische Politiken. Yilmaz-Günay und Wolter erläutern hier insbesondere das an Jasbir Puar anschließende Konzept des „Homonationalismus“ mit Blick auf den deutschen Kontext.

„Aufwertung“ und Rassismus

Den Anteil von einigen Mittelschichts-Schwulen an rassistisch und klassistisch ausgrenzender Politik thematisiert auch Vassilis S. Tsianos im Hinblick auf den Stadtteil St. Georg der Stadt Hamburg. Der Stadtteil werde aktuell „aufgewertet“, was aber eher einen Austausch der Bevölkerung bedeute. Gerade arme Menschen – in besonderem Maße sind dies Menschen mit Migrationshintergrund – werden durch neue Stadtpolitiken verdrängt. Während einige Schwule auf der Seite der Verdrängenden sind, sind arme Schwule (mit und ohne Migrationshintergrund) genauso auf der Verlierer_innenseite der Gentrifizierung.

Und auch hier zeigen sich Anknüpfungspunkte mit Handlungsrelevanz: Wie tragen weiße Queers/ Linke, die sich selbst als antirassistisch bezeichnen und theoretisch gegen Klassenunterdrückung wenden, an Machtverhältnissen mit? Wie sind sie – durch ihre Mittelschichts-Position – möglicherweise gerade an der Verdrängung von Menschen beteiligt, in Gentrifizierung verstrickt?

Wie profitieren auch sie noch von kolonialistischen Bildern und Vorstellungen? Zentral wird es sein, dass erstens weiße Queers/ Linke privilegierte Positionen reflektieren und das bedeutet in erster Linie auf die Ausführungen von (queer) People of Color zu hören beziehungsweise sie zu lesen. Zweitens geht es darum, die Definitionshoheit der Prekarisierten – also insbesondere der People of Color – anzuerkennen. Während sich beispielsweise Leute aus der Mittelschicht nach einer Demonstration oft wieder in ihre „behütete Privatsphäre“ zurückziehen können, gilt das für viele prekarisierte Menschen so nicht. Für diese sind Kämpfe oft existenziell.

Der Band „Wer MACHT Demo_kratie?“ bietet wichtige Standortbestimmungen an und ist gerade ertragreich, weil er zentrale Beiträge aus aktivistischen Kontexten enthält. Gleichzeitig werden die aktuellen theoretischen Diskussionen gebündelt vorgestellt. Politik, Recht, Wissenschaft und Kunst im vereinigten Deutschland spielen dabei die zentralen Rollen, Rassismus in der DDR wird aber nicht ausgespart.

Duygu Gürsel, Zülfukar Çetin & Allmende e.V. (Hg.) 2013:

Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen.

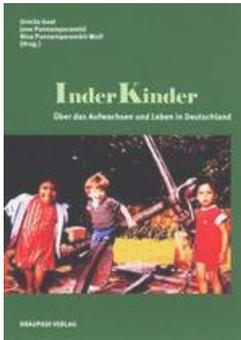
Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-34-8.

256 Seiten. 16,80 Euro.

Zitathinweis: Heinz-Jürgen Voß: Macht und Ausschlüsse. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1162>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Autobiografische Erzählungen und Analysen



Urmila Goel, Jose Punnamparambil, Nisa Punnamparambil-Wolf (Hg.)

InderKinder

Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland.

In autobiographischen Erzählungen und Essays werden unterschiedliche Perspektiven von Kindern indischer Migrant_innen auf Zuschreibungen, Rassismus und Assimilation sichtbar.

Rezensiert von [Biplab Basu](#)

Als Inder war ich, in gewissem Sinne, für meine Freund_innen von kritisch-lesen.de prädestiniert, eine Rezension zum Buch „InderKinder“ zu schreiben; und ich habe dieses Angebot auch gerne angenommen, obwohl ich selten meine Gedanken schriftlich fixiere. Der von Urmila Goel, Jose Punnamparambil und Nisa Punnamparambil-Wolf herausgegebene Band „InderKinder: über das Aufwachsen und Leben in Deutschland“ widmet sich mit elf autobiographischen Erzählungen und acht Essays den Erfahrungen und Erinnerungen, dem Leben und Wirken der (erwachsenen) Kinder nach Deutschland eingewanderter Inder_innen. Die Essays analysieren anhand der Erzählungen Begriffe wie Identität, Zuschreibung, Zugehörigkeit, Rassismus, Inter/Multikulturalismus, Assimilation und Integration. Die Essays profitieren von der Fachkenntnis und der Belesenheit der Autor_innen.

Im ersten Teil, in dem die Kinder selbst zu Worte kommen, wird mehrheitlich ein Bild von sich als autonom wahrnehmenden Menschen präsentiert, wobei nicht alle so klar und eindeutig wie Simon Chaudhuri sind. Er ist erfolgreich im Leben:

„Ich bin stolz, Inder zu sein [...]. Wir passten uns gut an, waren vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und nutzten die vielen Möglichkeiten, die uns ein Leben in Deutschland ermöglichte. Allerdings wäre diese Form von Integration, die ich im Übrigen auch sehr befürworte, nur in Deutschland möglich“ (S. 71).

Er ist der Meinung, dass das deutsche Integrationsmodell „ermöglicht, dass Deutsche und Ausländer auf einer Stufe stehen können, keiner aber gezwungen wird, dafür auf etwas zu verzichten“ (S. 71f.). Seine standesamtliche Trauung in Kopenhagen – „als indischer Staatsbürger durch die Bürokratie weiterhin einfacher als in Deutschland“ (S. 79) – sieht er nicht als Folge einer rassistischen Familienpolitik.

Wie wirkt Rassismus?

Die anderen Autor_innen stellen sich – trotz berichteter Zerissenheitsgefühle, dem Gefühl, „zwischen den Stühlen“ zu sitzen – als unabhängig von den Vorstellungen ihrer Eltern und Verwandten dar. Der empfundene Spagat zwischen zwei Kulturen wird oftmals als Bereicherung empfunden, ein Beitrag bezeichnet dies als „Rosinenpicken“ - sich das Beste aus beiden Kulturen herauspicken. Die Überzeugung, in der eigenen Identitätsentwicklung nicht beeinflusst worden zu sein betrifft auch Erinnerungen an Situationen, in denen die Autor_innen „anders“ behandelt wurden. Dass diese Situationen meist nicht in den Kontext von Rassismus gestellt und negativ

bewertet werden, könnte der einseitigen Auswahl der Erzählenden geschuldet sein: So gehören die Erzähler_innen bis auf eine Ausnahme einer gebildeten Mittelschicht an. Sie sind Kinder der zu Studienzwecken nach Deutschland eingewanderten Inder_innen oder auch von Ingenieur_innen und Facharbeiter_innen. Als Inhaber_in dieses sozialen Status hatten die Erzähler_innen möglicherweise genug Teilhabechancen, um die Erlebnisse, in denen ihnen Teilhabechancen verwehrt wurden, nicht als rassistisch zu verstehen und das auch zu kritisieren und aufzubegehren. Stattdessen findet sich in vielen Erzählungen die Tendenz, die erlittene Behandlung zu rechtfertigen, was wohl auch großer Anpassungs- und Assimilationswilligkeit geschuldet ist. Wie zum Beispiel Maymol Devasia-Demming, die die allgemeine Empfehlung „Sprecht Deutsch mit euren Kindern“ aus der Zeit ihrer Kindheit als Antwort auf die Frage: „In welcher Sprache hat deine Mutter mit dir gesprochen?“ (S. 30) erwähnt. Dass die InderKinder freiwillig mehr Deutsch sprechen, beziehungsweise fast nur Deutsch sprechen statt irgendeine Sprache aus Indien, mag ihrem Wunsch geschuldet sein als integriert zu gelten! Aber eine kritische Reflexion der rassistischen Sprachpolitik und Hierarchisierung der Sprachen fehlt hier eindeutig. An einer anderen Stelle merkt Maymol Devasia-Demming an:

„Meine Eltern, die sich in Deutschland nichts zu Schulden hatten kommen lassen, sich gut in die deutsche Gemeinde integriert hatten, unbefristete Arbeitsverhältnisse hatten, gut informiert waren, mussten nun erleben, dass ein kleines Versäumnis ihrerseits dazu führte, dass ihre in Deutschland geborene Tochter kein Recht mehr darauf hatte, die Aufenthaltsberechtigung zu erhalten“ (S. 36).

Diese für ein Kind unverständliche Gesetzesinterpretation der Ausländerbehörde interpretiert sie jedoch nicht als rassistische Diskriminierung.

Lediglich bei einem in einem Arbeiterviertel aufgewachsenen Erzähler findet sich Wut über die Behandlung und den zugewiesenen Stand in der Gesellschaft. Die Diskriminierungsformen in seinem Umfeld waren vermutlich wesentlich weniger verdeckt und „angenehm“ und ihm wurde vermutlich weniger Gelegenheit gegeben, die Kultur seiner Eltern als wertvoll zu präsentieren. Es ist daher vielleicht verständlich, dass er das Aufwachsen in Deutschland anders, weitaus wütender bewertet, da er im Gegensatz zu allen anderen Erzähler_innen in einer Wohnsiedlung aufwuchs, in der die Kinder *ganz offen als Problem* wahrgenommen wurden. Er begriff, dass seine „Hautfarbe unerwünscht“ war: „Beleidigenden Worten setzte ich die Faust entgegen.“ Seine Situation empfand er als „ausweglos“ und fragte sich „warum ich?“ (S. 83f.)

Was fehlt?

Neben den Lebensgeschichten verschiedener Autor_innen und dem Essayteil als Analyse dieser durch unterschiedliche Autor_innen behandelt das Buch die Themen Migration, Inter- und Multikulturalität, zugeschriebene und anerkannte Identität sowie Diskriminierung und Rassismus. Das ist mehr oder weniger gelungen. Die sehr kurz gefassten Erzählungen dienen viel mehr einer Gesellschaftsanalyse als einem Einblick in die komplexen Lebensgeschichten einzelner Autor_innen. Daher verstehe ich die Lektüre als eine Auseinandersetzung auch der Herausgeber_innen mit dem Thema Migration (und allem anderen, was dazu gehört).

Die Lebensgeschichten zeigen, dass sie einiges gemeinsam haben: Alle wuchsen in mehr oder weniger „intakten Familienverhältnissen“ auf, die Eltern sind meistens aus der Mittelschicht und besitzen höhere Bildung. Die Autor_innen schreiben darüber, wie, unter welchen Umständen und wo in Deutschland sie aufgewachsen sind. Auch berichten sie von Zuschreibungsprozessen in der Schule/Hochschule.

Was im Essayteil überhaupt nicht erwähnt wird, ist die Frage danach, welche Unterschiede es in dieser Gesellschaft zwischen „InderKindern“ und Kindern der geflüchteten Migrantinnen aus Indien gibt. Welchen rassistischen Anfeindungen und Vorurteilen waren sie ausgesetzt? Es ist nicht

zwingend notwendig eine Antwort auf diese Frage zu haben, aber für eine analytische Auseinandersetzung mit Themen wie Identität, Zuschreibung und Rassismus wäre es hilfreich gewesen.

Den Migrant_innen aus Indien, ob sie „freiwillige“ Auswander_innen oder Geflüchtete sind, fehlt, wie das Buch zeigt, eine große und starke Community wie die der „Gastarbeiterinnen“ aus der Türkei. Das Habitat der indischen Migrant_innen – in keiner deutschen Stadt gab es Gebiete, in denen indische Migrant_innen in großer Zahl repräsentiert waren – zeigt auch, dass sie viel schlechter gewappnet waren, sich selbst gegen die Assimilationsangriffe der ethnisch deutschen Gesellschaft zu verteidigen, als die „Gastarbeiterinnen“ aus der Türkei.

Der vorliegende Band füllt eine Lücke: In einem Band Erzählungen und deren Analyse zu vereinen, ist ein sehr anspruchsvolles Unternehmen. Die Essayist_innen haben die Analyse eines Diskurses vorgenommen und das ist ihnen trotz genannter Kritikpunkte gut gelungen.

Urmila Goel, Jose Punnamparambil, Nisa Punnamparambil-Wolf (Hg.) 2012:

InderKinder. Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland.

Draupadi, Heidelberg.

ISBN: 978-3-937603-73-5.

220 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Biplab Basu: Autobiografische Erzählungen und Analysen. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1163>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Die im Dunkeln sieht man nicht



Ceren Türkmen Migration und Regulierung

Ceren Türkmen thematisiert die mediale Darstellung von kultureller Differenz und Hybridität und fragt nach den Zusammenhängen von sozialer Anerkennung und politischem Ausschluss.

Rezensiert von [Magnus Treiber](#)

Türkmen's Abhandlung in der Reihe „Einstiege“ des Verlags Westfälisches Dampfboot liegt eine einleuchtende These zu Grunde: Einst waren Gastarbeiter*innen in Deutschland als Fremde von sozialer Anerkennung und politischer Partizipation grundsätzlich ausgeschlossen. Bis heute hat sich an der sozialen Markierung ethnischer Differenz wenig geändert, das heißt, auch die Nachfolgenerationen wurden aus der Zuschreibung, Migrant*in zu sein, nicht entlassen. Allerdings, so Türkmen, fand eine bemerkenswerte Verschiebung im Verhältnis von Mehrheit und Minderheit statt. Im neoliberalen Zeitalter sind Mobilität und kulturelle Offenheit zu neuen Werten globalisierter Eliten herangereift, das kulturell Andere wird nicht länger per se ausgeschlossen, sondern darauf geprüft, was es denn zu Zeitgeist und Lebensstil beizutragen habe. Die fremde Kultur wird also auf ihre Verwertbarkeit hin untersucht und darf sich auf dem Markt der Kulturen anbieten. Dabei wird sie allerdings nicht nur selbst erst als homogene Einheit konstruiert, Kulturschaffende unterwerfen sich, wollen sie als Repräsentant*innen des kulturell Anderen Erfolg haben und Massen erreichen, auch den Zurichtungen der Kulturindustrie. Dies nimmt ihrer kulturellen Arbeit nicht nur die politische Spitze, es verlangt auch die verinnerlichte Zustimmung zu den vorgegebenen Bedingungen individuellen Erfolges. Ethnische beziehungsweise kulturelle Differenzkonstruktion ist dabei gleichermaßen möglicher Schlüssel zu sozialer Anerkennung wie unausweichliche Letztcategory. Türkische Männer dürfen, so argumentiert Türkmen, im zeitgenössischen Film zwar zu ironisch gebrochenen „Kanaken“ und Frauen zu schicken „High-Heel-Turkas“ (S. 110f.) werden, letztlich werden erzählte Figuren ebenso wie ihre Erzähler*innen aber Türk*innen bleiben. Schlimmer noch, sie füllen die soziale Abgrenzung auch noch mit kulturellem Inhalt, ergänzen Differenz also um Essenz.

Vom fremden Elend zur Métissage

Türkmen ist es ein Anliegen, die Geschichtlichkeit kultureller Selbstverständlichkeiten und ihrer Entstehungsbedingungen zu zeigen. Hierzu zeichnet sie die Geschichte des migrantischen Films in Deutschland nach. Sie zeigt, wie das frühe „Kino der Fremdheit“ männliche Gastarbeiter im fremdbestimmten Elend darstellt – etwa in Rainer Werner Fassbinders „Katzelmacher“ (1969) oder „Angst essen Seele auf“ (1974) – oder Frauen als „Opfer repressiver und patriarchalischer Familienstrukturen inszeniert“ (S. 51), beispielhaft in Hark Bohms „Yasemin“ (1987/88). Dabei kommt das „Kino der Fremdheit“ ohne Beteiligung und ohne Stimme der dargestellten Anderen aus. Nicht zuletzt dank der „Errungenschaften von migrantischen Kämpfen“ (S. 56) setzt sich das mittlerweile etablierte „Kino der Métissage“ durch Partizipation und Perspektive der Anderen ab und hat so den „Weg von der Unsichtbarkeit in die Sichtbarkeit“ (S. 59) beschritten. Allerdings wird Andersartigkeit nicht aufgehoben, der Begriff der Métissage bezeichnet die eigentlich

unmögliche Vermischung unvereinbarer kultureller Bestandteile und Zugehörigkeiten: Gerade der Blick auf kulturelle Differenz macht Reiz, Witz und Popularität von Fatih Akins Filmen und diversen humorigen Fernsehserien à la „Türkisch für Anfänger“ aus. Kulturelle Differenz eignet sich daher in entpolitisierter, also bürgerlich akzeptabler Form durchaus zur Erschließung neuer medialer Marktsegmente.

Vom Film zur Gesellschaft

Man könnte nun einwenden, dass es sich hier kaum um ein neues Phänomen handeln kann, haben doch allerlei künstlerische Avantgarden, der Feminismus, die Schwulenbewegung und der Umweltschutz ähnliche Vereinnahmungen erlebt. Zwar wurde auch hier immer ein gesellschaftliches Bewusstsein geschaffen, wo bislang Ignoranz und Spott vorherrschten, doch eben zum Preis inhaltlicher Verflachung und kultureller Marktförmigkeit. Türkmens Argumentation endet hier jedoch nicht. Vom sozialen und politisch unbestrittenen Einschluss einer kulturell distinkten, doch erfolgreichen Elite schließt sie auf die Kehrseite des verschärften sozialen Ausschlusses derer, die in der Unsichtbarkeit verblieben sind.

Ist Ethnizität für die einen der Schlüssel zu Partizipation und Erfolg, so ist es für andere die entscheidende Begründung ihrer Diskriminierung. Türkmens kann hier noch nicht auf Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ (2010) verweisen – ihr Buch ist schon 2008 erschienen – sie kommentiert aber die damalige Social-Marketing-Kampagne großer Medienunternehmen „Du bist Deutschland“ und erwähnt die Debatte um die „deutsche Leitkultur“. Türkmens rückt in den Fokus, was Kampagne und Debatte bemerkenswert unerwähnt lassen, nämlich wer und was konsequenterweise nicht deutsch ist. Man müsste hinzufügen, dass in beiden Fällen vor allem Ratlosigkeit zurückbleibt, was denn dann das Deutsche überhaupt ausmachen könnte. Denn Goethe und Siemens, Bratwurst und Pünktlichkeit scheinen zu kultureller Ganzheitlichkeit ebenso wenig zu taugen wie Kopftuch und Gemüseladen. Multikulturalismus spiegelt, so befindet nicht nur Türkmens, kulturelle Gleichberechtigung vor und verwischt politische Hierarchien und soziale Asymmetrien: Wer über kulturelle Differenz und Zuweisung hinaus konsequent die allgemeine Verfasstheit von Gesellschaft, Staat und Ökonomie anerkennt und zu Selbstdisziplin und Eigenverantwortung bereit ist, bekommt im „Gastland“ eine Chance auf individuellen Erfolg. Wer sich weigert beziehungsweise diese Chance vertut, kann im allgemeinen Interesse nur mit Bestrafung und Ausschluss rechnen. „Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen“, brachte es der frühere bayerische Innenminister Günther Beckstein selbstsicher auf den Punkt.

Jargon ersetzt keine empirische Forschung

Ceren Türkmens Abhandlung ist ein kluges Buch, das wissenschaftliche Debatten und Positionen kritisch auszuloten versteht und sich nicht vorschnell anbietet. Ihr Bemühen um geschichtliche Prozessualität und ihr Anliegen, über eine ideologiekritische Diskursanalyse hinauszugehen, sind durchweg zu loben. Besonders gefallen mir ihre sehr grundsätzlichen Ausführungen zu Problem und Ambivalenz des Stereotyps am Beispiel der marktformigen Ethno-Komödie (S. 90f.). Allerdings schreibt Türkmens ausschließlich für ein wissenschaftliches Publikum. Sie greift – etwas langatmig, aber durchaus gekonnt – auf Gramsci, Thompson, Hall, Fanon, Taylor, Bhabha und natürlich immer wieder auch auf Foucault zurück. Ohne soliden kulturtheoretischen Hintergrund ist ihr Text in Tiefe und Verortung daher wohl kaum zu erfassen. Ob Text allerdings erst durch reichlich soziologischen Jargon und schwer verdauliche Schachtelsätze zu Wissenschaft werden kann, sei dahingestellt. Ein strenges Lektorat, vielleicht sogar ein anderes Genre – etwa ein gestraffter Essay – hätten dem Text sicher gut getan. Für einen ersten Blick ins Buch empfehle ich daher den wohlthuend lockeren Schluss. Indes tun sich auch verschiedene inhaltliche Fragen auf. Sicherlich hätte man von einer dezidierten Film- und Medienanalyse auf verschiedene gesellschaftspolitische Fragen Bezug nehmen können, aber kann man eine umfassende Gesellschaftsanalyse beabsichtigen und sich empirisch dann auf wenige Spartenfilme beschränken,

die ja eben nicht einfach Realitäten abbilden, sondern in erster Linie Erzählungen sein wollen? Türkmen ist dieses Problem bewusst (vgl. S. 56, S. 73, S. 122), wenn sie es auch nicht zu lösen vermag. Allerdings macht sie einen interessanten, weiterführenden Vorschlag:

„Kulturindustrie trifft nie vollkommen im Sinne eines totalen Verblendungszusammenhangs auf die Individuen ein. Auf der Stufe der Rezeption müsste demnach nach Formen widerständigen kollektiven Gedächtnisses zwischen einerseits Gebrauch, Genuss, und Nutzung und andererseits Kontrolle gefragt werden. Das ethnisierte Individuum und kulturelle Alltagspraxen zwischen Freiheit und kultureller Manipulation im Rahmen einer neuen Kulturpolitik der Differenzen in postfordistischen Gesellschaften wäre das Hauptthema einer neuen Kulturforschung“ (S. 143).

Will man über die zugerichtete Subjektivität der Marginalisierten sprechen, so kann man diese weder ausschließlich aus den industriellen Kulturproduktionen erfolgreicher ethnischer Eliten herleiten, noch mit dramatisierenden und referenzlosen Phrasen – „immer stärker“ (S. 26, S. 103, S. 106, S. 112, S. 139), „immer direkter und verschärfter“ (S. 120), „immer mehr“ (S. 125) oder „immer gezielter und konsequenter“ (S. 142) – die „Erfahrung“ (S. 144) von Stigmatisierung und Ausschluss erfassen. Man muss die Menschen fragen.

Zudem bin ich nicht überzeugt, dass sich Kultur ausschließlich und in letzter Begründung auf „ein soziales Herrschaftsverhältnis“ (S. 123) reduzieren und von außen quasi wegerklären lässt. Zwar verweist Türkmen hierzu auf Hobsbawms und Ringers berühmtes Werk „The Invention of Tradition“ (1983), doch darf gerade in der Ethnologie daraus keine stets vorausgesetzte Vereinfachung gebastelt werden. Auch der starke Begriff der Strategie von Zurichtung und Ausschluss scheint mir zu weitreichend gewählt. Strategien sind häufig erst im Nachhinein als solche zu erkennen. Handelt es sich hier nicht zumindest teilweise um politische Effekte, die so nicht unbedingt vorhergesehen, mitunter aber billigend in Kauf genommen wurden. „Wohin mit politischem Begehren?“, fragt Türkmen zu Recht (S. 123), denn der politische Gegner ist nicht immer so konturscharf zu verorten, wie und wo man ihn gerne hätte. Ein teuflisch intelligenter Mastermind fehlt. Dies führt uns abschließend zum Titel des Buches. Der Begriff der „Regulierung“ entpuppt sich erst nach und nach als der oben beschriebene Herrschaftskonsens und die daraus folgende Selbstdisziplinierung des Subjekts beziehungsweise dessen politische Abstrafung. Mit Migration im eigentlichen Sinne hat Türkmens Buch hingegen wenig zu tun. Hier geht es nicht um globale Wanderungsprozesse, sondern um die Kinder und Kindeskinde einstiger Gastarbeiter aus der Türkei in Deutschland. „Der Begriff der Post-Migration würde den Analysegegenstand eher beschreiben“, meint auch Türkmen selbst (S. 13). Dass sie dennoch von Migration spricht, legitimiert die fremdbestimmte Zuschreibung und setzt sie fort. Dies verdeutlicht die Fallstricke recht gut, gegen die Türkmen anschreibt.

Dennoch, die Autorin verliert soziale Wirklichkeiten nicht aus dem Blick und sucht jenseits der Diskursanalyse Möglichkeiten, praktisch zu werden. Tatsächlich bleibt wohl auf kulturelle Entpolitisierung und soziale Desintegration mit dezidiert politischer Kultur zu antworten (S. 147).

Ceren Türkmen 2008:
Migration und Regulierung.
Westfälisches Dampfboot, Münster.
ISBN: 978-3-89691-684-6.
171 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Magnus Treiber: Die im Dunkeln sieht man nicht. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1159>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Ein europäischer Journalist in Lampedusa



Fabrizio Gatti

Bilal

Als Illegaler auf dem Weg nach Europa

Der Journalist Fabrizio Gatti will forschen und verstehen und sich wie ein Geflüchteter auf die gefährliche Reise von Westafrika nach Europa begeben. Seine Undercover-Mission: Das Migrationsregime aufdecken.

Rezensiert von [Marika Pierdicca](#)

Es geht um skrupellose Menschenhändler, korrupte Zollbeamte, Al-Quaida-Stützpunkte und die Gewalt Europas – der Kontinent, auf dem menschenunwürdige Internierungslager im Namen des „Migrationsmanagements“ zulässig sind. Der Stil des Buches ist eine Mischung aus Abenteuer-Roman, Feldtagebuch und journalistischer Reportage. Es liest sich so sehr wie ein Abenteuer, dass mensch manchmal den Eindruck hat, es handele sich um ein Action-Thriller, in dem der unerschrockene, weiße Journalist sein Leben riskiert, um die Wahrheit aufzudecken.

Auf der einen Seite kann diese „Action“ als Input für jenes Publikum dienen, welches sich noch nie oder nur wenig mit Migration befasst hat – so wie die Journalistin Annika Müller (2011), die sich aufgrund der schockierenden Inhalte des Buches in der FAZ wünschte, dass das, was Gatti erzählt, Fiktion wäre. Gatti schreibt für das italienische Nachrichtenmagazin *L'Espresso*, weshalb das Buch eine breitere Öffentlichkeit erreichen konnte. Im Bereich des italienischen Journalismus stellt dies einen wichtigen Aspekt dar, weil dort einige Ereignisse beschrieben werden, die selten von der Presse beachtet oder nur mehr am Rande erwähnt werden. So lautet ein italienischer Kommentar zu dem Buch: „Es würde der Öffentlichkeit helfen, zu verstehen, wie verdorben die öffentlichen Aussagen einiger Volksvertreter sind. [...] Gatti ist weit entfernt von den sogenannten Journalisten, die wir im Fernsehen sehen.“ (Eigene Übersetzung eines Kommentars auf [ibs.it](#)).

Wer flüchtet?

Auf der anderen Seite könnte die „Action“ aber auch schaden, weil, während der Lesende mit dem Protagonisten und seinen Erzählungen sympathisiert, die politische Bedeutung der Frage der Vertretung (wer für wen spricht) in den Hintergrund rückt. Das bedeutet nicht, dass das Buch überhaupt nicht politisch ist: Gatti schreibt über das erbarmungslose Migrationsregime offen und beschreibt detailliert, was er erfährt. Doch sowohl die italienische als auch die deutsche enthusiastische Rezeption des Buches hat diesen wichtigen Aspekt übersehen. Die Position des Autors im Feld als weißer europäischer Journalist verdeutlicht, dass die Reise, die er unternimmt, und die Reise der Menschen, von denen er erzählt, nicht dieselbe ist. Ein Beispiel: Als Europäer hat Gatti, als er auf dem Weg nach Agades krank wird, die Möglichkeit sich von einem Arzt behandeln zu lassen und Medikamente zu kaufen.

Von dem ersten bis zum siebten Kapitel berichtet Gatti über seine Reise von der Hauptstadt Senegals, Dakar, bis zu dem Chaffar Strand in Tunesien – von Westafrika durch die Wüste bis ans Mittelmeer. Er reist durch die Ténéré Wüste mit den Flüchtlingen in einem übervollen Lastenwagen, sein weißes Gesicht mit dem Tagelmust bedeckt (ein Kleidungsstück, bestehend aus einem Turban und einem Schleier). Gatti unternimmt diese Route, um die Reise von Menschen auf

dem Weg nach Europa hautnah zu dokumentieren. Er besucht das italienische Konsulat in Dakar und erfährt, dass es so gut wie unmöglich ist, mit einem afrikanischen Pass legal in Europa einzureisen. Dadurch sind viele gezwungen, sich auf eine lange und gefährliche Reise durch die Wüste zu begeben, um der Armut zu entfliehen. In Agades, der letzten Stadt vor der Ténéré Wüste, lernt er einige Menschen kennen. Einige von ihnen werden dann in demselben Lastenwagen des Journalisten durch die Wüste mitfahren. Sie sagen zu Gatti, sie seien „stranded“, gestrandet. Der Autor spricht mit ihnen über ihre Geschichten, über ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben, über die Folter, den Hunger, den Durst, welche sie auf der Reise erleiden. Einige von Ihnen werden Libyen erreichen. Einige werden „stranded“ bleiben. Einige andere werden ihr Leben verlieren.

Der politische Hintergrund der Ereignisse des 2007 zum ersten Mal erschienen Buches sind die Verhandlungen zwischen Libyen und Italien für die „Wiederversöhnung nach der kolonialen Vergangenheit“. Sie liefen auf das Bengasi-Abkommen 2009 hinaus, welche die Mobilitätskontrolle im Mittelmeer verschärften und der Europäischen Union und Ghaddafis Libyen wirtschaftliche Profite erbrachten. Dabei wird die Abschiebung der in Libyen lebenden Migrant_innen systematisiert. Dies wird im achten Kapitel am Beispiel der E-Mail-Korrespondenz Gattis mit James und Joseph, mit denen er sich auf der Fahrt in die Wüste angefreundet hatte, und die sich in Libyen befinden, dargestellt. Das ist eines der wichtigsten Kapitel des Buches, weil dort die direkte Beteiligung Europas auf die sogenannte „Sklarvenroute“ aufgezeigt wird. Es handelt nicht nur von skrupellosen Kriminellen, sondern auch und in erster Linie von der Macht der Europäischen Union, die sich auf Kosten anderer bereichert. James und Joseph werden gefoltert, erfahren rassistische Gewalt. Trotz ihres Visums für Slowenien können sie das Land nicht verlassen und müssen sich verstecken.

„Zur selben Zeit, als Joseph und James diese E-Mail schreiben und dann in ihr Versteck zurückkehren, erstattet der italienische Innenminister seiner Regierung Bericht über die Kooperation mit Libyen. Um 18:52 erreicht die Redaktion eine offizielle Erklärung. »Der Kampf gegen die illegale Einwanderung trägt Früchte«, behauptet der Innenminister. »Die Rückführung zeigt positive Wirkungen, und nicht zuletzt dank der wertvollen Hilfe der libyschen Behörden landen inzwischen weniger Boote an den italienischen Küsten« (S. 308).

Einige Tage später wird das Embargo gegen Libyen offiziell aufgehoben: „Kein Wort über die Menschenrechtsverletzungen. Über die Massendeportationen in die Wüste, die willkürlichen Verhaftungen und die Folter. Ein Schweigen, das die Mittäterschaft Italiens und Europas verschleiern soll“ (S. 309).

Wer ist in Lampedusa interniert?

Im neunten und zehnten Kapitel beschreibt der Autor seine Erfahrung im Internierungslager Lampedusa. Er will verstehen, was sich dort abspielt. Doch kein Journalist kann in den Käfig von Lampedusa eindringen. Verdeckt als Bilal Ibrahim el Habib aus Kurdistan schafft es Gatti, in Lampedusas Lager eingesperrt zu werden. Er schreibt über die menschenverachtenden Verhältnisse und die polizeiliche Gewalt, die er erfährt und von denen die Geflüchteten tagtäglich betroffen sind. In diesem Teil des Buches benutzt der Autor fast immer die dritte Person. Er will die Geschichte von Bilal, einem Illegalen unter anderen, erzählen. Eine Geschichte, die der Journalist Gatti, laut dem Cover der italienischen Originalversion „am eigenen Leib erfahren hat“, also als *seine Geschichte*. Es genügt nicht, sich hinter einer fiktiven nicht-europäischen Identität zu verstecken, um „alles“ zu verstehen. Eine komplette Identifikation zwischen Bilal und Fabrizio kann dadurch nicht erfolgen. Das darf mensch während des Lesens nicht vergessen. Die Maske von Bilal fällt dem Journalisten im letzten Kapitel runter. Gatti kehrt für drei Wochen in die Wüste bis zu Agades zurück, um die Deportationen von den libyschen Migrant_innen in Richtung Niger zu dokumentieren. An einem Abend wird er gefragt von jenen Menschen, von denen er in ganzem Buch erzählt:

„Bist du ein Italiener?“ [...] Es beginnt ein gefährlicher Gerichtsprozess. Mitten in der Nacht, mitten in der Wüste. Ich gegen zweihundert Einwanderer, die erst ausgebeutet und dann abgeschoben werden. Ich werde für schuldig befunden, nur weil ich Europäer bin. So wie Italien und Libyen sie für schuldig befunden haben, nur weil sie keine Europäer sind. Es gibt keinen Ausweg, wenn die Freiheit des Einzelnen von seinem Pass bestimmt wird: zwei Pappdecken mit zweiunddreißig Seiten dazwischen“ (S. 440).

Gatti beschreibt insgesamt eher ein Bild von Migrant_innen als Opfer von Verbrecher_innen, von denen sie beraubt, geschlagen und wie Sklaven behandelt werden. Dass sie sich auf der Suche nach einem besseren Leben auf eine lebensgefährliche Reise begeben, bleibt vielen Europäer_innen unbekannt. Das Buch stellt daher einen gut gemeinten Versuch des Journalisten dar, die Geschichten dieser Menschen unvermittelt an die Öffentlichkeit zu bringen. Gleichzeitig ist dieser Versuch aber auch problematisch. „Ein Illegaler“, schreibt Gatti am Anfang des Buches, bezeichnet „eine neue soziale Schicht im Europa des 21. Jahrhunderts. Ein Mensch, der unsichtbar ist, nicht zählt, überhaupt nicht vorhanden ist“ (S. 13). Ein illegalisierter Mensch ist aber nicht unsichtbar: Rassistische Migrationsmaßnahmen versuchen, ihn_sie unsichtbar zu machen. Er_sie ist nicht nur ein Opfer von einer Welt skrupelloser Menschenhändler und Krimineller, die sich weit entfernt von Europa verortet. Diese Interpretation ermuntert einen paternalistischen Blick. Sie verdeckt die Rolle der Migration als autonome Kraft für politische und soziale Veränderung. Es gibt Menschen in Europa, die die Wüste und das Meer überlebten und jahrelang in Lagern lebten – in Europa kämpfen sie jetzt für ihre Rechte. Protestkämpfe und Demonstrationen zeigen, dass sie sichtbar sind und dass ihre Stimmen laut werden. Das Lesen dieses Buches sollte in erster Linie helfen, sie zu sehen und zu hören, ihren Mut und ihre Rechte anzuerkennen, mit ihnen solidarisch zu sein, nicht seinen Autoren feiern, der sich „für uns“ geopfert hat, um endlich die „Wahrheit“ zu enthüllen. Die „Wahrheit“ liegt schon auf der Straße, vor unseren Augen. Hier entsteht die Frage, warum noch ein weißer, europäischer „Aufklärer“ gebraucht wird (vgl. Schnurer 2010), der „uns“ nachweisen muss, wie erbarmungslos das Migrationsregime gegenüber einem als „nicht zugehörig“ kategorisierten Menschen ist. Der Roman kann zur Sensibilisierung eines breiteren Publikums zum Thema Migrationsregime und zu den Kämpfen der Geflüchtete beitragen, wenn diese wichtige Frage während des Lesens auch mitgedacht wird.

Zusätzlich verwendete Literatur

Müller, Annika 2011: Auf der Sklavenroute durch die Wüste. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.1.11. Online [hier](#).

Schnurer, Jos 2010: Rezension von Fabrizio Gatti: Bilal. In: socialnet, 19.4.10. Online [hier](#).

Fabrizio Gatti 2010:

Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa. 3. Auflage.

Verlag Antje Kunstmann, München.

ISBN: 3888975875.

457 Seiten. 24,90 Euro.

Zitathinweis: Marika Pierdicca: Ein europäischer Journalist in Lampedusa. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013, Asylpolitik: Wider die Bewegungsfreiheit. 38/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1160>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Ordnungen der Migration



Sabine Hess, Bernd Kasperek (Hg.)

Grenzregime

Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa

Der Sammelband „Grenzregime“ verbindet anspruchsvolle Theorie und detaillierte ethnografische Forschung zu einer vielversprechenden Perspektive auf Grenz- und Migrationspolitik.

Rezensiert von [Jens Zimmermann](#)

Eigentlich ist die Migrationsforschung in der deutschen Hochschullandschaft ein wirklich traditionelles Unternehmen – nur selten kommt Bewegung in diesen Forschungsbereich. Manchmal schlagen dann die Wellen aber umso höher. Als einer der meist und auch in AktivistInnenkreisen intensiv diskutierten Analyseansätze und Forschungsthesen zur Migration können die Arbeiten der Gruppe TRANSIT MIGRATION aus dem Jahr 2007 begriffen werden. Mit den unter anderem an Michel Foucault angelehnten Konzepten der „Regierung der Migration“ und der „Gouvernementalisierung der Migrationspolitik“ (S. 17) legten sie einen bis dato völlig neuen Blick auf Migrationsbewegungen und -prozesse, in dem sie die subjektive und potenziell widerständige Seite der Migration betonten.

Mit dem Band „Grenzregime. Diskurse – Praktiken – Institutionen in Europa“ wird dieser theoretische und empirisch-analytische Faden wieder aufgenommen – dieses Mal im ersten Sammelband des 2008 gegründeten Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, das seinem Selbstverständnis nach mit einer „kritischen und aktivistischen Wissensproduktion“ (S. 13) in die herrschenden Diskurse über Migration und MigrantInnen intervenieren will.

Gouvernementalisierung der Migrationspolitik

Die insgesamt sechzehn Beiträge arbeiten dabei die These der Externalisierung des europäischen Grenzregimes aus, in dem sie anhand von verschiedenen Länderfallstudien die politische Praxis und Institutionen des „Migrationsmanagements“ (S. 17) bestimmen. Grundlegend für diese Überlegungen sind dabei die schon oben kurz aufgenommenen Konzepte der „Regierung der Migration“ sowie der „Gouvernementalisierung der Migrationspolitik“. Als „Regierung der Migration“ wird dabei verstanden, dass „Migrationspolitik nicht mehr versucht, die Bewegung der Migration gänzlich abzuschotten – wenn sie dies jemals tat. Vielmehr zielt sie [...] darauf, Migration zu steuern und somit nicht zu exkludieren, sondern selektiv und differentiell zu inkludieren“ (S. 17). Migrationspolitik besteht also demnach aus einer Verwaltung, Organisation und Steuerung der Migrationsbewegungen und nicht (ausschließlich) in der Verhinderung von Wanderungsbewegungen. Migration muss also „gemanagt“ werden. Diese neue Regierungsweise findet unter Bezug auf bestimmte Prinzipien statt, die als „Gouvernementalisierung der Migration“ gefasst werden. Der Begriff der Gouvernentalisierung ist den Arbeiten Michel Foucaults entnommen. Vereinfacht kann unter Gouvernentalität das Verhältnis des Ensembles staatlicher Institutionen, Gesetze und Akteure sowie einer bestimmten Form der Macht und Subjektivierungsweisen verstanden werden. Der Begriff bleibt aber bei Foucault in manchem Texten unterbestimmt, was auch seinem frühen Tod geschuldet ist. Umso mehr kann daher aber Gouvernentalität als spezifische Perspektive auf empirische Phänomene der Migration ausgebreitet werden. Unter anderem lassen sich Facetten der Gouvernentalisierung in der

Vielzahl der Akteure ausmachen, die Migrationspolitik betreiben. Neben nationalstaatlichen Institutionen wie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der EU-Kommission oder dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen sind es auch globale und lokale NGOs sowie privatwirtschaftliche Organisationen, die das Feld der Migrationspolitik anführen. Libyen erhält seit Beginn der 2000er Jahre hohe Geldsummen, um die dortigen Grenzanlagen aufzurüsten und eine harte Abschiebepolitik gegenüber MigrantInnen durchzuziehen, die nach Europa wollen. Neben der Bereitstellung von finanziellen Mitteln beinhalten solche Kooperationen auch stets die spezifische Ausbildung der Polizei durch Entsendung europäischer ExpertInnen. Auch im Innenraum der EU lassen sich die vielfältigen Transformationsprozesse der Migrations- und Grenzpolitik ausmachen. Jenseits der territorialen Grenzen entsteht nach Cutitta eine Mannigfaltigkeit und Flexibilisierung von „Grenzerscheinungen“ (S. 36) im Inneren der EU, wenn, wie zum Beispiel in Deutschland, die Bundespolizei innerhalb eines 30-Kilometer-Korridors weitreichende Sondervollmachten genießt oder Abschiebelager weit verstreut errichtet werden. Momente der Grenze materialisieren sich demnach an vielen verschiedenen Orten auf spezifische Art und Weise und lassen sich nicht allein auf territoriale Grenzen beziehen.

Wie diese einzelnen Effekte und AkteurInnen der Migrationspolitik konkret in Beziehung zueinander stehen, greifen drei Beiträge auf, welche die Einbeziehung Marokkos und der Ukraine in die EU-Grenzpolitik diskutieren sowie ein Beitrag, der die Besonderheiten von Migrationspolitiken in Mittelamerika darstellt. Sehr detailliert beschreibt Gerda Heck in ihrem Text, wie mittels üppiger finanzieller Hilfen der EU-Staaten die marokkanischen Grenzanlagen aufgerüstet und durch die marokkanische Regierung vertraglich fixierte Ziele der Migrationspolitik garantiert werden.

„Momentan ist die EU mit circa 24 Millionen Euro in 18 Projekten in fünf Schlüsselbereichen involviert, nämlich erstens bei der Förderung der legalen Einwanderung, zweitens beim Schutz von MigrantInnen, drittens bei der Erstellung eines rechtlichen Rahmens für die Migration, viertens beim Kampf gegen die illegale Migration sowie fünftens bei Maßnahmen zur Repatriierung und Reintegration von MigrantInnen in ihren Heimatländern“ (S. 47).

Heck argumentiert, dass die Externalisierung der Migrationspolitik zwar als „neokolonialer Akt“ gedeutet werden kann, aber das Verhältnis zwischen den EU-Staaten und der marokkanischen Regierung durchaus komplex und widersprüchlich ist.

„So nutzt beispielsweise die marokkanische Regierung die Kontrolle der Transitmigration gegenüber der EU, um für Freihandelsabkommen, ökonomische Hilfen, die Erweiterung legaler Migrationsoptionen für die eigenen StaatsbürgerInnen sowie die rechtliche Stärkung der MigrantInnen marokkanischer Herkunft in Europa einzutreten“ (S. 54).

Neben dieser geopolitischen und nationalstaatlichen Ebene identifiziert Heck mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) einen nichtstaatlichen Akteur, der als Kooperationspartner an Programmen zur „freiwilligen Rückführung“ von MigrantInnen ebenfalls Teil der Migrationssteuerung bzw. -verhinderung ist. Dieses Feld, auf dem verschiedene AkteurInnen, sei es auf staatlicher oder nicht-staatlicher sowie globaler oder lokaler Ebene, aktiv sind und jeweils eigenen Strategien folgen und unterschiedliche Aufgaben übernehmen, kann als Schauplatz der „Gouvernementalisierung der Migration“ verstanden werden. Nicht allein der Staat bestimmt das Geschehen, sondern eine Vielzahl von AkteurInnen, deren konkrete Praxis und Interesse nicht auf einen Nenner bezogen werden kann. Innerhalb dieses Feldes sind auch die MigrantInnen Handelnde, die – und das ist eine der Kernthesen des Sammelbandes – nicht allein auf „Zu Steuernde“ der Migrationspolitik zu reduzieren sind:

„Wie in diesem Beitrag deutlich wurde, errichten sie auf ihrer Reise Netzwerke und ein System von Communities. Dadurch wird das Migrationsprojekt im Laufe der Reise mehr und mehr zu einem kollektiv organisierten Unternehmen. Gegenseitige Solidarität, das Teilen von Informationen und die Bildung von Communities sind wichtige Überlebensstrategien der Passage. [...] Auf die jeweilige Aufrüstung und Verstärkung der Grenzen reagieren MigrantInnen dadurch, dass sie andere Wege und Strategien einschlagen. Trotz extremer Bedingungen geben sie ihr Migrationsprojekt nicht auf. Damit intervenieren sie zugleich wiederum in das Grenzregime. Sie finden neue Routen, Tricks und Taktiken, manchmal um den Preis des eigenen Lebens“ (S. 55).

Akteure der Migrationssteuerung

Als einen gewichtigen Akteur des Feldes der Migrationspolitik stellt Bernd Kasperek in seinem Beitrag die Grenzschutzagentur Frontex vor. Kasperek arbeitet detailliert heraus, dass Frontex im Rahmen der „Gouvernementalisierung der Migrationspolitik“ eine facettenreiche Rolle zukommt, zu der Risikoanalysen in Bezug auf Migrationsbewegungen genauso gehören, wie die Koordination von verschiedenen nationalstaatlichen AkteurInnen bei Grenzschutzeinsätzen oder Forschung zu neuen Grenzschutztechnologien. (S. 114) Kasperek formuliert in Bezug darauf die These, dass Frontex innerhalb des Feldes der Migrationspolitik die Rolle einer Denkfabrik übernimmt, die Wissen über Migration produziert, welches zur Verbesserung der Steuerung von Migrationsbewegungen eingesetzt werden kann und Strategien der Grenzpolitik entwickelt. In diesem Zusammenhang arbeitet Frontex auch mit Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen und greift so innerhalb von Forschungsprojekten zur Migration auf weitreichende Ressourcen zurück.

Einen weiteren Aspekt der Einbeziehung von lokalen Nichtregierungsorganisationen in die EU-Migrationspolitik greifen Eva Bahl, Marina Ginal und Sabine Hess auf, in dem sie am Beispiel der lokalen Diskurse um den Münchner Sperrbezirk aufzeigen, wie es zu einer Verschränkung des Menschenhandelsdiskurses und konkreter Migrationssteuerung gekommen ist. Ein Effekt dieser Verschränkung ist die generalisierende Darstellung von migrierten SexarbeiterInnen als Opfer des Menschenhandels, dem nur eine restriktive Grenzpolitik sowie die „Rückführung in die Heimatländer“ entgegenzustellen sind. Am Beispiel von lokalen Frauenberatungsstellen zeigen die AutorInnen auf, wie diese in das europäische Migrationsregime integriert werden und mit staatlichen Institutionen der Migrationssteuerung zusammenarbeiten, in dem sie „Rückführungen und Reintegrationsprogramme“ (S. 173) organisieren. Die AutorInnen machen durch Interviews mit MitarbeiterInnen der Frauenberatungsstellen deutlich, dass sich diese sehr wohl der Ambivalenz bewusst sind, wenn sie sich einerseits einer feministischen Beratungsarbeit für Migrantinnen verschrieben haben, aber andererseits Teil des Migrationsregimes sind. So ist dann auch das Fazit des Beitrages als eine zentrale Einsicht zur „Gouvernementalität der Migrationspolitik“ zu verstehen: „In den Arbeitsbündnissen kommen NGOs mit ihren Forderungen zur Wort und führen gleichzeitig Regierungstätigkeit aus“ (S. 174).

Der Sammelband bietet eine theoretisch anspruchsvolle und empirisch detaillierte Darstellung der europäischen Migrationspolitik, die hier nur ansatzweise dargelegt und skizziert werden kann. Mehrere Beiträge widmen sich dabei auch methodischen Fragen der Migrations- und Grenzregimeanalyse sowie staatstheoretischen Überlegungen zur Migration. Der empirisch immer wieder aufgegriffene Faden des Sammelbandes stellt die These der Externalisierung und Europäisierung der Grenzpolitik dar, die mittels der Einbeziehung einer Vielzahl von unterschiedlichen AkteurInnen realisiert wird. Fundiert wird diese These mit dem begrifflichen Inventar der „Regierung“ und „Gouvernementalität“ der Migration(spolitik). Besonders beeindruckend ist trotz des hohen Abstraktionsniveaus aller Beiträge, dass ein Großteil der AutorInnen auf eigene ethnografische Forschungen in den jeweiligen Ländern und immer wieder auf Interviews mit MigrantInnen zurückgreift, um die Situation unter anderem in den Lagern zu

beleuchten. So wird an zahlreichen Stellen denjenigen das Wort verliehen, die ihr „Recht auf Migration“ zu realisieren versuchen.

Sabine Hess, Bernd Kasperek (Hg.) 2010:

Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa.

Assoziation A, Berlin/Hamburg.

ISBN: 978-3-935936-82-8.

296 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Ordnungen der Migration. Erschienen in: Umkämpfte Migration.

30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1166>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Analysen zur Krise



Sebastian Friedrich, Patrick Schreiner (Hg.)

Nation – Ausgrenzung – Krise
Kritische Perspektiven auf Europa

Der Sammelband widmet sich dem Zusammenhang von Nationalismus, Ausgrenzung und Kapitalismus im Zeichen der „Euro-Krise“.



Rezensiert von [Zülfukar Çetin](#)

Spätestens seit dem letzten großen Wirtschaftskrisendiskurs im europäischen Kontext, der vor allem in Spanien, Portugal und Griechenland spürbar war und die Europäische Union sichtbar beunruhigte, fingen Eliten in Wirtschaft und Politik an darüber nachzudenken, wie sie die EU von den sichtbar gewordenen Widersprüchen retten können. In den Zeiten vor der Krise glaubten die Architekt_innen der EU, ein europäisches marktwirtschaftliches Ideal und eine europäische Identität gefunden zu haben, deren Wurzeln permanent auf die alt-griechische politische Ideenwelt zurückgeführt wurde. Seit der Finanzkrise wird das Ideal der Europäischen Union mit einer ausgrenzenden Wirtschafts- und Finanzmoral verstärkt beschrieben und neu definiert. EU-Länder, die diesem Ideal nicht „entsprechen“, werden mit bestimmten Kriterien der EU-Finanzmoral konfrontiert: Stabilität, Produktivität, Disziplin, Kontinuität und Anstand sind einige Elemente dieser vor allem rassistisch geprägten Finanzmoral der EU, die mit der Wirtschaftskrise in eine Identitätskrise gerät. So stellen seit der Finanzkrise große EU-Länder wie Deutschland, Britannien und Frankreich die seit Jahrzehnten selbst gemachte europäische Identität in Frage. (Hier wird Bezeichnung Britannien anstatt Großbritannien verwendet, um die koloniale Bedeutung des letzteren Begriffes auch zu kennzeichnen, Haritaworn/Tauqir/Erdem 2011, S. 52). Vor allem wurden Griech_innen Eigenschaften wie Faulheit, Disziplinlosigkeit, Diskontinuität, Bestechung, Leistungsverweigerung zugeschrieben und als Gründe für die „Pleite“ Griechenlands deklariert.

Nicht nur der Rassismus wurde durch die Finanzkrise sichtbar, auch Nationalist_innen fühlten sich angesprochen und ermutigt, die rassistischen Erzählungen und Argumentationen der Eliten in Wirtschaft und Politik sowie der Mitte der Gesellschaft zu übernehmen und diese auszudehnen. So wurde die Gefahr der Nation (re)konstruiert und die Parolen gegen „faulen Griech_innen“, „Siesta Spanier_innen“ oder „kriminelle Roma und Sinti“ verbreitet. Auch das rassistische Gedankengut Sarrazins ist kein Zufall der 2000er Jahre, in denen vor allem Muslim_innen und Schwarze, die als Gegensätze der europäischen Kultur eingestuft wurden, mit ähnlichen rassistischen Konstruktionen wieder definiert beziehungsweise deklassiert wurden. Der Sammelband „Nation – Ausgrenzung – Krise“, der von Sebastian Friedrich und Patrick Schreiner im Juli 2013 herausgegeben wurde, fragt nach den Formen und den Auswirkungen des ausgrenzenden und nationalistischen Denkens in Europa.

Krisendynamiken

Der Sammelband setzt sich zum einen mit den theoretischen Hintergründen des Zusammenhangs zwischen Nationalismus, Ausgrenzung, neoliberalen Kapitalismus und Krise auf einer analytischen Ebene auseinander. Zum anderen liegt der Schwerpunkt des Bandes auf den konkreten aktuellen Erscheinungsformen von Nationalismus und Ausgrenzung in Europa. Vor diesem theoretischen und

empirischen Hintergrund analysiert der Band die Formen und Auswirkungen von Denken, Handeln und Strukturen der Ausgrenzung und des Nationalismus im Kontext der aktuellen Wirtschaftskrise in Europa. Der Sammelband besteht entsprechend aus zwei Blöcken. Während im ersten Teil „theoretische und länderübergreifende Perspektiven“ behandelt werden, umfasst der zweite Teil Beiträge, die einzelne Länder in den Blick nehmen und aktuelle (Erscheinungs-) Formen von Nationalismus und Ausgrenzung untersuchen. In insgesamt 18 Beiträgen werden zahlreiche Beispiele und Entwicklungen aus zehn Ländern aufgegriffen und die Formen und Erscheinungsweisen von Nationalismus und Ausgrenzung in Europa analysiert.

Sebastian Friedrich geht in seinem Beitrag „Veränderte Verhältnisse. Rassismus in Zeiten der Krise“ von einem Wechselverhältnis zwischen Rassismus, Kapitalismus und Krise aus (S. 54). Anhand vorhandener Rassismus- und Krisentheorien sowie der Analyse aktueller Entwicklungen zeigt er auf, dass Rassismus Konjunkturen unterliegt und als dynamische, politische Strategie nutzbar gemacht wird. Der Beitrag von Friedrich macht deutlich, dass es zwischen Rassismus und Krisendynamiken enge Zusammenhänge gibt. Es wird nachvollziehbarer, wie die (Finanz-) Krisensituationen Rassismen reaktualisieren, reaktivieren, etablieren und neu hervorbringen.

Der Beitrag „Out of Control. Schengen und die Krise“ von Bernd Kasperek und Vassilis S. Tsianos thematisiert die Europäisierung des gegenwärtigen Grenz- und Migrationsregimes am Beispiel der globalen Finanzkrise und des Schengener Abkommens als Regulator der Europäisierung der Migrationspolitik.

„Mit dem Aufkommen der neuen, globalen wirtschaftlichen Krise, die in Europa vor allem als Krise der Staatsfinanzen wahrgenommen wird, ist der Vergemeinschaftungsprozess allerdings sichtbar ins Stocken geraten. Dieser Befund gilt auch für die Migrations- und Grenzregime im EU-Rahmen. Das System Schengen insgesamt befindet sich in einer Krise“ (S. 70).

Deutscher Nationalismus

Die genannten Beiträge sind aus dem theoretischen und länderübergreifenden ersten Teil. Im zweiten Teil werden die Entwicklungen in Russland, Belarus, Spanien, Griechenland, Italien, Niederlande, Ungarn, Deutschland, Britannien und der Türkei analysiert. Anika Kozicki zeigt in ihrem Beitrag „Deutsche Normalität in Europa. Zur Kritik des deutschen Nationaldiskurses“ die Reartikulation der deutschen nationalen Identität und deren Zusammenhang mit der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise plastisch auf. Während die von der deutschen Seite gelobte „Tugend des Sparens“ beziehungsweise die Rettungs- und Sparpolitik als Weg zur Lösung der Finanzkrise durchgesetzt wird, werden die „Anderen“, die ihre Inseln verkaufen sollen, auf eine nationalistische und rassistische Weise ausgegrenzt. Kozicki zeigt in ihrem sehr verständlich geschriebenen Beitrag auf, dass der deutsche Nationalismus sich in der Zeit der Krise durch die angeblich wirtschaftlichen Erfolge des deutschen Staates beziehungsweise der deutschen Nation reartikulieren konnte, was zur Normalisierung der Überlegenheitsgefühle der deutschen Nation beziehungsweise des deutschen Nationalismus beitrug.

Ebenfalls mit Deutschland, allerdings mit einem anderen Blickwinkel, befasst sich der Beitrag von Sara Madjlessi-Roudi. Sie untersucht die ausgrenzenden Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Entwicklungspolitik, indem sie aus einer postkolonialen Perspektive die aktuellen Diskurse und Praktiken bezüglich des Konzepts „Entwicklung“ in Frage stellt. Sie macht deutlich, dass im eurozentrischen Entwicklungsdiskurs die Welt nach einer angenommenen „universellen Entwicklungsskala“ in entwickelte und unentwickelte Länder eingeteilt wird (S. 118). Diese dichotome Einteilung der Welt (entwickelt/unentwickelt, fortschrittlich/rückschrittlich, demokratisch/undemokratisch) ermögliche laut Madjlessi-Roudi eine Legitimation (entwicklung-)politischen Handelns. Hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzkrise würden die Probleme im globalen Süden verortet, während die Expertise zur Lösung im globalen Norden lokalisiert werde. In diesem Entwicklungsdiskurs werde den Ländern des globalen Nordens eine Rolle als das aktiv

helfende Eigene zugeschrieben, während die Länder des globalen Südens als passive hilfsbedürftige Andere klassifiziert werden. Besonders Deutschland wird wegen seiner starken wirtschaftlichen Situation in der EU ein entwicklungspolitischer Führungsanspruch zugeschrieben.

In ihrem Beitrag ‚Zwischen ‚Big Society‘ und ‚Aspiration Nation‘‘ beschäftigt sich Sibille Merz mit dem Zusammenhang zwischen Ausgrenzung und neoliberaler Ideologie in Britannien. Die Autorin untersucht die Krisenpolitik der britischen Regierung, die auf den ausgrenzenden, abwertenden, dämonisierenden Konstruktionen der Arbeiter_innenklasse, der Migrant_innen und der „Anderen“, die als nicht nützlich klassifiziert werden, basiert. Im Beitrag ‚Verhärtung der Ausschlüsse‘ beschreibt Frank Eckardt die Verbindungen zwischen Ausgrenzung und Rassismus in den Niederlanden. Er zeigt auf,

„dass die niederländische Wahrnehmung der Euro-Krise, das eigene nationale Selbstverständnis und die damit einhergehenden Ausschlüsse von Minderheiten, insbesondere MuslimInnen, tiefgreifende Einflüsse auf die niederländische Politik und Gesellschaft haben“ (S. 175).

Savaş Taş, der sich in seinem Beitrag ‚Neue Ambitionen für das Establishment?‘ mit dem Zusammenhang zwischen dem türkischen Nationalismus und der Krise befasst, stellt die These auf, dass die Euro-Krise die außenpolitische – und nationalistische – Tendenz der türkischen Regierung verstärkt hat, sich in Richtung der mittelasiatischen Turk-Republiken zu orientieren. Auch im Mittleren Osten und in Nordafrika nehme das ökonomische und politische Engagement der Türkei zu. Demgegenüber trat das Ziel einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher zurück.

Die in diesem Band vorliegenden Länderanalysen von unterschiedlichen Sozialwissenschaftler_innen geben einen übersichtlichen Überblick über vor allem europäischen Nationalismen, Rassismen und ökonomisch bedingten Ausgrenzungspraktiken, -politiken beziehungsweise -mechanismen. Der gesamte Band bietet mit seinem theoretischen und empirischen Konzept eine Möglichkeit, die Erscheinungsformen der Auswirkungen der Krise ebenso wie die Zusammenhänge der Wirtschafts- und Finanzkrise mit Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung in Europa kritisch zu betrachten.

Zusätzlich verwendete Literatur

Haritaworn, Jin / Tauqir, Tamsila / Erdem, Esra (2011): Queer Imperialismus. Eine Intervention in die Debatte über „muslimische Homophobie“. In: Günay-Yılmaz, Koray (Hg.): Karriere eines konstruierten Gegensatzes. Zehn Jahre »Muslime versus Schwule«. Eigenverlag, Berlin

Sebastian Friedrich, Patrick Schreiner (Hg.) 2013:
Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-36-2.
240 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Zülfukar Çetin: Analysen zur Krise. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013, Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1158>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Zombie-Migrationspolitik und der Kampf um Rechte



Miltiadis Oulios

Blackbox Abschiebung

Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären

Miltiadis Oulios Untersuchung „Blackbox Abschiebung“ nimmt die deutsche und europäische Abschiebepolitik unter die Lupe. Dabei lässt er auch die zu Wort kommen, die „gerne geblieben wären“.

Rezensiert von [Martina Benz](#)

Als Zombie-Neoliberalismus bezeichnete Jamie Peck einmal das Weiterleben einer neoliberalen Herrschaftslogik trotz (Legitimations-)Krise (Peck 2009). Ein ähnliches Bild zeichnet Miltiadis Oulios von der Abschiebepolitik: In einer Welt der erwünschten Mobilität erscheint es absurd, Menschen das Recht auf Bewegungsfreiheit zu nehmen; Rechtfertigungen wie die territoriale Souveränität des Nationalstaats wirken angesichts transnationaler Verflechtungen antiquiert. „Blackbox Abschiebung“ entstand als Fortführung der 2010 von Ralf Jesse und dem Institute for Studies in Visual Culture e.V. (ISVC) realisierten gleichnamigen Ausstellung.

Miltiadis Oulios, Sozialwissenschaftler, Journalist und ehemaliges Mitglied der Gruppe Kanak Attak, erörtert das Thema Abschiebung anhand einer Fülle von Fakten und Fallbeispielen. Dabei zieht er einen weiten Bogen ausgehend von der Geschichte der Abschiebung, ihrer Logistik, Infrastruktur und ihren rechtlichen Rahmenbedingungen bis hin zur Frage des Widerstands gegen Abschiebungen. Das besondere an Oulios Buch ist aber, dass der Autor die Abschiebepolitik aus einer Perspektive der globalen Auseinandersetzung um Bewegungsfreiheit und Bürgerrechte analysiert und dabei Menschen, „die gerne geblieben wären“ (Untertitel) selbst zu Wort kommen lässt.

Die im Buch dokumentierten Interviews (Ausschnitte der Interviews sind [online](#)) verdeutlichen die Gnadenlosigkeit der Abschiebepolitik; sie dokumentieren aber auch, wie Menschen um das Recht auf einen Ort zum Leben kämpfen. „Nicht [...] als Opfer widriger Umstände, [...] sondern [...] als echte Menschen – mit Schwächen, Stärken und Strategien“ (S. 12). So erzählt Oulios nicht die Geschichte einer Unterwerfung sondern vor allem die Geschichte des Widerstandes gegen die Abschiebepolitik. Denn neben dem Leid steht die „prekäre Normalität“ (S.77), wie Oulios es nennt, hier wie da, steht das sich Einrichten und zurecht Kommen, das Ausweichen und „das Haken schlagen“ (ebd.).

Jenseits der „Perspektive des Leids“

Humanitär argumentierende Forderungen nach einer menschlicheren Abschiebepolitik sind, so Oulios, nicht nur zahnlos, sondern dienen letzten Endes der Modernisierung einer im Grunde unveränderten Politik (S. 64). Vor allem aber entpolitisiert sie den Konflikt um Bewegungsfreiheit.

„Der autonome Slogan ‚Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord‘ ist daher verfehlt. Nicht weil er etwas Falsches ausdrückt, sondern weil er zu wenig zur Sprache bringt. Und vor allem weil er den Diskurs des Rassismus wiederholt, ohne einen Begriff von Bürgerrechten, die über das Bestehende hinausweisen, zur Sprache zu bringen“ (S. 77).

Der Fokus auf das Leid droht zu verstellen, wie sich Migrant_innen das Recht auf Mobilität aneignen und damit eine Realität schaffen, die die Abschiebepaxis zu regulieren versucht, woran sie aber letztlich scheitert. „Betroffenheit [reiche vor allem] nicht aus, um einen Politikwechsel herbeizuführen“, da diese die „Dynamik der Migration“, das heißt die Auseinandersetzung um Zugehörigkeit verschleiern. „Nur ein Bürger kann nicht mehr abgeschoben werden und muss nicht begründen, weshalb er an einem Ort bleiben will. Der Begriff der Menschlichkeit erlaubt diesen Zugang nicht, kann ihm sogar im Wege stehen“ (S. 64). So berücksichtige das Ausländergesetz, auf dessen Grundlage Abschiebungen erfolgen, humanitäre Aspekte: So erlaubt es, Abschiebung im Fall einer „erheblichen Bedrohung für Leib und Leben“ auszusetzen (S. 74). Real zeigt sich aber, dass dies nur dann stattfindet, wenn mit Unterstützungskampagnen öffentliche Aufmerksamkeit und Druck erzeugt wird. Die Anerkennung einzelner Härtefälle rechtfertigt außerdem Abschiebungen in allen anderen Fällen.

Im Anschluss an Giorgio Agambens Theorie des *Homo Sacer* analysiert Oulios die Rechtlosigkeit der Nicht-Zugehörigen, als Vorbedingung der Bürgerrechte. Die Existenz von „Menschenrechten“ erlaube demnach erst das Vorenthalten von Bürgerrechten; mit der Abspaltung des einen vom anderen erfolgt eine „Trennung zwischen Humanitärem und Politischem“ (Agamben 2002, S. 142). „Im Begriff der Menschenrechte ist neben dem positiven Bezug auf den Menschen als Rechtsträger auch dieses negative Erbe – die Idee des Menschen als rechtloser bloßer Körper – enthalten“ (S. 57). Wenn Migrant_innen allerdings für sich Menschenrechte einfordern, und erfolgreich einklagen, dann erweitern sie damit faktisch den Geltungsbereich von Bürger_innenrechten. Genau darin zeigt sich die politische Bedeutung der Auseinandersetzung um Mobilität und ihre Verbindung zu einer Auseinandersetzung um Bürger_innenrechte.

Abschiebung in der „Integrationsrepublik Deutschland“

Auch die Abschiebung von in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen aus Einwandererfamilien wird aus humanitärer Sicht selten problematisiert. Kriminelle Jugendliche abzuschicken erscheint legitim, obgleich diese Praxis das rechtsstaatliche Verbot der Doppelbestrafung verletzt. Wer ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu einer Strafe von mehr als zwei beziehungsweise drei Jahren ohne Bewährung verurteilt wird, muss mit der Ausweisung rechnen. Wie Oulios Fallbeispiele zeigen, genügt es dafür im ungünstigsten Fall, zweimal beim Ladendiebstahl erwischt zu werden oder die falschen Freunde zu haben. Dass für die meisten hier aufgewachsenen Jugendlichen Deutschland ihre Heimat und ihr „Herkunftsland“ fremd ist, wird in Kauf genommen.

Seit der Jahrtausendwende sieht sich Deutschland ganz offiziell als Einwanderungsland. Die Thematisierung der Einwanderung wurde verschoben, nicht mehr die Migration an sich ist suspekt, sondern es wird zwischen guten, „integrationswilligen“ und schlechten „Integrationsverweigerern“ unterschieden. Der Integrationsdiskurs gibt sich formal antidiskriminierend, während er faktisch demokratische Rechte einschränkt, denn diese gelten unter Vorbehalt (vgl. Bojadzijeve 2008, S. 237-245). Oulios fasst zusammen:

„Abschiebungen sind das schmutzige Geheimnis der Integrationsrepublik: Gerade weil sie ihre Integrationsbereitschaft zur Schau stellen möchte, benötigt diese Republik Abschiebungen als eines der letzten verbleibenden Instrumente, mit dem Migranten noch eindeutig als Fremde, als ‚Andere‘ markiert werden können“ (S. 406).

Abschiebung und Widerstand

Öfter als bekannt scheitern Abschiebungen. Migrant_innen leisten Widerstand, indem sie ihre Pässe vernichten und ihre Herkunft, Reiseroute und Identität für sich behalten. 80 Prozent der Asylanträge erfolgen ohne Vorlage eines Passes, wodurch die Abschiebung mittelfristig nicht durchführbar ist. Als „Ökonomie der Lüge“ bezeichnet Militiadis Oulios diese Praxen. Aufgrund der individualisierten Migrationspolitik sind viele Widerstandsformen gegen Abschiebung zunächst individuell.

Noch in den 1960er und 1970er Jahren richteten sich Abschiebungen meistens gegen Gruppen von Migrant_innen, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten ins Visier des Staates gerieten: iranische und arabische Student_innen, später „aufsässige“ migrantische Arbeiter_innen“, die für bessere Arbeitsbedingungen streikten (S. 211).

Mit dem Ende der Anwerbephase Anfang 1973 entwickelten sich Familiennachzug und Asylverfahren zu den Haupteinreisemöglichkeiten in die BRD. Das Bleiberecht ist damit an individuelle Fallentscheidungen geknüpft. Und obgleich Geflüchtete in ihren Kämpfen immer wieder ein kollektives Bleiberecht fordern, werden kollektive Kämpfe seitens der staatlichen Behörden immer wieder auf Einzelfallprüfungen verengt.

Diese Logik unterläuft nicht nur kollektive Organisierungen, sondern verwischt auch die politische Dimension antirassistischer Kämpfe. Denn

„je stärker das Argument ins Zentrum gestellt werden musste, wie viel Leid eine Abschiebung für die jeweils Betroffenen verursachen würde, um die Behörden zu überzeugen, aus moralischen Gründen doch noch von ihr abzulassen, desto mehr geriet dabei die Frage eines kollektiven Rechts auf Migration aus dem Blick“ (S. 323f).

Abschiebung – ein Auslaufmodell?

Oulios entlarvt mit seiner Analyse, wozu die Abschiebepolitik tatsächlich dient: Sie baut eine Drohkulisse auf, vor deren Hintergrund Migrant_innen entrechtet werden. Die Drohung der Abschiebung ermöglicht, Druck aufzubauen und „Integrationsleistungen“ einzufordern. Das Besondere an Oulios Perspektive ist, dass er dabei die unterschiedlichen von Abschiebung Betroffenen nicht entlang der Kategorisierungen des Ausländerrechts auseinanderdividiert. Indem er die innere Grenze Abschiebung zum Ausgangspunkt seiner Analyse macht, gelingt ihm eine übergreifende Perspektive antirassistischer Kämpfe.

Oulios bietet zahlreiche Argumente für ein Ende der Abschiebepolitik. „Wie lange wollen wir denn noch Menschen im Mittelmeer jagen oder Familien aus Deutschland abschieben, die schon längst hier heimisch geworden sind?“ (S. 429), fragt er am Ende seines Buches. Nicht nur aus der Perspektive der Betroffenen erscheint sie unmenschlich. Angesichts des Unvermögens, Einwanderung zu kontrollieren und der Realität einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft drängt sich der Eindruck auf, der Staat handle absurd und anachronistisch. Letztlich werde die Abschiebepolitik sich selbst überleben, argumentiert der Autor in seinem Fazit, denn:

„Die Mobilität der Migranten, durch welche die Staaten sich gezwungen sehen, eine Politik und eine Infrastruktur zu ihrer Abschiebung zu entwickeln, [...] trägt dazu bei, dass sich die Institutionen auf diesem Gebiet einerseits globalisieren, andererseits aber auch an ihre Grenzen stoßen. Denn mit der fortschreitenden Globalisierung dürfte es immer schwieriger werden, den Wunsch nach einem Recht auf Freizügigkeit abzuwehren“ (S. 408).

Das mag stimmen; gleichwohl kann vermutet werden, dass neben dieser Ausweitung der Bewegungsfreiheit, auf die Oulios zu Recht verweist, auch in Zukunft immer neue (ebenfalls) umkämpfte Einhegungen stattfinden werden.

Wie Oulios selbst darstellt, zeigen die politischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, dass gerade in Zeiten flexibler Zugehörigkeitspolitiken repressive Ausschlüsse fortbestehen und sich immer wieder anderen Notwendigkeiten anpassen konnten. Absurdität und Irrationalität sind notwendig Teil dieser Politiken, die, wie Oulios selbst herausarbeitet, grundsätzlich widersprüchlich sind. Im Anschluss an Jamie Peck wird deshalb möglicherweise auch diese Zombie-Politik noch länger von Bedeutung bleiben: „Tot, aber herrschend“ (Peck 2009, S. 644).

Auf die Notwendigkeit ihres Untergang zu verweisen und die Auseinandersetzung um Abschiebung und die Kämpfe der Migration zu re-politisieren, bleibt angesichts dessen umso wichtiger.

Zusätzlich verwendete Literatur

Agamben, Giorgio (2002): Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Suhrkamp, Frankfurt/Main.

Bojadzic, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Peck, Jamie (2009): Zombie-Neoliberalismus und der beidhändige Staat. In: Das Argument Jg. 51, H. 4. S. 644-650.

Miltiadis Oulios 2013:

Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären.

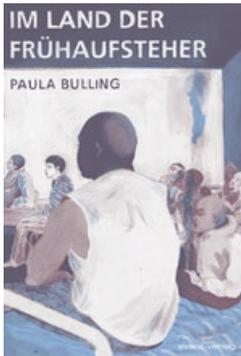
Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 978-3-518-12644-8.

482 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Martina Benz: Zombie-Migrationspolitik und der Kampf um Rechte. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013, Asylpolitik: Wider die Bewegungsfreiheit. 38/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1167>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Eigene Position unter der Lupe



Paula Bulling Im Land der Frühaufsteher

Paula Bulling setzt sich kritisch mit ihrer eigenen Position als weiße deutsche Künstlerin, die über die Missstände in Asylheimen berichten will, auseinander.

Rezensiert von [Sharon Dodua Otoo](#)

Das Jahr 2012 war mit zahlreichen bundesweiten Protestcamps, Demonstrationen und Hungerstreiks für das Thema „Asyl in Deutschland“ ein bewegtes Jahr. Obwohl die Koordination dieser bundesweiten Aktionen maßgeblich von Geflüchteten und Asylsuchenden in Organisationen wie The VOICE Refugee Forum und KARAWANE für Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen getragen wurden, wurden eben diese Personen in den Mehrheitsmedien bestenfalls als „Opfer“ wahrgenommen. Im Fokus der deutschen Berichterstattung standen vielmehr die Ängste weiß-deutscher Anwohner_innen. Sogar Medienbeiträge, wie die Sendung „Auf der Flucht“ von ZDFneo, die angeblich eine Sensibilisierung für Asylsuchende anstrebten, lieferten im Ergebnis letztlich weitere Beispiele für die vermeintliche Überlegenheit der weißen Perspektive – und das in guter Wallraff-Tradition.

Die eigene Biografie in Schwarz-Weiß

Die Graphic Novel „Im Land der Frühaufsteher“ ist zwar auch aus einer weißen deutschen Perspektive produziert worden, doch ist die Autorin und Künstlerin Paula Bulling ihre Positionierung bewusst und macht dies genau zum Thema. Veröffentlicht im Jahr 2012, schildert das Buch einige Schicksale von Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt – dem berühmten „Land der Frühaufsteher“, von dem die Geschichte auch ihren Titel erhält. Anders als in vielen herkömmlichen Beiträgen zum Thema setzt sich Bulling in ihrer ersten Veröffentlichung gleichzeitig mit den Fragen auseinander, wie Non-Citizens in ihrem Protest gegen die unmenschlichen Bedingungen im deutschen Asylsystem unterstützt werden können, ohne dass ihre Bewegung vereinnahmt wird, und wie Solidarität mit Non-Citizens gezeigt werden kann, ohne dass für sie gesprochen wird.

In ihrem beeindruckenden Werk „Im Land der Frühaufsteher“ stellt sich Bulling diesen Fragen und erzählt, wie es der Website des Verlags zu entnehmen ist, „[i]n sieben Kapiteln [...] vom Leben in Asylbewerberheimen, alltäglichem Rassismus, dem Tod eines Flüchtlings wie auch von der Suche nach einer angemessenen erzählerischen Haltung als weiße Künstlerin“. Eine Besonderheit des Buches ist in diesem Kontext der autobiografische Ansatz, denn Bulling inszeniert sich selber als Teil der Geschichte und macht somit ihre eigene Positionierung klar. Die Hauptprotagonisten sind allerdings die Asylsuchenden selber: Farid, ein Freund von Paula, der in einem Heim in Möhlau wohnt, und Aziz, ein Bewohner der ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge) in Halberstadt. Das Buch endet mit dem tragischen Tod von Azad Hadji, der einzige Geflüchtete, der seinen echten Namen trägt. Mit der Unterstützung von Noel Kaboré verwebt Bulling die authentischen Stimmen von Geflüchteten mit ihren eigenen Beobachtungen über die Geschehnisse. Sie zeichnet starke Schwarz-Weiß-Bilder der „Anderen“, ohne dabei zu vergessen, dass sie durch

diesen Akt des Zeichnens die Verantwortung trägt, die Geflüchteten selbst zur Wort kommen zu lassen.

Wer darf sich frei bewegen und wohin?

„Reisen“ ist ein Hauptmotiv des Buches. Gleich das erste Bild zeigt zwei weiße Personen, die mit dem Auto nach Sachsen-Anhalt fahren. Sie werden von einem Schild mit dem Werbeslogan „Willkommen im Lande der Frühaufsteher“ begrüßt. Die Fahrerin hört etwas Belangloses im Radio, was durch eine leere Sprechblase symbolisiert wird. Die Europakarte hinterm Fahrersitz zeugt von Reisefreiheit und Grenzenlosigkeit.

Die Protagonist_innen des Buches sind auf unterschiedliche Weise, je nach Status, unterwegs. Um die ZAST in Halberstadt zu besuchen, fahren Paula und ihre Freundin Ina mit dem Fahrrad und mit der Bahn. Abgesehen davon, dass der Weg weit ist, haben sie – wie die meisten Menschen mit sicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland – keine weiteren Probleme zu reisen. Sie kommen sorglos überall hin. Aziz hingegen ist von der Residenzpflicht betroffen. Das ist ein Gesetz, das geflüchteten Menschen verbietet, ihren Landkreis ohne Antrag auf Erlaubnis zu verlassen. Sich frei in Deutschland bewegen zu können ist ein Privileg, das die Geflüchteten auch deswegen nicht haben, weil sie arm sind. Eine Szene beschreibt, wie eine Gruppe von Frauen über eine Stunde zu Fuß gehen muss, um sich mit Paula und Ina am Bahnhof treffen zu können. Mit dem Auto wird als Geflüchtete in dieser Geschichte nur in einer einzigen Situation gefahren: als Hadji schwer verletzt von einem Arbeitsunfall „nicht ins Krankenhaus, sondern nach Möhlau 25km durch die Nacht“ (S. 120) zurück zum Heim gebracht wird. Kurze Zeit später stirbt er.

Das Buch handelt natürlich auch von „Migration“ beziehungsweise der Frage, wer international reisen darf und wer nicht. Menschen, die nach Deutschland flüchten, werden hier erst einmal in einem „Knast, der seinen Namen nicht sagt“ (S. 32) aufgenommen. Diese Tatsache steht im starken Kontrast zu den historischen Bewegungen von weißen Deutschen, die beispielsweise zu den Zeiten der kolonialen Expansion in die Herkunftsregionen einiger der Protagonist_innen gefahren sind, um dort gewaltvolle Verbrechen zu begehen. Solche werden noch heute mit Straßennamen in deutschen Städten für ihre Taten geehrt.

Auf Seite 97 wird eine Demonstration vor der Ausländerbehörde in Merseburg abgebildet. Eine Person ruft dazu auf gegen die Residenzpflicht, „ein Gesetz aus deutschen Kolonialzeiten“, zu protestieren. Somit werden auch koloniale Kontinuitäten in diesem Buch sichtbar gemacht. Dieselbe Person proklamiert, dass es bereits im „von den Deutschen besetzten Togo [...] das gleiche Gesetz [gab]“ (S. 98).

Eine Sprache des Widerstands

„Sprache“ ist ein weiteres sehr wichtiges Motiv. „Im Land der Frühaufsteher“ – wie im restlichen Deutschland auch – gibt es Multilingualität. Es wird beispielsweise gesächelt, es wird französisch gesprochen, es wird Mòoré gesprochen und es wird natürlich deutsch gesprochen. Farid spricht die Sprache fließend, trotzdem zeigt eine Szene die Überforderung eines alten weißen Mannes, der „plötzlich aus heiterem Himmel“ – und danach weiterhin – mit ihm auf Englisch spricht: „Where are you from?“ (S. 75). Farid klärt ihn auf: „Wissen Sie was? Ich spreche auch Deutsch!“ Das Gesicht des Mannes zeigt totale Irritation. Bulling zeichnet hier vier Köpfe (S. 78), um plastisch zu machen, wie er sich von Farid ab- und zu Paula zurückwendet mit den Worten: „Aber... aber vorhin als sie hier angekommen sind, da haben sie doch in einer anderen Sprache miteinander geredet!“ Paula steht einfach da mit ihren verschränkten Armen und antwortet: „Äh, Äh, Französisch? Aber fragen sie ihn doch selber!“

Diese Episode, die eine leider sehr typisch für viele Schwarze Personen in Deutschland ist, liefert auch ein Beispiel dafür, wie Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, auf verschiedene Art und

Weise sich gegen Alltagsrassismus wehren. Hier, nach dem der alte weiße Mann wiederholt die Frage stellt, ob das afrikanische Französisch primitiver sei als das europäische, löst Farid die Situation allmählich mit Humor. Gleich nach dieser Szene allerdings wird die Merseburger Demonstration gegen Residenzpflicht abgebildet. Hier zeigt Bulling, dass obwohl Menschen mit verschiedenen Positionierungen zusammen protestieren, Schwarze Personen die handelnde Rolle haben. Es ist immer ein Schwarzer Mann, der in dem Lautsprecher spricht. Doch sogar auf der Demo wird dieser Mann Opfer von Racial Profiling. Anscheinend ohne triftigen Grund wird er von zwei Polizeibeamten angesprochen. „Schon wieder meinen Ausweis?!“, fragt der Sprecher. Er beschwert sich lauthals gegen diesen offenbar erneuten Versuch ihn einzuschüchtern und erwähnt Oury Jalloh, dessen Schicksal ähnlich anfang (Jalloh wurde auch von Polizisten angesprochen) und mit seinem Feuertod endete.

Zwischen Detail und Skizze

Die schwarz-weißen Bilder sind stark und eindrucksvoll. Die Künstlerin wechselt zwischen sehr detaillierten Porträts und umrissenen Skizzen, eine Technik, die den Blick irritiert und verunsichert. Die Gebäude hingegen sind Klötze und sehen mehr oder weniger alle gleich aus. Ein so ernsthaftes Thema in einem Comic zu behandeln ist ungewöhnlich. Dennoch ist es richtig, dass Bulling ihr künstlerisches Talent genau dort einsetzt, wo es am besten zur Geltung kommt – denn das Ergebnis ist treffsicher. Die Beantwortung der Frage, wie Aktivist_innen mehr Aufmerksamkeit und eine größere Sensibilisierung für Asylsuchende in Deutschland gewinnen können, ist umstritten. Die Diskussion um Rassismus in der linken Szene und die Anerkennung von weißen Positionierungen mindestens genauso. Bulling schafft es, diese Ambivalenz bildlich darzustellen, ohne dabei zu vergessen, worum am Ende es wirklich geht. Die letzten Bilder sind leise, ergreifende Skizzen von der Familie des verstorbenen Hadji.

Paula Bulling 2012:
Im Land der Frühaufsteher.
Avant-Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-939080-68-8.
120 Seiten. 17,95 Euro.

Zitathinweis: Sharon Dodua Otoo: Eigene Position unter der Lupe. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1164>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Antiziganismus benennen!



Alexandra Bartels, Markus End, Tobias von Borcke, Anna Friedrich (Hg.)

Antiziganistische Zustände 2

Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse

Der Sammelband macht Themen und Debatten differenziert sichtbar und bietet damit mehr als eine gute Einführung in das Thema Antiziganismus.

Rezensiert von [Bente Gießelmann](#)

Viele der jüngeren Publikationen zum Thema Antiziganismus zeichnen sich durch eine Verkürzung auf „die Roma“, „ihre Eigenschaften“ und „ihre Probleme“ aus, deren vermeintlich reflektierte Oberfläche kaum die darunter liegende stereotype Wahrnehmung verdecken kann. Vielfach äußern sich auch Personen des öffentlichen Lebens in Debatten um Zuwanderung oder „Integration“ über die Situation von Roma in Deutschland und Europa – nicht wenige davon in einer Art und Weise, die den Antiziganismus-Watchblog antizig.blogspot.de dazu veranlasste, seit 2011 den *Antiziganistischen Stinkstiefel* zu verleihen.

Antiziganistische Zustände in Europa haben sehr unterschiedliche Facetten. Sie reichen beispielsweise von antiziganistisch gefärbten Forderungen des deutschen Innenministers oder rassistischen Anwohner_innen- und Mediendiskursen in vielen deutschen Städten über gewaltvolle Räumungen von Wohnwagenplätzen in England bis zu strukturellen Ausschlüssen und Übergriffen in Tschechien. Zu diesen Prozessen gibt es kritische Stimmen und politische Interventionen – wirkmächtig ist jedoch oft eine Perspektive, die zwar die Begriffe „Stereotyp“ oder „Diskriminierung“ kennt, deren Fokus aber grundlegend der einer Mehrheitsgesellschaft ist, die ihre eigenen Verstrickungen in antiziganistische Zustände nicht hinterfragt. Der Sammelband „Antiziganistische Zustände 2“ kehrt diese Perspektive im Sinne einer gesellschaftspolitischen Antiziganismuskritik um und schaut sich historische Diskurse und Praktiken an: wie und mit welchen Inhalten funktionieren antiziganistische Zuschreibungen und Diskriminierung, und was hat gerade das vermeintlich selbstverständliche „wir“ damit zu tun?

Begriffe finden

Die gesellschaftliche Relevanz des Themas spiegelt sich auch in einer breiteren wissenschaftlichen Beschäftigung wider: Der Sammelband erscheint mitten in einer kontroversen Auseinandersetzung um den Begriff des Antiziganismus. Die versammelten thematisch breit gefächerten Artikel versuchen ein komplexes Gebilde von Zuschreibungen und Diskriminierungen zu beleuchten, das wissenschaftlich bisher wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. Der vorliegende Sammelband schließt sich an die Publikation „Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments“ (End/Herold/Robel 2009) an. Als Antiziganismus wird dabei eine spezifische Form rassistischer Bilder und Ausgrenzung gefasst, die sich vor allem gegen Sinti und Roma richtet. Das aktuelle Buch gliedert sich in verschiedene Abschnitte: Grundlagen, Fremdbilder, Antiziganismus in Deutschland und Europa, Antiziganismuserfahrungen/Interventionen sowie einen Anhang, der eine umfangreiche Bibliografie enthält.

In den wissenschaftlichen und politischen Diskussionen, die bereits seit einigen Jahren geführt werden, werden sehr unterschiedliche Zugänge zur Stereotypisierung und Diskriminierung von

Roma sichtbar. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die Präzisierung von Begriffen. Im grundlegenden Abschnitt erläutert Markus End deshalb detailliert die aktuellen Begriffsdebatten sowie seinen eigenen Zugang zum Konzept des Antiziganismus. Er betont, dass es sich um ein Konstrukt der Mehrheitsgesellschaft handle, welches auf einem historisch tradierten „Zigeuner“-Stereotyp basiere und in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen (Bilder, Diskurse, Institutionen und Praktiken) ständig reproduziert und aktualisiert werde. Betroffen von Diskriminierung und Ausgrenzung seien mehrheitlich Sinti und Roma. Markus End diskutiert verschiedene Kritiken am Begriff des Antiziganismus, von denen eine besonders aus aktivistischen Kontexten formuliert wird: Sollte der Begriff durch die Reproduktion des Wortelementes „zigan“ verletzen oder rassistische Sprache reproduzieren, müsse ein anderer gefunden werden. Markus End argumentiert, dass der Begriff das System von Stigmatisierung und Diskriminierung momentan jedoch gut zusammenfasst, weil er den Konstruktionscharakter der Zuschreibungen betont und spezifische Sinngehalte des Antiziganismus als Form des Rassismus benennt. Der Definitionsversuch bietet somit eine Grundlage für Debatten und macht Kontroversen um den Begriff sichtbar, die nicht nur im wissenschaftlich-akademischen Kontext ausgehandelt werden können. Die Einleitung des Bandes wie auch Diskussionen rund um die Buchveröffentlichung machen deutlich, dass hinter den verschiedenen (begrifflichen) Diskussionen vor allem die Frage der Repräsentation steht: Wer kann/darf/sollte Antiziganismuskritik betreiben und welche Positionen nehmen dabei jeweils von Antiziganismus Betroffene oder Nicht-Betroffene ein? Die Herausgeber_innen des Sammelbandes, positioniert als Nicht-Betroffene, diskutieren diese Frage nicht im Sinne politischer Lähmung, sondern kritischer Selbstreflexion und emanzipatorischer Bündnisse.

Kontinuitäten sichtbar machen

Dass in der aktuellen akademischen Forschung zu Antiziganismus auch problematische Ansätze vertreten und erneuert werden, zeigt der Artikel von Tobias von Borcke im Abschnitt „Fremdbilder“. Er weist auf essentialisierende und stereotypisierende Wissensproduktion im institutionellen Kontext des Leipziger Forum Tsiganologische Forschungen (FTF) hin. Tobias von Borcke illustriert ein hegemoniales wissenschaftliches Feld und damit den Hintergrund, vor dem der Sammelband als Beitrag in der wissenschaftstheoretischen Debatte wichtige kritische Impulse liefert.

20 Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gibt es beispielsweise in Duisburg oder Dortmund erschreckend ähnliche Diskurse um die Zuwanderung von Roma. Stephan Geelhaar, Ulrike Marz und Thomas Prenzel analysieren in ihrem Artikel die antiziganistischen Gehalte der Diskurse in Lichtenhagen und stellen die grundlegende Verbindung zu einem bürgerlichen (Selbst-)Verständnis von Sauberkeit und Ordnung heraus. Auch wenn die Analyse zum Teil den Nutzen psychoanalytischer Konzepte überbewertet und die historische Tradierung der Zuschreibungen von Schmutz und mangelnder Hygiene missachtet, liefert sie wichtige Grundlagen für die Bewertung aktueller Diskurse. Nicht zuletzt wird sichtbar, wie die bürgerliche Selbstpositionierung eine latente Gewaltbereitschaft legitimiert.

Weitere Beiträge versammeln Forschungen zur Geschichte antiziganistischer Fremdbilder und zu europäischen Dimensionen antiziganistischer Zustände, so zum Beispiel in Frankreich und Ungarn. Andreas Koob zeigt am Beispiel ungarischer Bürger_innenwehren, wie sich antiziganistisches Wissen mit ausschließenden (teils gewaltförmigen) Praktiken verbindet – die Analyse der Situation mit dem Fokus der Raumproduktion bietet Ansatzpunkte beispielsweise auch zu Forschungen zu Antiziganismus und städtischem Raum.

Anknüpfungspunkte

Die Selbstverortung des Buches an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik spiegelt sich vor allem im letzten Abschnitt wider, in dem politische Interventionen reflektiert werden und so auch der Kampf gegen Diskriminierung sichtbar gemacht wird. Zu den Aufgaben einer

Antiziganismuskritik gehört auch die Reflexion der (politischen) Arbeit gegen antiziganistische Zustände.

Sehr brauchbar ist eine ausführliche, teilweise kommentierte Literaturliste im Anhang des Sammelbandes, die thematisch geordnet wichtige internationale Publikationen zu unterschiedlichen Aspekten von Antiziganismus zusammenfasst. Bedauerlich ist, dass sich kein Bezug zur Einweihung des Mahnmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma in Berlin findet. Dies ist auch deshalb erstaunlich, da im ersten Band der „Antiziganistischen Zustände“ Yvonne Robel die gedenkpolitische Stereotypisierung von Roma in Debatten um das Erinnern an den Porrajmos (Völkermord an den Sinti und Roma) analysierte. Von daher wäre eine vergleichende Analyse der Diskurse um Schuld und Verantwortung zur Einweihung im Oktober 2012 – dem gleichen Zeitpunkt, zu dem Innenminister Friedrich eine Verschärfung der Asylgesetzgebung für Menschen aus Serbien und Mazedonien forderte – sicherlich sehr aufschlussreich gewesen. Welche Umstände Diskurse um historisch begründete Verantwortung und Schutz gegen Diskriminierung einerseits, repressive Forderungen und antiziganistisch gefärbte Zuwanderungsdebatten andererseits ermöglichen, sollte eine folgende Publikation genauer analysieren.

Die Beiträge verstehen sich zwar als eine kritische Intervention in eine aktuell geführte akademische Debatte und bieten darin spezifische Fragestellungen und Forschungsperspektiven an. Die Themen sind jedoch auch für politisch Aktive, Multiplikator_innen, Mitarbeiter_innen in NGOs und thematisch Interessierte sehr lesenswert, da sie prägnant geschrieben sind und die in Einführungen zu Antiziganismus vermittelten Inhalte an konkreten Praktiken und Diskursen empirisch aufzeigen und vertiefen. Durch die Bandbreite der Artikel werden dabei auch bisher weniger beachtete Bereiche oder Verknüpfungen beleuchtet wie zum Beispiel Zwangssterilisierungen oder Menschenhandelsdiskurse. Diese Artikel zeigen präzise wie beängstigend, welche Verbreitung und Wirkmächtigkeit antiziganistische Zuschreibungen und Politiken haben und wo sie in Verknüpfung mit anderen Diskursen und Praktiken Relevanz besitzen. Deutlich wird dabei ebenso, dass die Frage nach antiziganistischen Mustern oder Exklusionsmechanismen in gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten viel öfter gestellt werden muss.

Zusätzlich verwendete Literatur

End, Markus / Herold, Kathrin / Robel, Yvonne (Hg.) (2009): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments. Unrast Verlag, Münster.

Winkel, Anneke (2002): Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland. Unrast Verlag, Münster.

Wippermann, Wolfgang (2005): Was heißt Antiziganismus? Online [hier](#).

Wippermann, Wolfgang (1997): Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich. Elefanten Press, Berlin.

Zimmermann, Michael (2007): Antiziganismus – ein Pendant zum Antisemitismus? Überlegungen zu einem bundesdeutschen Neologismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Jg. 55, H. 4. S. 304-314.

Alexandra Bartels, Markus End, Tobias von Borcke, Anna Friedrich (Hg.) 2013:
Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse.
Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-518-9.

360 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Bente Gießelmann: Antiziganismus benennen! Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1157>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Erfahrungen von kranken und „illegalen“ MigrantInnen in Berlin



Susann Huschke

Kranksein in der Illegalität

Undokumentierte Lateinamerikaner/-innen in Berlin. Eine
medizinethnologische Studie

Susann Huschke bietet einen umfassenden Einblick in die Lebenswelt und in die Krankheitserfahrungen von undokumentierten LateinamerikanerInnen in Berlin und analysiert dabei kritisch die Lücken in der gegenwärtigen medizinischen Versorgung.

Rezensiert von [Flaminia Bartolini](#)

Im Sinne der kritischen Medizinethnologie untersucht Susann Huschke in dem auf einer Dissertation basierenden Buch Krankheits- und Leidenserfahrungen undokumentierter MigrantInnen im Kontext ihrer Lebensbedingungen und erforscht ihre subjektiven Erfahrungen in Zusammenhang mit lokalen, nationalen und globalen Strukturen der Ungleichheit. Ihre Absicht, das Thema umfassend zu analysieren, spiegelt sich in der Struktur des Buches wider, indem jedes Kapitel eine der verschiedenen Facetten der Forschungsfrage vertieft und kritisch betrachtet. Das erleichtert wesentlich das Lesen von diesem fast 400-seitigen Werk, das einige LeserInnen auf den ersten Blick erschrecken könnte, und bietet die Möglichkeit zur gezielten Konzentration auf spezifische Aspekte des Themas.

Das nähere Kennenlernen des Lebens von undokumentierten MigrantInnen

Im zweiten Kapitel setzt sich Huschke detailliert mit ethischen und methodologischen Überlegungen auseinander, mit denen sie während ihrer über drei Jahre andauernden Feldforschung konfrontiert wurde. Im Fokus stehen unter anderem Reflexionen über die Sensibilität des Forschungsthemas und über den Umgang mit den unterschiedlichen Rollen der Autorin – die gleichzeitig auch als Aktivistin im Büro für medizinische Flüchtlingshilfe tätig ist – sowie über das Verhalten und die Vereinbarkeit von Praxis und Forschung.

Huschke versteht sich als *activist anthropologist*, indem sie sich über den akademischen Kontext hinaus für bestimmte Ideen und Veränderungen einsetzt. Das Buch hat das politische Anliegen, eine kritische Analyse der gegenwärtigen Gesundheitsversorgung für undokumentierte MigrantInnen zu liefern, strukturelle Veränderungen anzuregen und die MigrantInnen, die so oft in der Migrationsdebatte ausgeblendet werden, endlich zu Wort kommen zu lassen.

Außerdem betreibt Huschke eine kontinuierliche Evaluierung ihrer Rolle als Forscherin, beschreibt den Umgang mit ihren eigenen Emotionen und plädiert für die Notwendigkeit, diesen Rechnung zu tragen und sie in die Analyse einzubeziehen.

Das dritte Kapitel bietet Einblicke in die Migrationswege und in den Lebensalltag der undokumentierten MigrantInnen in Berlin. Der wichtigste Migrationsgrund für LateinamerikanerInnen, die nach Berlin kommen, ist die Arbeitssuche. Ihr Ziel ist es, eine bessere Zukunft für sich und ihre Familie zu schaffen. In diesem Sinne entsprechen die untersuchten MigrantInnen nicht dem medienwirksamen Bild der „illegalen“ als hilflose Opfer oder

gewissenlose Kriminelle, sondern zeigen sich als potentiell kreative und widerstandsfähige AkteurInnen, obwohl ihre Lebenswelt „in vielerlei Hinsicht von Exklusion, Unsicherheit und Abhängigkeiten geprägt ist“ (S. 367).

Eine zentrale Rolle im Lebensalltag spielt das soziale und kulturelle Kapital, und vor allem die persönlichen Beziehungen innerhalb der „Latino Community“, die sich als wichtige Ressource für die MigrantInnen erweisen. Gleichzeitig können sich diese Beziehungen schnell in Dynamiken der Abhängigkeit und Notwendigkeit umwandeln und damit ambivalent sowie problematisch werden. Bedeutung und Konsequenzen der aufenthaltsrechtlichen Illegalität, die von der Autorin als ein soziales und politisches Konstrukt verstanden wird, werden die MigrantInnen oft erst im Zielland begreifen, nachdem sie eine Art *Illegalitätsschock* erleben und lernen, mit ihrer dauerhaften Abschiebbarkeit zu leben. Die Erzählungen der ForschungsteilnehmerInnen verdeutlichen, dass die populäre Annahme, die (illegale) Migration sei eine bewusste und rationale Entscheidung, nicht zutrifft. Ebenso die in der politischen Arena vertretene Ansicht, der Ausschluss aus der regulären Gesundheitsversorgung könnte als wirksames Mittel der Migrationskontrolle im Sinne einer Reduzierung der illegalen Migration dienen, erweist sich als kurzsichtig und realitätsfern. Da der Zugang zu Sozialleistungen (zumindest für die Gruppe der in dem Buch analysierten MigrantInnen) keinen Migrationsgrund darstellt, fungiert der Ausschluss undokumentierter MigrantInnen zudem nicht einmal als „Migrationsabwehr“, sondern führt lediglich zur medizinischen Unterversorgung und Prekarisierung ihrer Lebenslage.

Erfahrungen von Krankheit, Ausgrenzung und (sozialem) Leiden

Im vierten Kapitel wird das medizinische Versorgungsangebot für undokumentierte MigrantInnen in Berlin analysiert, das die Autorin kritisch als Teil von einem „Trend zur Auslagerung des staatlichen Versorgungsauftrags und neoliberale Umstrukturierungen im Gesundheitssystem“ (S. 173) betrachtet. Zentral in der Versorgungsfrage von undokumentierten MigrantInnen ist die Kopplung medizinischer Behandlungen im regulären Gesundheitssystem an eine Datenübermittlung an die Behörden, eine Regelung, die innerhalb der Europäischen Union fast nur in Deutschland existiert und den Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung *de facto* verhindert. Aus diesem Grund sind undokumentierte MigrantInnen auf parallele humanitäre Versorgungsangebote angewiesen, die aber trotz der guten Intentionen mit ihrer fortlaufenden Institutionalisierung zu einer Stratifizierung des Angebots und einer Form der „Festschreibung von Ungleichheiten und der Ausgrenzung“ (S. 56) beitragen. Da sie nicht das gleiche Angebot wie das reguläre Gesundheitssystem anbieten können, kommt es zur Schaffung einer Parallelstruktur in Form einer Medizin zweiter oder dritter Klasse. Außerdem werden im Laufe des Kapitels unterschiedliche Gesichtspunkte und Ziele der AkteurInnen, die sich mit der Versorgung undokumentierter MigrantInnen befassen (zum Beispiel das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, Malteser MigrantInnen Medizin, einzelne Ärzte) anhand von Interviewabschnitten sichtbar:

„Diese Zersplitterung wirkt gemeinsamer politischer Lobbyarbeit entgegen und trägt damit dazu bei, dass eine umfassende strukturelle Veränderung in Form einer staatlich gewährleisteten medizinischen Versorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in greifbarer Nähe scheint“ (S. 205).

Anhand von Krankheitserfahrungen und Heilungswegen werden im fünften Kapitel „die Wechselwirkungen zwischen strukturellen Handlungsbeschränkungen und individuellen Handlungsspielräumen beleuchtet“ (S. 56). In einer Lebenssituation, die von permanenter Unsicherheit und prekären Arbeits- und Lebensbedingungen geprägt ist, kann Krankheit einen kritischen Moment darstellen. Anhand der zahlreichen Interviewabschnitte lernt der/die LeserIn die Leben der InterviewpartnerInnen kennen und erfährt von verschiedenen Aspekten, die ihre Krankheitserfahrung charakterisieren. Undokumentierte MigrantInnen versuchen oft, die Krankheit zu ignorieren oder selbst zu behandeln und sind auf informelle soziale Netzwerke angewiesen –

eine wichtige Ressource, die aber das Risiko der Abhängigkeit birgt. Dazu werden von den MigrantInnen viele (für das Überleben notwendige) Aspekte ihres Alltags als belastend und gesundheitsschädlich wahrgenommen, die von der Autorin zu Recht als eine Form struktureller Gewalt dargestellt werden.

Im letzten Kapitel stehen die Fragen der Subjektivität der Leidens- und Heilungserfahrungen im Vordergrund, vor allem, was hierbei als Leiden empfunden wird und wie diese Leidenserfahrungen in dem von der Illegalität geprägten Lebensalltag eingebettet sind. Leiden wird von der Autorin anhand des Konzepts des *sozialen Leidens* untersucht, ein Begriff der darauf aufmerksam machen soll, dass Leiden mehr als nur physische Krankheit beinhaltet sowie, dass physische Beschwerden und andere Formen des Leidens durch strukturelle Bedingungen wie nationale Migrationspolitiken mit verursacht werden und stets in einem konkreten sozialen Kontext erlebt werden. Ähnlich besteht Heilung nicht nur darin, eine medizinische Versorgung zu organisieren. Auch Veränderungen der strukturellen Bedingungen durch Legalisierung tragen wesentlich dazu bei, das *soziale Leiden* zu heilen.

Ein wichtiges Thema, das eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit verdient

Susann Huschke gelingt es, ein bisher wenig bekanntes Thema in die Öffentlichkeit zu bringen und es über die akademischen Kreise hinaus für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen. Die zahlreichen Fallbeispiele und Interviewabschnitte haben, obwohl sie das Lesen etwas verlangsamen und wesentlich zu der Länge des Buches beitragen, den großen Vorzug, den/die LeserIn „in die Mitte der Forschung“ zu bringen und in das Leben der undokumentierten MigrantInnen mit einzubeziehen. Huschkes politisches Anliegen, strukturelle Veränderungen anzuregen, gelingt sicherlich zuerst bei den LeserInnen, indem diese direkt mit dem Prozess der Ausgrenzung konfrontiert werden und dabei wohl nur sehr unwahrscheinlich unbeeindruckt bleiben. Die dramatische Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung in der Bundesrepublik und die Unterwerfung eines Menschenrechts unter eine neoliberale Marktlogik und unter weitere restriktive Regelungen lassen den/die LeserIn mit einem tiefen Ungerechtigkeitsgefühl zurück.

Außerdem stellt das Buch die undokumentierten MigrantInnen selbst in den Mittelpunkt, die in der zunehmend stattfindenden öffentlichen Debatte um „illegale“ Migration in Deutschland eher ausgeblendet werden und zeigt dabei die andere, in der Öffentlichkeit weniger bekannte Seite der Illegalität: die der Betroffenen.

Es ist zu hoffen, dass in der nahen Zukunft die Debatte um die Gesundheitsversorgung von undokumentierten MigrantInnen neue Aufmerksamkeit bekommt und der Staat endlich die Verantwortung für diese Frage übernimmt. Dieses Buch stellt einen ersten Schritt in diese Richtung dar.

Susann Huschke 2013:

Kranksein in der Illegalität. Undokumentierte Lateinamerikaner/-innen in Berlin. Eine medizinethnologische Studie.

Transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2393-2.

416 Seiten. 36,80 Euro.

Zitathinweis: Flaminia Bartolini: Erfahrungen von kranken und „illegalen“ MigrantInnen in Berlin. Erschienen in: *Umkämpfte Migration*. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1168>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Transnationales Haushaltsmanagement



Bettina Haidinger

Hausfrau für zwei Länder sein

Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts

Die wissenschaftliche Studie untersucht die Situation ukrainischer Haushaltsarbeiterinnen in Wien.

Rezensiert von [Irene Messinger](#)

Den meist unsichtbaren „Putzfrauen“ ein Gesicht zu geben, das versuchen aktuell verschiedene Formate wie der Dokumentarfilm „Mama illegal“ von Ed Moschitz, die Ausstellung der Künstlerin Anna Jermolaewa oder die Undercover-Reportage „Saubere Dienste“ der Journalistin Sibylle Hamann. Zeit, dass sich auch die Wissenschaft diesem wichtigen Thema widmet und eine fundierte Auseinandersetzung mit schwierigen Fragestellungen an den Schnittstellen von (Arbeits-)Migration, Wohlfahrtsstaat, Pflegepolitik und globalen ökonomischen Differenzen aus intersektionaler Perspektive bietet.

Die an der Wiener Wirtschaftsuniversität approbierte Dissertation der feministischen Ökonomin und Politikwissenschaftlerin Bettina Haidinger wurde für das im Juni 2013 erschienene Buch gekürzt und überarbeitet. Es behandelt die oben angeführten Themen anhand der Lebenssituation ukrainischer Haushaltsarbeiterinnen in Wien. Im Fokus ihrer Forschung steht dabei ihre Verortung im transnationalen sozialen Raum zwischen der Ukraine und Österreich, und die sich verändernden Strategien und Praktiken der Haushaltsorganisation.

Für die empirische Forschung wurden neun Expert_inneninterviews mit Vertreter_innen aus NGOs und Wissenschaft sowie 23 biografische Interviews in Österreich und der Ukraine geführt. Bei den interviewten Frauen standen insbesondere Mütter im Vordergrund, die ihre Kinder nicht nach Österreich bringen konnten und daher im Herkunftsland versorgen lassen mussten („Transnational mothering“). Ein interessanter Fakt ist, dass alle interviewten Frauen zumindest die Reifeprüfung einer höheren ukrainischen Schule und der Großteil sogar ein Studium an einem weiterführenden Kolleg oder der Universität absolviert hatten. Fast alle lebten zum Zeitpunkt der Interviews ohne Aufenthaltsrecht in Österreich. Die sehr reflektierten Erzählungen berichten von ihrem Leben in Österreich und dem Leben ihrer Familien in Abwesenheit der Mutter und werden aus vielfältigen theoretischen Blickwinkeln von der Autorin interpretiert und dadurch in ihrer Aussagekraft vertieft.

Haus-halten über Grenzen hinweg...

Die von der Autorin beschriebenen Frauen agieren gleich in drei Haushalten: an ihrem Arbeitsort in Wien, wo sie bezahlte Hausarbeit verrichten, in ihrem eigenen privaten Wiener Haushalt und jenem von ihnen finanzierten Haushalt in der Ukraine.

Warum der Haushalt als Untersuchungseinheit und relevanter ökonomischer Akteur gewählt wurde, wird schlüssig erklärt: Der Haushalt wird als Ort verstanden, an dem (re)produktive Arbeit stattfindet, soziale sowie Machtbeziehungen gelebt und Konsumententscheidungen getroffen werden. Da „der Haushalt“ nicht an das Konzept der Kleinfamilie gebunden ist und damit innerfamiliäre Dynamiken wie beispielsweise Patchworkfamilien besser erfassen kann, ist er als Analyseseinheit

besonders geeignet. Unter „transnationalen Haushalten“ versteht Haidinger soziale und familiäre Netzwerke, die zwar geografisch verstreut und dennoch miteinander verbunden sind.

Als Protagonist_innen dieser transnationalen Haushalte werden sechs Prototypen nachgezeichnet: Neben den in Wien tätigen Migrantinnen („The Absent Agent“) sind dies zum einen in der Ukraine die „Väter in Reserve“, die (erweiterte) Familie und die Kinder, zum anderen in Österreich die Arbeitgeber_innen, und jene familienersetzenden Beziehungen und (Wohn-)Gemeinschaften, die zwischen Solidarität und Konkurrenz pendeln.

Drei theoretische Kapitel stecken den anspruchsvollen Rahmen ab, in dem sich die Untersuchung bewegt: Aus dem Blickwinkel der Migrationsforschung werden die Praxen der Migration im Kontext neoliberaler ökonomischer Veränderungen sowie der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung dargestellt und geschlechts- und klassenspezifische Machtverhältnisse anhand des Beispiels transnationaler Mutterschaft und globaler Betreuungsketten verdeutlicht. Warum und wie die Beziehung der Haushaltsorte zueinander ausgestaltet sind, wird mittels des Konzepts der „Gendered Geographies of Power“ erklärt. Dieses von Sarah Maler und Patricia Pessar entwickelte Modell ermöglicht die systematische Analyse der Geschlechterdimension im transnationalen Raum. Für die Analyse von Geschlecht führen sie erstens „geographical scales“ wie etwa die Nationalstaaten ein, die in der Ausgestaltung ihrer Geschlechternormen und –beziehungen dominant sind, und „social scales“ wie Körper oder Familie. Dabei ist zu beachten, dass Geschlecht gleichzeitig und zwischen transnationalen Räumen sowie zwischen den „scales“ wirksam und veränderbar wird. Der zweite Teil des Konzepts, die „Machtgeometrien“ machen sichtbar, „wie institutionelle geschlechterdifferenzierende Rahmenbedingungen und ihre sozialen Verortungen von Menschen ihren Ressourcenzugang und ihre Mobilität betreffen, welche gleichzeitig Handlungen als Initiator_innen, Interpret_innen und Transformator_innen eben dieser Verortungen setzen“ (S. 70). Als dritter Teil des Konzepts fungiert „Agency“, also Handlungsfähigkeit und –macht im Kontext sozialer Positionierungen.

Die Autorin bereichert ihre Analyse dadurch, dass sie Studien zu anderen transnationalen Räumen wie jene der vergleichsweise gut erforschten philippinischer Migrantinnen in Bezug zur untersuchten Gruppe der ukrainischen Frauen in Wien setzt, um die Besonderheiten aber auch Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Die Autorin analysiert die Tatsache, dass weibliche Ukrainerinnen in Privathaushalten arbeiten als „Produkt des Grenzregimes“ (S. 9). Dabei werden die makroökonomische und politisch-legislative Ebene ebenso einbezogen wie die Mikroebene der Lebenserfahrungen und -perspektiven ukrainischer Migrantinnen. Sie zeigt beide Seiten des Grenzregimes: in der Ukraine und in Österreich. Wir lesen über die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in der Ukraine durch die Orangene Revolution 2004 und über Maßnahmen zur Grenzsicherung wie die Auswirkungen der Ausländer_innengesetze, jedoch auch über Strategien der Migrantinnen, diese Kontrollapparate - wenn auch unter großem Risiko - zu unterwandern. Diese Grenzregime, die vordergründig Abschottung intendieren, schaffen gleichzeitig illegalisierte Migrant_innen, von denen sie profitieren. Haidingers Analyse verdeutlicht die Mächtigkeit der unsichtbaren Grenzregime, abseits der Grenzen, mitten in der Stadt Wien und insbesondere im Privathaushalt.

„Wer nicht riskiert, trinkt keinen Champagner“

Als primären Grund geben die befragten Personen an aus wirtschaftlichen Gründen die Ukraine verlassen zu haben, die Mütter porträtierten sich zudem als selbstlose Personen, die sich für die Zukunft ihrer Kinder aufopfern. Haidinger beschreibt hingegen die Entscheidung zur Migration als „wohldurchdachtes Projekt“ und zeigt auch weitere vielfältigere Motivationen für die zeitweise Arbeitsmigration auf, die nicht nur mit dem „Zwang der Verhältnisse“ erklärt werden können, wie der Wunsch Neues zu entdecken oder das Nutzen einer günstigen Gelegenheit (zum Beispiel durch Arbeitsplatzsicherheit in der Karenzzeit). Die Entscheidung zur Migration ist meistens ein Balanceakt zwischen Notwendigkeit und Strategie, die vorsieht, ein Jahr im Ausland zu bleiben,

und dann zurückzukehren.

In der Realität dauert der Aufenthalt meist länger. Eine Haushaltsarbeiterin erzählt, dass die 50 Euro Tagesverdienst als Putzfrau ihrem Monatseinkommen als Lehrerin der Ukraine entsprechen. Damit wird nachvollziehbar, warum viele Frauen diese unqualifizierte Arbeit auf sich nehmen, und nicht nur gehen, sondern auch bleiben, auch ohne Aufenthaltsstatus. Der persönliche Kontakt mit der Familie ist außer durch Telefon und Internet schwierig, weil die Frauen ohne Aufenthaltsrecht leben und daher nur auf informellen teuren Wegen aus- und vor allem wieder nach Österreich einreisen können. Die materiellen Rücküberweisungen in Form von Geld oder Konsumwaren sind wichtig, um den ukrainischen Haushalt aufrecht zu erhalten und entsprechend Einfluss zu üben. Der Arbeitsplatz Privathaushalt bietet einerseits einen Ort des Schutzes vor staatlicher Kontrolle, andererseits kann er gerade aufgrund seiner Unsichtbarkeit zum Ort der Ausbeutung, rassistischer Diskriminierung und Gewalt werden. Möglichkeiten der Aufenthaltsverfestigung gibt es aus dem prekären Status heraus kaum, einige entscheiden sich für die Eheschließung mit einem Österreicher, wodurch sie zwar legalisiert werden könnten, doch nicht mehr als eigenständige Hausarbeiterin tätig wären, sondern die gleiche Arbeit fortan unbezahlt als Ehefrau verrichten müssten.

Währenddessen in der Ukraine...

Während die Frauen in Österreich arbeiten, werden die Familie und der Haushalt im Heimatland meist von anderen Frauen versorgt: Großmütter, Tanten oder Nachbarinnen sorgen (teilweise gegen Bezahlung) für die Kinder, manche Teenager versorgen sich mit dem von der Mutter geschickten Geld selbst. In einigen Fällen waren auch Väter und Großväter unterstützend tätig. Während die Rücküberweisungen am Anfang des Auslandsaufenthalts das Überleben dieser (erweiterten) Familie sicherten, werden später kleinere Luxusgeschenke wie Spielsachen geschickt. Diese Geschenke sind als Kompensation für die Abwesenheit einerseits und als Versicherung der Möglichkeit einer Rückkehr andererseits zu sehen. Die Frauen berichten von der zwiespältigen Situation, sich in der neuen Rolle der Familienernährerin bestätigt und anerkannt zu fühlen, gleichzeitig wird die Trennung von den Kindern und die fehlende Möglichkeit der Einflussnahme als Mutter als belastend erlebt. Die Väter – so noch vorhanden und in dieser Rolle aktiv – sind mit der emotionalen und sozialen Verantwortung oft überfordert. Wenn die Mütter nach einigen Jahren aus dem Ausland zurückkehren, hat sich die Familie oft völlig verändert. Für manche Frauen barg die Migration emanzipatorisches Potential, denn sie wollten und konnten aus festgefahrenen Beziehungsmustern oder tradierten Rollen ausbrechen.

Ergebnisse

Das Resümee der Studie beschreibt den transnationalen Haushalt als „Raum widersprüchlicher Klassenmobilität und geschlechterdifferenzierender Verortung“ (S. 258). „Widersprüchliche Klassenmobilität“, ein Ausdruck den Rhacel Parreñas in ihrem Buch „Servants of globalizations“ geprägt hat, bedeutet also in diesem Zusammenhang einerseits mehr Einkommen, andererseits Dequalifizierung am Arbeitsmarkt und Verlust des sozialen Status. Die „geschlechterdifferenzierende Verortung“ bezieht sich darauf, dass Geschlechterverhältnisse gleichzeitig in verschiedenen räumlichen und sozialen Dimensionen sowie über die Grenzen der involvierten Nationalstaaten operieren. Der Staat, in diesem Fall also die Ukraine und Österreich, regelt die strukturellen Rahmenbedingungen in Form der Ausgestaltung der Migrations- und der Wohlfahrtsregime. Die Autorin zeigt auf, dass die den Frauen zugeschriebene Zuständigkeit für Pflege und Haushalt trotz ihrer teilweise prekären Erwerbstätigkeit bestehen bleibt.

Das Buch beschreibt auf der einen Seite in sehr eindrucksvoller und berührender Weise das Leben ukrainischer Hausarbeiterinnen in Wien, auf der anderen Seite analysiert es auf hohem theoretischen Niveau das komplexe Phänomen transnationaler Haushalte und wie nebenbei viele andere globale soziale Ungleichheiten. Es schafft den Spagat zwischen wirtschafts- und

politikwissenschaftlichen Zugängen und setzt auf vielen Ebenen an, um sich der Beantwortung der Fragestellungen in der notwendigen Dichte zu nähern.

Bettina Haidinger 2013:

Hausfrau für zwei Länder sein. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts.

Westfälisches Dampfboot, Münster.

ISBN: 978-3-89691-931-1.

289 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Irene Messinger: Transnationales Haushaltsmanagement. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1169>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Staatsverschuldung: Geliebter Feind



Ingo Stützle

Austerität als politisches Projekt

Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise

Ingo Stützle zeigt, wie das neoliberale Dogma des „ausgeglichenen Staatshaushalts“ in Europa politisch durchgesetzt und ausgenutzt wurde – und noch immer wird.

Rezensiert von [Patrick Schreiner](#)

Wenn heute in Politik, Wissenschaft und Medien über die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa diskutiert wird, dann in erster Linie über Staatsverschuldung. Die Krise gilt schlechthin als „Staatsschuldenkrise“. Schuldenstände insbesondere der Krisenstaaten in Südeuropa werden hoch und runter analysiert, ihr Abbau in einem gescheiterten „Anpassungsprogramm“ oder „Memorandum“ nach dem anderen als Ziel definiert, staatliche Ausgaben entsprechend mehr und mehr gekürzt. Dieser Umgang mit der Eurokrise kommt nicht von irgendwoher, wie Ingo Stützle zeigt: Vielmehr wurde das neoliberale Dogma des „ausgeglichenen Staatshaushalts“ im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses seit mindestens den 1970er Jahren erfolgreich durchgesetzt, wobei Deutschland eine besonders aktive und tragende Rolle spielte.

Historische Hintergründe der europäischen Integration

Ausgangssituation dafür waren die wirtschaftlichen Umwälzungen der 1970er Jahre, insbesondere der Zusammenbruch des Währungsregimes von Bretton Woods. (Als Bretton-Woods-System wird die internationale Währungsordnung bezeichnet, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde und die den Dollar als Ankerwährung bestimmte.) Zugleich setzten sich weltweit, insbesondere aber eben auch im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses, neoklassische Wirtschaftstheorien durch. Damit gewannen Märkte im Allgemeinen und Finanzmärkte im Besonderen an Bedeutung und Größe, kollektive Lohnverhandlungen und soziale Absicherung galten zunehmend als schädlich und der wirtschaftlichen Entwicklung hinderlich. Da der Staat sich aus der Wirtschaft heraushalten sollte, galt entsprechend auch Staatsverschuldung zunehmend als negativ. Stützle beschreibt eingängig nicht nur die ideologischen und wirtschaftspolitischen Veränderungen jener Zeit, sondern auch deren ideengeschichtlichen Hintergründe.

Nicht nur, aber auch als Reaktion auf die wirtschaftlichen Umwälzungen der 1970er Jahre kam es zu einer spezifischen, immer engeren Integration der Staaten zunächst Westeuropas, nach 1990 dann auch Osteuropas. Geprägt war und ist sie in hohem Maße von jenen ideologischen Umwälzungen, durch die die so genannte Neoklassik zum herrschenden wirtschaftspolitischen Paradigma wurde. In weiten Teilen seines Buches widmet sich Stützle diesen Entwicklungen – von Bretton Woods über den europäischen Binnenmarkt, das Europäische Währungssystem, die europäische Währungsunion bis hin zur Eurokrise. Sehr kleinteilig und ausführlich analysiert er Positionen und Beschlüsse der handelnden Akteure, macht Widersprüche aus, beschreibt und erklärt politische Entscheidungen. Gerade diese historische Detailgenauigkeit, die mit einem ausgeprägten Gespür für wirtschaftstheoretische Fragestellungen einhergeht, ist die Stärke des Buches.

Bei Stützles Ausführungen zur europäischen Integration bilden die Konflikte zwischen den beiden

wichtigsten Eurostaaten Deutschland und Frankreich zu Recht einen eindeutigen Schwerpunkt und roten Faden. Mit diesen beiden Ländern trafen, wie Stütze deutlich macht, zwei europäische Stabilitätskulturen aufeinander: In Frankreich galten und gelten, wie auch in südeuropäischen Ländern, Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik als staatliche Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand; dem Staat obliegt eine aktive wirtschaftspolitische Rolle. Für Deutschland hingegen galten und gelten, wie auch für andere mittel- und nordeuropäische Länder, Geldwertstabilität, eine starke Währung und Exporterfolge als übergeordnete Ziele. Hieraus folgt das Primat einer unabhängigen Geldpolitik, einer zurückhaltenden Finanz- und Wirtschaftspolitik und einer gemäßigten Lohnentwicklung.

Zentrale Rolle Deutschlands – das Dogma des ausgeglichenen Staatshaushalts

Führt man sich vor Augen, in welchem Zustand sich Europa heute befindet, wie es institutionell aufgestellt ist und welche Politikrezepte zur „Lösung“ der Eurokrise angewendet werden, so wird deutlich: Deutschland dominiert. Diese Dominanz ist aber, und dies wird oft gerne vergessen, keineswegs neu. Stütze zeigt: Es war Deutschland, das Preisstabilität als oberstes Ziel durchgesetzt hat – und zwar schon zu Zeiten des Europäischen Währungssystems, als die D-Mark europäische Leitwährung war und die Bundesbank de facto die Geldpolitik auch in Paris und Rom bestimmt hat. Es war Deutschland, das dafür gesorgt hat, dass die Europäische Zentralbank politisch unabhängig ist (und deshalb etwa auch keine Staatsanleihen direkt bei den Staaten kaufen darf, ein Instrument, das heute dringend benötigt würde). Es war Deutschland, das sich strikt gegen Finanzausgleichsmechanismen in Europa wehrte und diese faktisch verhinderte – und zwar ebenso schon lange vor, aber eben auch in der Währungsunion. (Damit fehlt heute ein weiteres Instrument, das hilfreich sein könnte.) Und es war Deutschland, das sich vor und während der Eurokrise wiederholt dem französischen Ansinnen einer europäischen Wirtschaftsregierung widersetzte.

Vor allem aber setzte Deutschland sein Dogma des ausgeglichenen Staatshaushalts durch (von Stütze neutraler als „Leitbild“ bezeichnet). Es war in erster Linie Deutschland, das in den europäischen Verhandlungen um Verträge und Vereinbarungen wiederholt auf eine Begrenzung der Schuldenstände und/oder der Neuverschuldung drang. Dabei waren die verschiedenen deutschen Regierungen allerdings keineswegs die einzigen Akteure, die neoliberaler Politik und dem Dogma vom ausgeglichenen Staatshaushalt zum Durchbruch halfen. Stütze macht deutlich: Neben den Regierungen anderer Länder in Mittel- und Nordeuropa, neben mächtigen Kapitalfraktionen und europäischen Institutionen wie der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank müssen hier auch verschiedene Regierungen Frankreichs und südeuropäischer Länder genannt werden. Wiederholt akzeptierten sie neoliberal geprägte Forderungen und Vorstellungen, die letztlich wirtschaftspolitisch falsch und verheerend waren – teils strategisch motiviert, um überhaupt zu einer Einigung im europäischen Rahmen zu kommen, teils und zunehmend aber auch aus eigener Überzeugung.

Die Beschreibung solcher politischen Entwicklungen und Entscheidungen bilden den Schwerpunkt des Buches, Stütze bleibt aber nicht auf einer solchen deskriptiven Ebene stehen. Gegen Ende seines Buches macht er vielmehr in mehreren analytischeren Passagen deutlich, dass das Verhältnis zwischen Neoliberalismus und Staatsverschuldung ein zwiespältiges ist. Einerseits braucht der Neoliberalismus die Staatsverschuldung, andererseits verurteilt er sie. Sie ist, wenn man so möchte, der geliebte Feind neoliberaler Regierungen. Gemeinsam mit einem europäisierten Dogma des ausgeglichenen Staatshaushalts legitimiert Staatsverschuldung die Austeritätspolitik auf nationaler Ebene, sie rechtfertigt Kürzungen und Sozialabbau. Auf diese Weise wirkt das Dogma, einmal auf europäischer Ebene etabliert, wieder in die Einzelstaaten zurück. Es festigt sich selbst. Genau hierin liegt zugleich die Wurzel für den zunehmend autoritären Charakter, den die „Krisenbekämpfung“ in Europa annimmt – es ist gut, dass Stütze auch diesen Aspekt aufgreift und benennt. Denn schließlich kann es nicht oft genug gesagt werden: Entgegen dem Selbstverständnis als

„freiheitlich“ und „demokratisch“ ist der Neoliberalismus, wenn es hart auf hart kommt, brutal und autoritär. Staatsverschuldung ist ihm autoritäres Disziplinierungsinstrument.

Fazit

Stützles Buch „Austerität als politisches Projekt“ ist die gekürzte und um aktuelle Passagen zur Eurokrise ergänzte Fassung seiner Dissertation. Dass es sich bei dem Text in seiner Ursprungsfassung um eine akademische Qualifikationsschrift handelt, ist ihm nach wie vor anzumerken. So finden sich beispielsweise zu Beginn umfangreiche wirtschaftstheoretische Ausführungen und Überlegungen. Stütze stellt dort drei Theoriegruppen, nämlich neoklassisches, keynesianisches und marxistisches Wirtschaftsdenken vor, um sich schließlich selbst als Marxist zu positionieren. Für das Verständnis des Hauptteils seines Buches, die politischen und historischen Ausführungen zum europäischen Integrationsprozess, sind die einleitenden theoretischen Überlegungen allerdings weitgehend verzichtbar. Wer möchte, kann sie getrost überspringen und die Lektüre ohne inhaltlichen Verlust und ohne schlechtes Gewissen mit Kapitel 3 (Seite 128) beginnen. Dies gilt umso mehr, als sich gerade in diesem ersten Teil einige Redundanzen finden.

Hiervon abgesehen, kann das Buch rundum und ohne Einschränkung all jenen empfohlen werden, die sich über die historischen und politischen Grundlagen der aktuellen wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Diskussionen in Europa informieren möchten. Stütze räumt auf mit zahlreichen Gerüchten und Behauptungen rund um die Entstehung der Wirtschafts- und Währungsunion. Er zeigt, wie das neoliberale Dogma des ausgeglichenen Staatshaushalts – in erster Linie von Deutschland – durchgesetzt wurde. Darüber hinaus (und darin liegt eine besondere Qualität seines Buches) macht er deutlich, wie dieses Dogma von interessierten Kreisen zur Begründung von Sozialabbau, Prekarisierung und Entsolidarisierung genutzt wird – bis heute.

Ingo Stütze 2013:

Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise.

Westfälisches Dampfboot, Münster.

ISBN: 978-3-89691-938-0.

399 Seiten. 36,90 Euro.

Zitathinweis: Patrick Schreiner: Staatsverschuldung: Geliebter Feind. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1170>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Der elitäre Blick auf soziale Probleme



Michael Hartmann
Soziale Ungleichheit
Kein Thema für die Eliten?

Der Soziologe Michael Hartmann blickt auf die tausend mächtigsten Deutschen und kommt zu einem klaren Ergebnis: Die selbst ernannten Eliten bleiben mehr unter sich denn je, und ihnen fehlt überwiegend ein Gespür für die stetig wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

Rezensiert von [Christian Baron](#)

John Cleese, Ronnie Barker und Ronnie Corbett haben in den 1960er Jahren mit dem „Class Sketch“ ([Video bei YouTube](#)) einen Meilenstein des britischen Humors geschaffen. Und das liegt nicht nur daran, dass das einminütige Stück ungemein witzig ist. Wer es sich heute anschaut, kann erkennen, wie wenig sich die sozialen Klassenstrukturen trotz aller gesellschaftlichen Ausdifferenzierung in westlichen Demokratien im letzten halben Jahrhundert wirklich verändert haben. Die drei Protagonisten stehen nebeneinander, symbolisieren dabei Ober-, Mittel- und Unterklasse. Der Kapitalist blickt anfangs zum Vertreter der Mittelklasse und sagt: „Ich schaue auf ihn herab, weil ich zur Oberklasse gehöre“, während der Herr aus der Mittelklasse zu beiden Seiten erwidert: „Ich schaue zu ihm hinauf, weil er zur Oberklasse gehört, aber ich schaue zu ihm herab, weil er unter meiner Klasse steht“. Dann spricht der Arbeiter staubtrocken in die Kamera stierend: „Ich kenne meinen Platz“.

Die Botschaft ist eindeutig. Abstrakt formuliert lautet sie: Die Lohnarbeiter_innen kennen zwar ihren Platz im Klassengefüge, aber ihnen fehlt ein Bewusstsein dafür, wie stark sie sich in der Mehrheit befinden und wie leicht sie die Klassenverhältnisse vom Kopf auf die Füße stellen könnten. Selbsthass kennzeichnet die Unterklasse, während die Mittelklasse das Radfahrer-Prinzip anwendet: Nach oben buckeln und nach unten treten. Die Oberklasse verfügt als einzige über das, was man als „subjektives Klassenbewusstsein“ bezeichnet. Ihre Aufgabe sieht sie darin, eigene Privilegien zu sichern und Unfrieden unter den Lohnabhängigen zu stiften, um sie auch weiterhin systematisch ausbeuten und unterdrücken zu können. Empirisch ist das längst belegt. Wie stark sich diese Tendenz in Deutschland jedoch seit einigen Jahren wieder verfestigt hat, das zeigt Michael Hartmanns neues Buch.

Der Darmstädter Soziologe hat die 958 mächtigsten Menschen des Landes aus den Sektoren Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Justiz, Militär, Medien, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kirchen und NGOs unter die Lupe genommen und sich mittels Recherchen und Interviews dabei besonders genau auf ihr Sozialprofil und ihre Einstellung zum Problem der sozialen Ungleichheit konzentriert. Er verwendet für diese Leute durchgängig den allseits anerkannten, wenn auch bisweilen nicht ganz unumstrittenen Begriff der Elite.

Große Kluft zwischen den Einstellungen der Eliten und der Bevölkerung

Darunter, so Hartmann, seien „jene Personen zu verstehen, die aufgrund ihrer Position an der

Spitze wichtiger gesellschaftlicher Organisationen in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen“ (S. 21). Bevor er seine empirischen Ergebnisse präsentiert, referiert er jedoch zunächst die bestehenden Fakten über Sozialstruktur und Haltung zu sozialer Ungleichheit innerhalb des nicht-elitären Teils der Bevölkerung. Auf diesem Wege kommt er zu dem klaren Ergebnis, dass „die Eliten in ihrer Gesamtheit sich von der Bevölkerung sowohl in ihrer sozialen Zusammensetzung als auch in ihrer gesellschaftspolitischen Grundhaltung deutlich unterscheiden“ (S. 180). Einerseits halten

„70 Prozent die Einkommensunterschiede hierzulande aktuell für zu groß und jeder zweite hält den Kapitalismus insgesamt für überholt, während ihn nur jeder fünfte noch zeitgemäß findet. Die wirtschaftlichen Verhältnisse finden 69 Prozent ungerecht und nur 15 Prozent gerecht. Zudem meinen 64 Prozent, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten drei, vier Jahren abgenommen, und nur sieben Prozent, dass sie zugenommen habe. [...] Entsprechend dieser Grundhaltung sind über 68 Prozent der Meinung, reiche Menschen genießen ungerechtfertigte Vorteile, und sogar fast 78 Prozent erklären, dass zu großer Reichtum zu Problemen in der Gesellschaft führe“ (S. 9-11).

Dem stehen nun andererseits die Ansichten der Eliten diametral entgegen. Sie empfinden die Verhältnisse „als weit weniger ungerecht“ (S. 118). Die Ablehnung der These, die sozialen Unterschiede seien gerecht, fällt hier im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nicht nur nahezu dreimal so hoch aus wie die Zustimmung, sondern überwiegt mit 43,5 zu 36,6 Prozent nur denkbar knapp. Wie kann es aber nun sein, dass den Eliten trotz solcher erheblicher Differenzen dieses zum Himmel stinkende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht schon längst um die Ohren geflogen ist? Warum also wehrt sich die Bevölkerung offenbar nicht wirkungsvoll genug? Für Hartmann liegt die Antwort zumindest in Bezug auf westliche Industriestaaten auf der Hand. Es gebe so etwas wie einen „Kitt, der diese Gesellschaften ideologisch zusammenhält; denn trotz aller Zweifel, die die alltäglichen Erfahrungen immer wieder auslösen, bleibt der Glaube an die Leistungsgesellschaft doch für die Mehrheit der Bevölkerung prägend“ (S. 116).

59 Prozent der deutschen Bevölkerung finden etwa, „dass es nur dann, wenn die Unterschiede in Einkommen und sozialem Ansehen groß genug sind, auch einen Anreiz für persönliche Leistungen gibt“ (ebd.). Dabei fällt die Zustimmung umso größer aus, je niedriger die berufliche Position oder der formale Bildungsabschluss ausfällt: „Ganz offensichtlich will man gerade in der unteren Hälfte der Bevölkerung das Leistungsprinzip als einzig legitime Grundlage sozialer Ungleichheit nicht zur Disposition stellen“ (ebd.). Die Eliten stehen diesem Leistungsprinzip wesentlich skeptischer gegenüber als die Bevölkerungsmehrheit. Hier „sind nur 44,6 Prozent der Ansicht, dass Einkommens- und Ansehensunterschiede einen unverzichtbaren Leistungsanreiz setzen“ (S. 118). Zugleich aber predigen insbesondere die Eliten in Wirtschaft und Politik seit eh und je, wie wichtig die Befolgung des Leistungsprinzips für den Wohlstand des Gemeinwesens sei.

Das Märchen von der Leistungsgesellschaft

Ein Widerspruch, der nur scheinbar einer ist, denn die Unterschiede verwundern vor allem deshalb nicht, weil Michael Hartmann schon vor elf Jahren die weitgehende Unwirksamkeit dieses Paradigmas bei der Moderation „sozialer Aufstiege“ nachgewiesen hat. In seiner damaligen Analyse kommt er zu dem Schluss: „Von einer Leistungsgesellschaft (...) kann keine Rede sein“ (Hartmann 2002, S. 151). Das aus den USA stammende Bild vom Tellerwäscher, der es aufgrund harter Arbeit zum Millionär bringt, ist in Wahrheit nichts als ein Märchen, das nur für sehr wenige Menschen wahr werden kann, falls ihr Lebensweg mit gleich mehreren glücklichen Zufällen gepflastert ist. Abgesehen davon, dass die konsequente Befolgung des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit den Grundprinzipien jeder sozialen Demokratie eklatant widerspräche, trifft die Vorstellung vom Primat der Leistung schlicht nicht zu, wie Hartmann damals nachwies:

„Wenn in den letzten Jahren [...] immer wieder die Abwendung von der hierzulande angeblich üblichen ‚Gleichmacherei‘ zugunsten des Prinzips der ‚Leistungsgerechtigkeit‘ gefordert wird, dann lässt sich daraus angesichts der eindeutigen Ergebnisse [...] nur ein Schluss ziehen. Es geht denjenigen, die [...] so vehement für ‚Leistungsgerechtigkeit‘ streiten und das damit begründen, dass dieses Prinzip im Gegensatz zu den Gepflogenheiten des deutschen Sozialstaats ‚den Regeln der Fairness‘ gehorche und ‚Bildung, Fähigkeit, Wissen‘ angemessen honoriere, gar nicht um wirkliche Leistungsgerechtigkeit, sondern um die Bewahrung und den Ausbau ihrer privilegierten Position“ (Hartmann 2002, S. 179).

Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung ist den Eliten also bewusst, dass Reichtum, Wohlstand und Selbstverwirklichungschancen im Kapitalismus stets in allererster Linie durch Vererbung und/oder Willkür weitergegeben werden und obendrein ausgerechnet „diejenigen, die das Ende der sozialen Hängematte verkünden, sich selber Dutzende von Hängematten knüpfen“ (Prantl 2010, S. 251). Manager_innen oder Politiker_innen leiden aber keineswegs an Schizophrenie, wenn sie trotzdem an dem Prinzip festhalten wollen. Vielmehr brauchen sie das Argument von der Leistungsgesellschaft dringend. Und das nicht nur, um die Menschen effektiv dumm zu halten, sondern auch zum blanken Schutz ihres Egos. Die Vorstellung, jede_r bekomme das, was er_sie verdiene, eben weil wir in einer liberalen Demokratie leben, ist auch für Eliten notwendig, um das eigene Selbstbild als guter Mensch aufrecht erhalten zu können. Der US-amerikanische Schriftsteller Philipp Meyer beschreibt das sehr treffend in einem Essay für die Zeitschrift *Literaturen*:

„Für jemanden, der ein paar Millionen Dollar im Jahr macht, ist die Vorstellung, wir seien nichts als selbstsüchtige Tiere, eine attraktive Philosophie. Weil sie die Schuld negiert. Das Schuldgefühl eines normalen Menschen, wenn er ein Land der Dritten Welt besucht, entspricht dem, was ein höherer Investmentbanker empfindet, wenn er ein Arbeiterviertel in Birmingham oder Philadelphia zu sehen bekommt. Wenn dein Gehalt die Arbeitsplätze von ein paar hundert Krankenschwestern oder Lehrern finanzieren könnte, brauchst du eine gute Erklärung, warum das in Ordnung ist. Und die einzige, die funktioniert, erklärt die Welt zur reinen Leistungsgesellschaft. Sie besagt, wir alle, ob reich oder arm, kriegen nur, was wir verdienen“ (Meyer 2010, S. 20).

Von der homogenen Elite zur Verfestigung der Klassengesellschaft

Je mehr jemand weiß, was es bedeutet, mit wenigen materiellen Ressourcen klarkommen zu müssen, umso eher ist diese Person also in der Lage, ein Sensorium für soziale Ungleichheit zu entwickeln. Ein Blick auf die durch Hartmann erforschte soziale Herkunft der Elitenangehörigen bestätigt diesen Umstand. Hartmann konstatiert nämlich teilweise erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten zwischen Elitenmitgliedern aus Arbeiter_innenfamilien und jenen aus großbürgerlichen Haushalten. Eliten mit Arbeiter_innen-Background halten „die sozialen Unterschiede in Deutschland mit einer klaren Mehrheit von gut 61 zu 25 Prozent für ungerecht [...] Die in großbürgerlichen Haushalten aufgewachsenen Elitenangehörigen sehen das fast genau entgegengesetzt“ (S. 118f.).

Aber die Großbürgerkinder stellen innerhalb der Eliten die große Mehrheit. Zum einen sind die deutschen Eliten „überdurchschnittlich alt, ganz überwiegend männlich und in der alten Bundesrepublik geboren“ (S. 35). Außerdem gibt es „Ausländer oder Personen mit Migrationshintergrund in den Elitepositionen mit wenigen Ausnahmen [...] praktisch nur im Bereich der Wirtschaft“ (S. 36). Am homogensten zeigt sich die Zusammensetzung aber bei der sozialen Herkunft. Hier gibt es mit fast zwei Dritteln eine „deutlich überproportionale Rekrutierung aus dem Bürger- und Großbürgertum“ (S. 47), wohingegen „nur ein gutes Viertel aus den Mittelschichten und nicht einmal ein Achtel aus der Arbeiterschaft“ (S. 47) stammt. Ein Resultat,

das gewiss nicht überrascht. Was aber sehr wohl erstaunen muss: Die Prozentsätze erinnern laut Hartmann viel mehr an jene Werte, die der Soziologe Wolfgang Zapf für die 1950er Jahre ermittelte, als an die aus anderen Studien von 1972, 1981 und 1995.

Die Klassengesellschaft kehrt also wieder „back to the roots“ und pendelt sich nach dem ebenso kurzen wie historisch einmaligen Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre vergleichsweise schnell wieder in den für den Kapitalismus üblichen Dimensionen ein. Dabei gilt: Je größer der Einfluss der Politik auf einen Sektor ist, desto heterogener ist die soziale Herkunft der Eliten. Das gilt beispielsweise für den Vergleich zwischen öffentlich-rechtlichen Medien und solchen, die sich im Eigentum großer Konzerne befinden. Insbesondere, was die Medienelite betrifft, hätte man sich noch etwas stärker differenzierte Informationen zu deren Ansichten gewünscht, die Hartmann lediglich marginal streift.

Wie Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz in einer kürzlich erschienenen Studie belegen, findet nämlich gerade dort eine starke „De-Thematisierung von Reichtum“ (Arlt/Storz 2013, S. 94) statt, sie ist „der blinde Fleck des Journalismus“ (ebd., S. 6) und Armut und Reichtum werden nicht im Zusammenhang gesehen. Dabei sind die Medien nur die öffentlich besonders sichtbare Spitze des Eisbergs. Denn die Resultate, die Hartmann zur Einschätzung der Eliten über Ursachen und Folgerungen der seit 2008 schwelenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise präsentiert, sind in diesem Sinne überaus aufschlussreich. Als Hauptursache wird von Arbeiter_innenkinder-Eliten die Deregulierung der Finanzmärkte betrachtet, während die Bürger_innen- und Großbürger_innenkinder unter den Eliten die Staatsverschuldung in den Interviews am häufigsten als hauptsächliche Ursache nennen.

Ein sehr einseitiger Klassenkampf

Bei den Konsequenzen, die aus der Krise zu ziehen wären, „bieten die Antworten eine große Überraschung“ (S. 145). An dieser Stelle nämlich erachten nicht nur die Bürger_innen- und Großbürger_innenkinder den Schuldenabbau als zentral, sondern auch die aus Arbeiter_innenhaushalten stammenden Eliten: „Selbst die Arbeiterkinder in den Gewerkschaftsvorständen plädieren [...] mehrheitlich für den Abbau der Staatsverschuldung, bleiben nur noch in der Politik mit Mehrheit bei ihrer Forderung nach verstärkter Regulierung“ (S. 147).

Michael Hartmann erklärt sich diesen Umstand durch die „tief sitzende Angst vor Verschuldung“ (S. 147) in „traditionellen Arbeiterfamilien“ (S. 147), die dann auch als wichtiger Faktor dafür angesehen werden kann, dass innerhalb der Gesamtbevölkerung der Wunsch nach einem Abbau von Staatsschulden und der Reduzierung öffentlicher Ausgaben immer wieder hohe Beliebtheitswerte einfahren. Weil die Menschen so stark darauf achten, der Oma ihr klein Häuschen ja nicht zu versaufen, ließe sich zugespitzt sagen, deshalb zeigen sie sich aktuell (zumindest in Deutschland) recht defensiv, was konkrete Aktionen des Klassenkampfes angeht. Oder um es mit dem leider schon verstorbenen US-Journalisten Joe Bageant zu formulieren:

„Das Problem liegt darin, dass von diesem Klassenkampf nur eine Seite überhaupt Notiz nimmt, und zwar die Seite, die der anderen in den Hintern tritt. Das Ganze lässt sich mit jemandem vergleichen, der in einen Leinensack gesteckt wurde und von innen zu erraten versucht, wer mit seinem Baseballschläger von außen auf ihn einprügelt“ (Bageant 2012, S. 53).

Man kann es auch optimistischer ausdrücken: Die Lohnabhängigen sind bisher nichts weiter als ein besonders hart rangenommener und mit verbundenen Augen im Ring antretender Sparringspartner eines Box-Weltmeisters. Der Unterschied besteht nur darin, dass der Champion im Fliegengewicht boxt, wovon der dem Schwergewicht zuzuordnende Sparringspartner nichts ahnt und geduldig Schlag um Schlag einsteckt. Wenn Wissenschaft nun noch häufiger und vor allem sichtbarer derart emanzipatorisch betrieben würde, wie Michael Hartmann es seit Jahren tut

und wenn die antikapitalistisch gesinnten Linken endlich einen Weg finden würden, dem Sparringspartner namens Lohnabhängigenklasse klar zu machen, dass er nur seine Augenbinde abzunehmen braucht, um zu erkennen, wie leicht jenes Fliegengewicht namens Kapitalist_innenklasse zu besiegen ist, das permanent auf ihn einprügelt, dann würde dem im „Class Sketch“ durch den Arbeiter pointiert geäußerten Satz „Ich kenne meinen Platz“ die so dringend notwendige Ergänzung zuteil: „Und ich weiß, was zu tun ist“.

Zusätzlich verwendete Literatur

Arlt, Hans-Jürgen / Storz, Wolfgang (2013): Portionierte Armut, Blackbox Reichtum. Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Bageant, Joe (2012): Auf Rehwildjagd mit Jesus. Meldungen aus dem amerikanischen Klassenkampf. Verlag André Thiele, Mainz.

Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Campus, Frankfurt am Main/New York.

Meyer, Philipp (2010): Wie ich meine Herkunft verriet – für Geld. In: Literaturen. Das Magazin für Leser # 5. S. 18-23.

Prantl, Heribert (2010): Elite, Dekadenz und Demokratie. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Suhrkamp, Berlin. S. 243-256.

Michael Hartmann 2013:

Soziale Ungleichheit. Kein Thema für die Eliten?

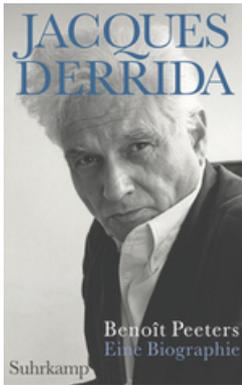
Campus, Frankfurt/New York.

ISBN: 9783593399485.

250 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Christian Baron: Der elitäre Blick auf soziale Probleme. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1171>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Die menschliche Seite der Dekonstruktion



Benoît Peeters
Jacques Derrida
Eine Biographie

Benoît Peeters würdigt den Philosophen Jacques Derrida in einer großartigen Biographie.

Rezensiert von [Philipp Dorestal](#)

Jacques Derrida hat es seiner Leserschaft wahrlich nicht leicht gemacht, und dies liegt nicht nur an dessen komplizierter Schreibweise. Als enorm produktiver Autor, der Zeit seines Lebens mehr als 80 Bücher und unzählige Aufsätze veröffentlichte, fällt eine Orientierung in Derridas Gedankengebäude allein schon ob der Masse an in Frage kommenden Texten schwer. Wer etwas über das Leben des Philosophen erfahren wollte, musste allerdings schon etwas genauer suchen, eine erschöpfende Biographie existierte bislang nicht. Das aus dem Französischen übersetzte Portrait von Benoit Peeters über den berühmten und zu den meistzitierten Philosophen des 20. Jahrhunderts zählenden Denker aus Algerien füllt jetzt diese Lücke.

Das voluminöse Buch liest sich packend wie ein Roman, denn Peeters versteht es, die intellektuellen Milieus Frankreichs und der USA, in denen sich Derrida ab der Mitte des 20. Jahrhunderts bewegte, auf äußerst anschauliche Weise zu vergegenwärtigen. Neben den veröffentlichten Schriften Derridas macht der Biograph dafür umfänglichen Gebrauch von der unveröffentlichten privaten Korrespondenz, die im Nachlass des Philosophen am Institut mémoires contemporaine (IMEC) in Paris und an der University of California, Irvine archiviert sind. Peeters hat zudem mit vielen Weggefährten gesprochen, die auch einen Blick auf die Privatperson Derrida erlauben. Dabei zeichnet er den Lebensweg Derridas chronologisch nach und widmet einen beträchtlichen Teil des Buches dessen Jugendjahren. Denn obwohl diese Zeit Derrida in vielerlei Hinsicht prägte, war über den jungen Philosophen bisher wenig bekannt.

1930 in El-Biar, einem Vorort von Algier geboren, bekommt Derrida als Jude während des Zweiten Weltkrieges den antisemitischen Eifer der algerischen Behörden zu spüren. Der Prozentsatz jüdischer Schüler in algerischen Schulklassen wird 1942 von 14 auf 7 Prozent gesenkt, wovon auch Derrida betroffen ist. Er wird aus der Oberstufenklasse der Schule Ben Aknoun relegiert. Dieses Erlebnis bezeichnet Derrida im Rückblick als Zäsur. Sein späterer Einsatz für politisch Verfolgte und das Eintreten für marginalisierte Gruppen, seine berühmte Hommage an Nelson Mandela oder seine Unterstützung papierloser ImmigrantInnen finden eine mögliche Erklärung in dieser frühen traumatischen Erfahrung von Exklusion. Im weiteren Verlauf seiner akademischen Ausbildung und sogar später als berufener Professor sollte Derrida zeitlebens zu den elitären Institutionen des französischen Schul- und Universitätssystems ein distanzierteres Verhältnis wahren. An der École Normale Supérieure, scheiterte er beim ersten Anlauf am concours, dem extrem selektiven und höchst eigenwilligen akademischen Gepflogenheiten gehorchenden Eingangstest. Und auch, als er bereits ein international stark rezipierter Autor war, blieb ihm der Zugang zum renommierten Collège de France, an dem Denker wie Roland Barthes oder Michel Foucault lehrten, verwehrt. Die mitunter recht willkürlichen Auswahlkriterien, die über die Aufnahme oder Ablehnung an einer der Grands Ecoles entschieden, und an denen selbst brillante Köpfe mitunter

scheiterten, sah Derrida äußerst kritisch. So ist sein Engagement für eine Demokratisierung des französischen Universitätssystems durchaus konsequent. Mit vielen namhaften Intellektuellen wie Michel Foucault oder Gilles Deleuze ist Derrida in den 1970er Jahren an den Planungen für die Reformuniversität Vincennes in Paris beteiligt, und seine Reflexionen münden später in das Buch „Die unbedingte Universität“ ein. Es ist bemerkenswert, dass Derrida wissenschaftliche Anerkennung in Form von Berufungen auf prestigeträchtige Lehrstühle in Frankreich versagt blieb, er diese jedoch in den USA erhielt. Seit den 1970er Jahren lehrte er an der angesehenen Hochschule Johns-Hopkins University in Baltimore und gewann aus dieser Zeit viele Eleven, die sein Werk bekannt machten. Dies ist auch einer der Gründe für die enorme Resonanz von Derridas Schriften in den USA.

(Un-)seriöse Dekonstruktion

Die breite öffentliche Anerkennung von Derrida als Philosoph von Gewicht geschieht 1967 mit einem Paukenschlag, denn in diesem Jahr veröffentlicht er zwei Aufsatzsammlungen, die ihn auch außerhalb eingeweihter Philosophiezirkel bekannt machen: „Grammatologie“ sowie „Die Schrift und die Differenz“. Diese beiden Bücher sind äußerst dichte Lektüren von Klassikern der Philosophie- und Geistesgeschichte, von Platon über Rousseau, Hegel, Freud bis zu Foucault, in denen Derrida eine erste Kostprobe der Dekonstruktion gibt. Die Dekonstruktion ist bei Derrida eine philosophische Operation, die nicht zuletzt von einer originellen Rezeption des Heideggerschen Oeuvre inspiriert ist, dessen Begriff der Destruktion er aufgreift und ihn neu interpretiert. Die Dekonstruktion führt Derrida in seinen ersten Publikationen als eine Form der Lektüre ein, die die Widersprüchlichkeit eines Textes freizulegen sucht, ohne diese Spannungen und Antinomien in einer hegelianischen Logik aufzulösen. Vielmehr erkennt der Autor der „Differance“ im Verharren in dieser Uneindeutigkeit und Ambivalenz bereits ein produktives Moment. Die Skepsis oder gar volle Ablehnung der Dekonstruktion durch große Teile der institutionellen Philosophie, die andererseits bei vielen LeserInnen auch für die enthusiastische Aufnahme seines Denkens sorgte, war die Aufdeckung von scheinbar nebensächlichen Details eines Textes, der Betonung von Mehrdeutigkeiten bestimmter Wörter. Seine Schriften aus den späten 1960er und 1970er Jahren sind dabei noch klar der Fachrichtung Philosophie zuzuordnen. Derridas in den 1980er Jahren verfasste Bücher wie etwa „Die Postkarte“ wenden sich jedoch mehr und mehr von einem klassischen philosophischen Duktus ab. Diese Texte bewegen sich im Stil zwischen autobiografischen Aufzeichnungen und Roman, wobei nie ganz deutlich wird, ob die Leserschaft es gerade mit einer Rekonstruktion realer Ereignisse in Form eines Tagebuch-eintrages zu tun hat, oder nicht vielmehr fiktive Begebenheiten erzählt werden.

Diese Uneindeutigkeit der Texte Derridas machten sie in vielen Philosophiefachbereichen zu einer Provokation. Junge Forscher, die ihre Qualifikationsarbeiten mit theoretischen Anleihen bei Derrida unterfütterten, gingen ein nicht unerhebliches Risiko ein, dafür mit schlechteren Noten sanktioniert zu werden oder gar durchzufallen, galt die Dekonstruktion doch, besonders in der auf klare Aussagen und eindeutige Sprache abzielenden Analytischen Philosophie als Obskurantismus und Pseudowissenschaft. Wie umstritten Derrida war, ist auch ablesbar an der Kontroverse um die Verleihung der Ehrendoktorwürde, die die Universität Cambridge im Jahre 1992 erwog. Es kam zu einer Abstimmung unter der Professorenschaft und Derrida erhielt mit 336 Ja- gegenüber 204 Nein-Stimmen schließlich den Titel. Es gab jedoch im Vorfeld besonders von Seiten des philosophischen Lehrkörpers scharfe Kritik an der Dekonstruktion, die als unseriöse intellektuelle Spielerei disqualifiziert wurde.

(Un-)eindeutiger Derrida

Obwohl Peeters Bewunderung für Derrida auf vielen Seiten des Buches durchscheint, so ist doch keine Heiligsschreibung entstanden, und es kommen auch kritische Stimmen zu Wort. Der Mensch Derrida wird als jemand gezeichnet, der sehr generös mit seiner Zeit umging und für Studierende und KollegInnen fast immer ein offenes Ohr fand. Kleinigkeiten konnten allerdings auch oftmals

genügen, um Derrida zu verstimmen. Peeters schildert mehr als eine Situation, in der eine spöttische Bemerkung oder eine vorsichtig formulierte Kritik seiner Arbeit ausreichte, um bei Derrida in Ungnade zu fallen. Julia Kristevas an Derrida angelehnte Romanfigur Saida in ihrem Buch „Les Samourais“ erboste Derrida beispielsweise so sehr, dass er Kristeva fortan demonstrativ den Rücken zuwandte, wenn er sie bei Konferenzen erblickte. Einer anderen Begebenheit widmet die Biographie auch viel Raum: der sogenannten de Man-Affäre. Mit dem belgischen Literaturwissenschaftler Paul de Man, der seit den 1950ern in den USA lehrte und dort, anders als in Europa, sehr stark rezipiert wurde, verband ihn eine enge Freundschaft. Nach dessen Tod 1983 kam heraus, dass Paul de Man während des Zweiten Weltkrieges in Belgien als Journalist für mit den Nazis kollaborierende Zeitungen geschrieben und zumindest einen Artikel publiziert hatte, der offen antisemitische Ressentiments äußerte. Derrida fühlte sich bemüßigt, seinen alten Freund zu verteidigen und schrieb das Buch „Erinnerungen – Für Paul de Man“. Dort ist auch eine zweifelhafte Interpretation des besagten antisemitischen Artikels zu finden. Derrida lässt dabei die Frage offen, ob de Mans Text judenfeindlich sei oder nicht vielmehr als eine subtile Kritik des Antisemitismus verstanden werden könne. Dadurch zog er sich nicht nur den Unmut der Gegner der Dekonstruktion zu, die hierin einen weiteren Beleg der „Unredlichkeit“ der Dekonstruktion sahen, mit der sich aus jedem Satz je nach Gusto alles Mögliche herauslesen ließe, ohne eine strenge Textanalyse machen zu müssen. Auch von Seiten orthodox marxistischer Philosophen wurde Derrida aufgrund dieses positiven Bekenntnisses zu Paul de Man und seiner starken Bezugnahme auf Heidegger angefeindet und als Reaktionär gebrandmarkt. Derrida begriff sich dennoch immer als progressiven Philosophen, der eingefahrene Denkmuster zu erschüttern suchte. In seiner Beschäftigung mit politischer Philosophie folgte er jedoch nicht intellektuellen Moden, sondern wählte seine Themen antizyklisch. Während sich Derrida als Schüler von Althusser in den 1960er und 1970er Jahren in seinen Texten nicht mit Marx auseinandersetzte und die starke marxistische Präsenz in den Geisteswissenschaften in Frankreich als lähmend empfand, widmete er sich 1993 mit dem Buch „Marx Gespenster“ nach dem Ende des real existierenden Sozialismus einer originellen Neulektüre von Marx, die diesen als Wiedergänger mit Shakespeares Figur Hamlet zusammenbrachte.

Nicht immer, so resümiert Peeters am Ende seiner Biographie, ging der Erwähnung der Dekonstruktion eine intensive Auseinandersetzung mit Derridas Schriften voraus. Vielmehr ist das Wort Dekonstruktion mittlerweile häufig zu einem populären Schlagwort mutiert, so dass Landwirtschaftsmagazine beispielsweise eine „dekonstruktive“ Gartenpflege bewerben können oder in Comics schon einmal augenzwinkernd ein „Doctor Dekonstruktor“ auftaucht. Dass die Philosophie der Dekonstruktion wesentlich mehr als diese vulgären Adaptionen zu bieten hat, zeigt die fulminante Biographie von Peeters und macht Lust, das Oeuvre Derridas (wieder) zu entdecken.

Benoît Peeters 2013:

Jacques Derrida. Eine Biographie.

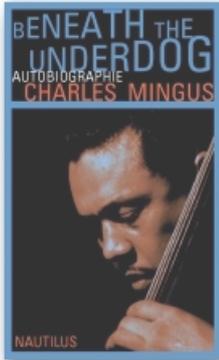
Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 978-3-518-42340-0.

935 Seiten. 39,95 Euro.

Zitathinweis: Philipp Dorestal: Die menschliche Seite der Dekonstruktion. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1172>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Jazz + Sex hoch zwei = Beneath the Underdog



Charles Mingus
Beneath the Underdog
Autobiographie

Wer die Musik des Jazzvirtuosens Charles Mingus mag, muss sein literarisches Schaffen nicht notwendigerweise ebenso schätzen.

Rezensiert von [Sebastian Kalicha](#)

Wer es wagt, sich in die Weiten der Jazzszene zu begeben, wird früher oder später unweigerlich auch Musik von Charles Mingus (1922-1979) am Plattenspieler oder in der Playlist haben. Der in Watts, einem Vorort von Los Angeles, aufgewachsene Mingus durchlebte wie so viele Schwarze seiner Zeit nicht nur den Rassismus der weißen US-amerikanischen Mehrheitsgesellschaft, sondern auch eine von häuslicher Gewalt geprägte Kindheit und Jugend. Dennoch erlernte er relativ früh diverse Instrumente, zuletzt den Bass, mit dem er weltberühmt werden sollte. Doch sein Aufstieg in der Jazzszene war alles andere als einfach und reibungslos. Er hatte immer wieder mit Geldproblemen, Scheidungen, Depressionen und Rückschlägen zu kämpfen. Er arbeitete zwischen Tourneen und Plattenaufnahmen bei der Post und war wohl charakterlich alles andere als ein angenehmer Typ. Bandmitglieder wechselten ständig, einmal verprügelte er ob eines Missverständnisses einen Musiker auf offener Bühne, er maßregelte das Publikum und sein Ruf als notorischer Fremdgeher war mehr als begründet. Gegen Ende seiner Karriere erkrankte er an *Amyotropher Lateralsklerose* (eine degenerative Erkrankung des motorischen Nervensystems), weshalb er schließlich nur noch komponieren, aber nicht mehr selbst Bass spielen konnte.

Jazz und der „Weiße Mann“

Mit seinem eigenen Plattenlabel *Debut* versuchte er sich von großen Labels unabhängig zu machen, was nur mäßig gelang. In seiner Autobiografie „Beneath the Underdog“, die ursprünglich „Memoirs of a Half-Schitt-Colored-Nigger“ heißen sollte, beklagte er auch immer wieder den seiner Ansicht nach schlechten Einfluss des „Weißen Mannes“ im schwarzen Jazz-Business (das „Half-Schitt-Colored-Nigger“ rührt von seinem teils afrikanischen, europäischen und asiatischen Familienbackground her, was ihm gröbere Identitätsprobleme bescherte und weshalb er von allen möglichen Seiten diskriminiert wurde). Auch sonst in Bürgerrechtsfragen engagiert, war er in Sachen Jazzmusik gewissermaßen – ganz dem Zeitgeist entsprechend – ein Black-Power-Separatist:

„Na gut, die weiße Gesellschaft hat also ihre eigene Tradition; dann soll sie uns aber auch die unsere überlassen. Ihr habt euren Shakespeare gehabt, und euren Marx und Freud und Einstein und Jesus Christus und Guy Lombardo, aber wir haben mit dem Jazz angefangen, vergiß das nicht, und die moderne Popmusik in der ganzen Welt stammt vom Jazz ab. (...) Weiße Typen nehmen einfach unsere Musik und machen mehr Geld damit als wir“ (S. 293).

An diesen letzten Gedanken anknüpfend, liest man an anderer Stelle eine sehr hellsichtige Kritik der (weißen) Musikindustrie, in der er die alltägliche rassistische Diskriminierung fortgesetzt sah:

„Für den Weißen Mann ist der Jazz das große Geschäft und ohne ihn geht überhaupt nix. Wir [schwarze JazzmusikerInnen; Anm. S.K.] sind nur Arbeiterameisen. Er besitzt die Zeitschriften, die Agenturen, die Plattenfirmen und alle Kneipen, die der Öffentlichkeit Jazz verkauft. Wenn du dich nicht verkaufst, und zwar sehr billig, und versuchst zu kämpfen, dann stellen sie dich nicht mehr ein und machen dich mit schlechter Publicity fertig“ (S. 156).

Sex als Überthema

Das Thema dieser Autobiografie ist aber Mingus' Sexualleben, was jene schwer enttäuschen wird, die sich für den Musiker und nicht für den selbsternannten Frauenheld Mingus interessieren. Prinzipiell stellt sich hier die Frage, weshalb es einem derart begnadeten Musiker scheinbar wichtiger ist, seine Autobiografie mit der detailreichen Schilderung seines Sexuallebens zu füllen, anstatt sich dem zu widmen, was wohl die Motivation für viele ist, sein Buch zu lesen: dem Jazz. Das Hauptproblem ist jedoch nicht, dass Mingus hauptsächlich über Sex und Frauen schreibt, sondern wie er das tut. Mingus schreibt derb, unverhohlen und ohne jegliche Rücksicht auf linke (Sprach-)Befindlichkeiten. „Warum auch!?!“, könnte hier ein Einwand lauten, Mingus war schließlich Musiker und kein wie auch immer gearteter politischer Purist im Deutschland des 21. Jahrhunderts. Und die Jazzszene dieser Zeit war nun mal vermutlich ein eher hartes und ungestümes Pflaster. Stimmt.

Aber selbst für LeserInnen, die lediglich ein Mindestmaß an diskriminierungsfreier Sprache einfordern und nicht reflexartig bei jedem Verstoß gegen linke Szene-Neusprechnormen ausflippen, wird es unerträglich, wenn Mingus sich ausführlich dem Thema Frauen und Sex widmet. „Bräute“ und „Weiber“ sind hier noch die harmlosesten Termini, mit denen das Mingus'sche Sexualobjekt titulierte wird. Viel öfter sind sie einfach nur „Nutten“ oder „Fotzen“. Das gesamte Buch hindurch liest man seitenlang über seine „Eroberungen“, sein ausschweifendes Sexualleben, von der vermeintlichen Größe seines „Schwanzes“ und der Unendlichkeit seiner Potenz. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass Mingus' Libido die unangefochtene Protagonistin des gesamten Buches ist! Selbst die wenigen tiefgründigeren Passagen, wie die Wiedergabe eines Gesprächs mit seinem alten Vater, beginnen mit der Frage, ob dieser denn „immer noch einen hoch“ kriege (S. 103). Spätestens hier legte ich das Buch zum ersten Mal völlig entnervt zur Seite. Endgültig unerträglich wird es aber, wenn so manche Sexszenen mit äußerst aggressiver und entwürdigender Rhetorik geschildert werden, Sex mit minderjährigen mexikanischen Prostituierten angedeutet wird und er Frauen (unter anderem seine diversen Lebenspartnerinnen) zur Prostitution „überredet“ und sich daraus ein Spiel macht, wie lange er wohl dazu brauche, dass die Frauen für ihn auf den Strich gehen. Zuletzt erfährt man folglich noch mehr über Mingus' Einstieg ins Zuhältergeschäft und wie man sich dadurch seine Vorliebe für Jazz gegenfinanzieren könne:

„Ich werde dir sagen, Mingus, wie du dich davor bewahren kannst, abhängig zu werden von dem, was reiche Schweine denken und Kritiker sagen; über Jazz, echten Jazz, deine Arbeit. Für mein Gefühl muß ein guter Jazzmusiker einfach ein Zuhälter werden, wenn er frei sein und seine Seele retten will. Jelly Roll Morton [US-amerikanischer Jazzpianist; Anm. S.K.] hatte sieben Mädchen und auf diese Art und Weise hat er sich die Zeit zum Komponieren und Lernen gekauft und zufällig ist er auch noch zu den Diamanten in seinen Zähnen und vielleicht auch im Arschloch gekommen. Er sagte immer: ‚Weißer Mann, du haßt und kämpfst und tötest für deine Reichtümer. Ich bekomme sie durch's Ficken. Wer von uns ist besser?‘“ (S. 222)

Wie soll man das nun alles verstehen und einordnen? Das Nachwort von Harald Justin legt nahe, dass der „Big Bad Motherfucker Charles“ (S. 316) lediglich „Fi(c)ktion“ (ebd.) sei und die „Zuhälter-Pose“ nur „literarische Fantasie“ blieb (S. 319). Mingus selbst behauptete hingegen stets, dass alles, was er in dieser Autobiografie niedergeschrieben hatte, „die Wahrheit und nichts als die Wahrheit“ (S. 314) sei. Ob Wahrheit oder Fiktion, auch frauenverachtende Fiktion ist frauenverachtend und somit für fortschrittlich gesinnte LeserInnen schwer ertragbar.

Was bleibt

Nicht nur über den Wahrheitsgehalt, sondern auch über die literarische Qualität des Buches lässt sich trefflich streiten. Letzteres betreffend werden im Nachwort nicht gerade bescheidene Verbindungslinien zu Literaten wie Henry Miller, James Joyce und Charles Bukowski gezogen ... naja ... stilistisch Bukowski, *vielleicht* (und das schreibe ich, weil ich Bukowskis Stil wenig abgewinnen kann). Letztendlich bleibt bei mir aber das Gefühl, dass Charles Mingus wohl doch ein weit besserer Musiker als Schriftsteller war – und dass es gut ist, dass seine Musik rein instrumentaler Natur ist. Als ich vor einiger Zeit den sehr sehenswerten Dokumentarfilm „Let's Get Lost“ über den grandiosen Jazztrompeter Chet Baker gesehen hatte, dachte ich mir nur „Wow, was für ein Arschloch!“, wobei dieses Gefühl bei Baker rein persönlich-charakterlicher und nicht (wie teilweise bei Mingus) politischer Natur war. Nach der Lektüre von „Beneath the Underdog“ muss ich nun auch viel ausblenden, um Charles Mingus weiterhin unbeschwert hören zu können. Wobei: Ehrlich gesagt, kann ich ihn gar nicht mehr unbeschwert hören.

Charles Mingus 2012:
Beneath the Underdog. Autobiographie.
Edition Nautilus, Hamburg.
ISBN: 978-3-89401-416-2.
320 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Kalicha: Jazz + Sex hoch zwei = Beneath the Underdog. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1173>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Für die Befreiung von Mensch und Tier



Matthias Rude

Antispeziesismus

Die Befreiung von Mensch und Tier in der Tierrechtsbewegung und der Linken

Die Kritik des Speziesismus und der politische Kampf für die Befreiung der Tiere aus ihrem Joch im Keller unseres Gesellschaftsbaus ist der Kern des antispeziesistischen Projekts.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Kritik legt die Ideologien offen, mit deren Hilfe die Teilbarkeit des Mitleids erklärt, verhüllt und legitimiert wird, um die Kontinuität von Ausbeutung und Herrschaft über die, wie Adorno mit Bezug auf eine Formulierung Brechts sie nennt, „quälbaren Körper“ (S. 143) aufrechtzuerhalten. „Es gehört zum Mechanismus der Herrschaft, die Erkenntnis des Leidens, das sie produziert, zu verbieten“, analysierte Adorno – deshalb gilt: ‚Das Bedürfnis, Leiden beredt werden zu lassen, ist Bedingung aller Wahrheit.‘“ (S. 188)

Antispeziesismus – was ist das eigentlich?

Antispeziesistische Kritik richtet sich gegen die Ideologie des Speziesismus, derzufolge Tiere, weil sie in Abgrenzung zum „Menschen“ anders sind, allen Brutalitäten preisgegeben werden dürfen, die unsere moderne warenproduzierende Klassengesellschaft aufzubieten hat.

„Beim Begriff ‚Speziesismus‘ handelt es sich um einen Neologismus, der in Analogie zur Benennung anderer Ideologien zur Legitimation von Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung – wie Rassismus oder Sexismus – gebildet wurde. [...] Erstmals benutzt wurde das Wort 1970 vom britischen Psychologen Richard Ryder in einem Flugblatt gegen Tierversuche“ (S. 12).

Speziesismus ist „notwendig falsches Bewusstsein“ im Marxschen und eine „gelebte, habituelle gesellschaftliche Praxis“ (S. 3) in Gramscis Sinne. Der Inbegriff dieser Ideologie ist vielleicht von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in der „Dialektik der Aufklärung“ am fassbarsten formuliert worden. Der Autor Matthias Rude verweist auf folgende Sentenz: „Die Idee des Menschen in der europäischen Geschichte drückt sich in der Unterscheidung vom Tier aus. Mit seiner Unvernunft beweisen sie die Menschenwürde“ (S. 146f.).

Allerdings kritisiert der Verfasser mit Bezug auf den italienischen Philosophen Marco Maurizi die philosophisch-idealistische Verdrehung, der zufolge die falschen Vorstellungen von den Tieren die Ursache für die Ausbeutung der Tiere seien: „Wir beuten Tiere nicht aus, weil wir sie für niedriger halten, sondern wir halten Tiere für niedriger, weil wir sie ausbeuten“ (S. 183). Die

„wesentliche Grundlage der Tierausbeutung in der momentanen gesellschaftlichen Formation ist nicht die speziesistische Ideologie oder der Mensch-Tier-Dualismus, sondern die kapitalistische Produktionsweise, und diese muss theoretisch verstanden, kritisiert und in der Praxis angegangen werden; denn sie lässt sich nicht einfach ‚dekonstruieren‘“ (ebd.).

Der „Antispeziesismus, also der Kampf gegen die Ausbeutung der Tiere in der menschlichen Gesellschaft und gegen jede Ideologie, mit der sie legitimiert wird“ (S. 13), bedarf also des historischen Materialismus, damit aus einem Sammelpunkt für Menschen mit berechtigter Empörung eine revolutionäre Bewegung werden kann.

„Sie wissen, ich fühle und leide mit jeglicher Kreatur“ (Luxemburg) – für die „Solidarität des Lebens überhaupt“ (Horkheimer)

Ganz im Sinne Walter Benjamins VI. These über den Begriff der Geschichte versucht der Verfasser „die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen“ (Benjamin 1942). Die konformistische Gesellschaft blendet nicht nur bis heute die Tiere als Opfer des Zivilisationsprozesses aus, sondern führt eine stetig wachsende Zahl von Individuen zur Schlachtbank. Selbst die Linke hat die Erinnerung daran übersehen oder ignoriert. „Kaum eine andere emanzipatorische Forderung verhallte im Gang der Geschichte immer wieder derart ungehört wie der Ruf nach der Befreiung der Tiere“ (S. 10). Entsprechend ist es Rude zufolge weitgehend unbekannt, dass

„die Solidarität mit Arbeitstieren als ebenfalls Ausgebeutete, dass der Verzicht auf Lebensmittel und Rohstoffe, die durch sie oder aus ihren Körpern hergestellt werden, als bewusste Zurückweisung des Status von Tieren als Produktionsmittel und Ware bereits seit den Anfängen der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsformen als integrales Element revolutionärer Theorie und Praxis fungieren konnte“ (S. 11).

Für eine kritische Gesellschaftstheorie, die die Tiere nicht ausblendet, und für die politische und theoretische Entwicklung der heutigen Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung sei die Wiederaneignung dieser eigenen Geschichte „unerlässlich“ (ebd.). Allerdings ist das als Einführung angelegte Bändchen nicht das Resultat einer umfassenden historischen Untersuchung. Vielmehr werden „Schlaglichter auf einige wenige Persönlichkeiten und politische Strömungen“ (S. 21) geworfen.

Nichtsdestotrotz legt der Verfasser in den ersten drei von vier Abschnitten des Buches – der letzte ist der Geschichte der gegenwärtigen Tierrechts- und Tierbefreiung seit den 1960er Jahren gewidmet – eine imposante kleine Enzyklopädie von Eingriffen kritischen Denkens in die Geschichte der Klassenkämpfe für die Befreiung von Menschen und Tieren vor. Erste kritische Reflexionen zum Verhältnis der Menschen zu den Tieren tauchen bereits in den Schriften „der Orphiker und Pythagoreer“ (S. 22) im antiken Griechenland auf. Da Rude aber den Speziesismus als eine *bürgerliche* Ideologie begreift, das heißt als eine Idee, die eben jener bürgerlichen Gesellschaftsformation – dem Kapitalismus – angehört, beginnt seine überwiegend geistes- und bewegungsgeschichtliche Darstellung zurecht in der Zeit der von Marx so getauften „ursprünglichen Akkumulation“.

Was der Autor zutage fördert, sind zum Teil ergreifende Dokumente grenzenloser Solidarität mit allen leidensfähigen Kreaturen von AutorInnen, die den sozioökonomischen historischen Konstellationen, in denen sie leben, intellektuell weit voraus sind. Zum Beispiel ist das „Denken Rosa Luxemburgs [...] bestimmt von einer natürlich empfundenen, grundsätzlichen Verbundenheit mit allen fühlenden Wesen; man kann von einem Solidaritätskonzept sprechen, für das Speziesgrenzen keine Rolle spielen“ (S. 114). In einem Brief an Hans Diefenbach schrieb sie etwa: „Sie wissen, ich fühle und leide mit jeglicher Kreatur“ (S. 115). Ähnlich pointiert schrieb die Kämpferin der Pariser Commune, Louise Michel:

„Es hängt alles zusammen, von dem Vogel, dessen Nest man zertritt, bis zu den Nestern der Menschen, die der Krieg dezimiert. Das Tier krepirt vor Hunger in seinem Loch, der Mensch stirbt daran in fernen Gegenden. Und das Herz des Tieres ist wie das Menschenherz, sein Gehirn ist wie das des Menschen, nämlich fähig, zu fühlen und zu begreifen. Man mag noch so sehr darauf treten, die Wärme und der Funke darin erwachen immer wieder. Bis zur Blutrinne des Laboratoriums vermag das Tier Liebkosungen oder Grausamkeiten zu empfinden“ (S. 58).

Auch der organisatorische Kopf der sogenannten Frankfurter Schule, Max Horkheimer, bestätigte die beiden Revolutionärinnen, als er folgende Zeilen notierte: „Eigentlich ist ja die Solidarität, die wir mit den Menschen in Not fühlen dieselbe wie die mit dem Tier, in der Qual erweist sich ihre Identität und das Weh fließt zusammen“ (S. 188).

Die materialistischen Impulse zu einer solchen Solidarität werden ausgelöst durch eigene Leiderfahrungen und durch das Mitleid mit Anderen. Sie sind – zumindest Adornos Auffassung von historischem Materialismus in der "Negative[n] Dialektik" (vgl. Adorno 1970/1997: 203) zufolge – historisch der Auslöser für die Entstehung kritischer Gesellschaftstheorie und bis heute immer noch ihre unentbehrliche Voraussetzung. Die aus dem Erleben des eigenen und des Leidens Anderer entspringende Solidarität ist die Quelle der Reflexion über die Möglichkeit, dem gesellschaftlich erzeugten Leid ein Ende zu setzen. Als solche ist sie nicht teilbar. Jede Theorie der Gesellschaft und jede Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand aufheben will, muss also auf einer, wie Max Horkheimer sie bezeichnete, „Solidarität des Lebens überhaupt“ (S. 151) gründen.

Der gemeinsame Ursprung für die Martern, den Tod, den Hunger und Durst, den die ausgebeuteten Klassen und ihre „fellow-creatures“ (S. 32) bis dato ertragen, wurde teilweise auch bereits in der Historie erkannt. „Im 19. und im frühen 20. Jahrhundert“ kommt es beispielsweise

„zu bemerkenswerten Allianzen zwischen der Antivivisektions- und der Arbeiterbewegung – prominente Vertreter der Arbeiterbewegung unterzeichnen 1896 ein Manifest gegen die Vivisektion, in dem es heißt: ‚Solches Experimentieren an lebenden Tieren widerspricht den wirklichen Empfindungen und wahren Interessen der arbeitenden Klasse.‘“ (S. 95).

Traditionslinien und Gegenaufklärung linker Mythen

Die Lektüre und der Reichtum an historischen Fakten belegen hinlänglich, dass die antispeziesistischen Bewegungen keineswegs, wie von zahlreichen ihrer bürgerlichen und linken GegnerInnen wie etwa Jutta Ditfurth, „im Antifaschistischen INFO-Blatt oder in der konkret“ (S. 175) entgegen aller Empirie behauptet wurde und wird, einer konservativen, esoterisch-religiösen oder gar reaktionären Tradition entstammt. Die politische und ethische Ablehnung der in Adornos und Horkheimers Worten „lückenlosen Ausbeutung der Tierwelt heute“ (S. 148) ist kein Spleen karitativer Kleinbürgermutter mit einem Herz für Tiere, verblendeter Esoterik-Prediger oder romantizistisch verbrämter MaschinenstürmerInnen. Die historischen VorläuferInnen der heutigen Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung waren in zahlreichen und verschiedenen progressiven Bewegungen verankert. So zählen – um nur eine kleine Auswahl zu nennen – PazifistInnen und AntimilitaristInnen wie Magnus Schwantje und Clara Wichmann, Feministinnen wie Emmeline Pankhurst und Frances Power Cobbe, SozialistInnen wie Bernhard Shaw oder Leonard Nelson, KämpferInnen der Pariser Commune wie Louise Michel oder Elisée Reclus, internationalistische KommunistInnen wie Rosa Luxemburg und weitsichtige Marxisten wie die traditionellen Kritischen Theoretiker Horkheimer, Marcuse und Adorno zu den politischen Ahnen und StichwortgeberInnen des antispeziesistischen Kampfes. Der besondere Wert des Buches liegt gerade darin, die Verknüpfung von *sozialrevolutionärem* Gedankengut mit der Ablehnung der Ausbeutung und Herrschaft über Tiere offenzulegen.

Auch der häufig als unumstößlicher Beweis für dessen rückständigen Charakter angeführte Verweis auf die mutmaßliche Nähe der Tierrechts- und Tierbefreiungs- zur Lebensreformbewegung

entpuppt sich bei genauer Betrachtung als nicht haltbar. Rude zeigt, dass letztere erstens neben einem regressiven auch einen proletarischen Flügel besessen hat, der zum Beispiel den Vegetarismus propagierte. Und zweitens gelingt es dem Verfasser auch deutlich zu machen, was für andere soziale Bewegungen selbstverständlich ist, bei der Bewertung der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung aber geflissentlich „übersehen“ wird: Die politischen Kräfte, die sich für ein Ende des Schlachtens einsetzen, stammen wie bei jeder anderen Bewegung auch aus unterschiedlichen politischen Strömungen. Ebenso wie es kleinbürgerliche und proletarische FeministInnen gibt, betreiben Organisationen bürgerlich-moraltheoretisch begründete Tierschutzpolitik und andere wiederum treten für die Befreiung der Tiere als Teil eines marxistischen Revolutionsprojekts ein.

Die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung in der Bundesrepublik grenzt sich von Beginn an von den utilitaristischen Positionen eines Peter Singer ab, der für gewöhnlich von Außenstehenden und politischen GegnerInnen wie etwa vom Journalisten Peter Köpf (S. 175) zum „Vater' des Tierrechtsgedankens stilisiert wird“ (S. 165). Rude lässt letztlich keinen Zweifel daran aufkommen, dass der „Tierbefreiungsgedanke, der stets als Konsequenz, Fortsetzung und Erfüllung der auf den Menschen bezogenen emanzipatorischen Forderungen verstanden worden ist“, „genuin links“ (S. 185) ist. Dass etwa Forderungen nach *Tierrechten* auch von bürgerlichen Kräften aufgegriffen worden sind und immer noch vertreten werden, ändert daran nichts.

Weitere Mythen, die durch Bücher, Presse und Diskussionen an linken Stammtischen geistern, brechen infolge der detaillierten Schilderungen in sich zusammen. AntispeziesistInnen haben beispielsweise nie „eine ‚Gleichstellung‘ anderer Tiere mit dem Menschen oder ähnliches“ gefordert; „hierbei handelt es sich um ein Missverständnis und bisweilen – so muss man hinzufügen – um ein politisch beabsichtigtes Missverständnis“ (S. 17). Das Gegenteil ist bis dato der Fall gewesen. Der Kampf „für die Tiere“ war historisch immer auch einer „für die Menschen“. „Die Bewegung zur Befreiung der Tiere sieht ihre Forderungen traditionell als logische Fortsetzung und Konsequenz der großen emanzipatorischen Imperative“ (S. 12).

Zudem kann Rude schlüssig darstellen, dass sowohl Vegetarismus – und später der Veganismus – als auch der politische Aktivismus für Tiere keineswegs eine Domäne der Reichen und Schönen oder mittelständischer Gutmenschen ist.

„Schon im 17. Jahrhundert spielte das Zurückweisen des Verzehrs von Tierfleisch als Teil von Klassenkämpfen gegen die Herrschaft des Adels eine Rolle und wurde damals auch bereits als Akt der Solidarität mit den Unterdrückten begriffen sowie als Ausdruck des Bestrebens, eine Gesellschaft ganz ohne Ausbeutung zu schaffen“ (S. 186).

Revolutionäre Realpolitik für die Befreiung von Mensch und Tier

Unterm Strich ist die auch ohne theoretische Vorkenntnisse lesbare Einführung antispeziesistischer Theorie und Praxis ein Plädoyer für eine antikapitalistische Tierbefreiungsbewegung. Rude schließt sich der Meinung des Sozialisten Henry Stephens Salt an,

„Solange der Geldprofit und der Eigennutz als Leitprinzipien des Handels akzeptiert sind, bleibt es unmöglich, das richtige Verhalten gegenüber Tieren sicherzustellen, denn es ist absurd zu glauben, dass die Menschheit sich verpflichtet wird, die niederen Arten aus den Folgen einer wirtschaftlichen Tyrannei zu befreien, von der die Menschen selbst auch Opfer sind“ (S. 94f.).

Folglich steht für den Autor auch die Erkenntnis nicht zur Disposition, dass eine befreite Gesellschaft weder ohne die kollektive Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel noch mit Schlachthöfen zu haben ist.

„Wie die Tierbefreiungsbewegung notwendig antikapitalistisch sein muss, kann die antikapitalistische Linke die Forderung nach der Befreiung der Tiere nicht länger unbeachtet lassen.[...] Doch nur wenn die falsche beiderseitige Distanz verringert werden kann, können die Grundlagen geschaffen werden, auf denen eine zukünftige revolutionäre Realpolitik aufbauen kann“ (S. 189).

In Teilen der gegenwärtigen Tierbefreiungsbewegung gibt es, wie Rude zeigt, durchaus seit einigen Jahren Bestrebungen, auf die antikapitalistische Linke zuzugehen, sofern diese bereit ist, auch ihr entgegen zu kommen. „Tatsächlich ist die Praxis der Tierbefreiungsbewegung genuin antikapitalistisch [...] ihre Aktivitäten richten sich direkt gegen die ökonomische Basis der Ausbeutung, indem Unternehmen, die von derselben profitieren, unter Druck gesetzt, angegriffen oder sabotiert werden. In ihrer Praxis kann diese Bewegung also für so manche andere linke Strömung sogar inspirierend sein“ (S. 179). Ein gemeinsamer Kampf für eine Verwirklichung der Utopie eines 43-jährigen Bergarbeiters zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist daher gar nicht abwegig: „Daß die Welt ‚schön‘ ist, daß jedes lebende Geschöpf ein Recht hat zu leben und zwar zu leben wie es seine Art verlangt“ (S. 90).

Zusätzlich verwendete Literatur

Adorno, Theodor W. (1970/1997): Negative Dialektik. Gesammelte Schriften. Band 6. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Benjamin, Walter (1942): Über den Begriff der Geschichte. Online [hier](#).

Matthias Rude 2013:

Antispeziesismus. Die Befreiung von Mensch und Tier in der Tierrechtsbewegung und der Linken. Schmetterling, Stuttgart.

ISBN: 3-89657-670-4.

200 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: Für die Befreiung von Mensch und Tier. Erschienen in:

Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1174>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Lenin heißt jetzt Jesus



Sabine Rennefanz

Eisenkinder

Die stille Wut der Wendegeneration

Sabine Rennefanz liefert einen Seelentrip in ihre eigene Extremismustheorie.

Rezensiert von [Friedrich Burschel](#)

Erst kürzlich hat die Vorstellung, die jugendliche DDR-Generation der Wende sei für die Lockungen „extremer“ Art der Zeit danach in besonderer Weise prädestiniert gewesen, neue Nahrung erhalten. Der geständige Angeklagte im NSU-Prozess Carsten Schultze hatte ebenso wie der teilgeständige Holger Gerlach, beide aus dem thüringischen Jena, auf die DDR-Sozialisation verwiesen, auf die Begeisterung für die Kinder-Uniform mit rotem Halstuch und das ganze Pionier-Gedöns als prägendes Moment ihrer Entwicklung. Den Zusammenhang zu seiner Nachwende-Metamorphose zum Neonazi beschreibt Gerlach so: „Unsere ganze Szene stellte damals auf diesen vermeintlichen Kameradschafts-Wert ab. Und aus meiner ganzen Jugenderziehung – Jungpioniere, Thälmannpioniere, FDJ – hatte ich gelernt, dass es wichtig sei, für andere einzustehen“. Sicher hatten ihre Verteidiger zu solchen Formulierungen geraten, um einen Teil der Schuld der überwundenen DDR, den Kommunisten halt, aufzubürden.

Wie vor 20 Jahren der unsägliche Kriminologe Christian Pfeiffer das gemeinsame Töpfchen-Sitzen der DDR-Kindergarten-Kinder als Ursprung des angeblich vor allem in Ostdeutschland grassierenden Neonazismus erkannt haben will, so kann im Grunde bis heute jeder Aspekt der DDR-Geschichte in totalitarismustheoretischer Manier so hingedreht werden, dass er alles Mögliche und Unmögliche erklären kann, nämlich wie es zur rassistisch marodierenden „Generation Hoyerswerda“ kam, aber auch, warum DDR-Jugendliche fundamentalistischen Evangelikalen auf den Leim kriechen konnten. Das jedenfalls versucht uns Sabine Rennefanz mit ihrem Selbstfindungsbuch „Eisenkinder“ einzureden. Dabei muss sie ihre eigene peinliche Geschichte nicht nur mit der DDR-Vergangenheit erden, etwa wenn sie während ihrer Taufe unter Wasser „Mein erstes Pionierhalstuch. Meine Jugendweihe...“ an sich vorüberziehen sieht (S. 157). Nein, in zunehmend penetranter Weise flanscht sie sich an die NSU-Terrorist_innen dran, um ihre eigene furchtbar banale Fundamentalistinnen-Story verkaufsfördernd aufzuladen. Was dabei herauskommt ist ausgesprochener Quark.

Die im Ton schlauer Reportagen gehaltene autobiografische Erkundung ist getragen von der eher durchsichtigen Larmoyanz einer zur „unverstandenen Generation“ verallgemeinerten Gruppe von Wendeverlierer_innen: „Jammer-Ossi“ reloaded gewissermaßen. Dabei ist das stärkste Argument gegen das Rennefanz-Elaborat auch das banalste und unterdessen oft wiederholte: Es ist eher eine verschwindende Minderheit einstiger jugendlicher DDR-Bürger_innen gewesen, die nach der Wende in der Weise den Halt verloren hat, dass sie zu gewalttätigen Nazis wurden oder eben, wie Rennefanz, in obskuren Sekten ihr Heil suchten. Der Rest waren und sind so normale Rassist_innen wie die Wessis auch. Und der Prozentsatz westdeutscher junger Leute, die sich ähnlich entwickelt haben, dürfte ungefähr proportional gewesen sein: Die hunderten Pogrome, Anschläge und rassistischen Morde der Nachwendejahre waren flächendeckend über das ganze wiedervereinigte

Land verteilt.

Natürlich hat der Bruch der Wende abertausende DDR-Leben durchgeschüttelt wie eine Katastrophe, die Jugendlichen sahen ihre Eltern gescheitert und gedemütigt, das eigene angefangene Leben im untergegangenen Staat verursachte viel Wut und Frustration, welcher der neue, vielversprechende Staat kaum etwas entgegenzusetzen oder als Alternativen anzubieten hatte. Das rassistische „anything goes“ der frühen Wendejahre mochte den Täter_innen und dem Beifall klatschenden Mob Bestätigung sein für sein Wüten gegen alles, was nicht in das neue nationale Selbstwertgefühl passte – Linke, Nicht-Deutsche, Jüdinnen und Juden, Menschen mit Behinderung, im Nazi-Jargon als „Assis“ diffamierte Obdachlose und so weiter: „Die Steinewerfer konnten sich im Einklang mit dem Rest der Gesellschaft fühlen“, repetiert Rennefanz also noch einmal für uns (S. 105) und nimmt dabei auf das verdienstvolle, aber durchaus angejahrte „Gefühlsstau“-Buch von Hans-Joachim Maaz von 1990 (beziehungsweise die Neuauflage von 2010) Bezug.

Was das aber mit ihrem Abrutschen in christlichen Fundamentalismus zu tun hat, bleibt unklar und blubbert floskelhaft in einer reichlich redundanten Extremismussauce vor sich hin: Der DDR-Alltag, so eines ihrer Lieblingsbilder, war ein – nun ja – „Indianerspiel“, wo alle mitgespielt hätten, obwohl sie wussten, dass es Quatsch gewesen sei. Mehr noch: Sie wiederholt allen Ernstes die schon damals ärgerliche Argumentation derer, die verständnisinnig zu erklären versuchten, weshalb der neue Ost-Bürger so ungehalten auf „Fremde“ reagierte: „Im Nachhinein könnte man fragen, wer die kuriose Idee hatte, tausende Flüchtlinge ausgerechnet in eine Gegend des Landes zu schicken, in der die Menschen selbst gerade dem Zugriff eines diktatorischen Systems entkommen waren“ (S. 103). Weshalb die Diktaturgeschädigten dann nicht eher solidarisch waren mit anderen Verfolgten, kommt als Frage offenbar gar nicht in Betracht: Dass sie im Taumel nationaler Wiedergeburt und unter kräftigem Schüren rassistischer „Überfremdungsängste“ stattdessen auf alles losgingen, was nicht in ihr Bild passte, scheint nur zu verständlich zu sein. Dass das in Mölln, Solingen und Mannheim ebenso geschah wie in Hoyerswerda, Rostock oder Eberswalde, fällt Rennefanz nicht auf.

Und dann wird der ganze Quark noch deftig abgeschmeckt: „Sechs Jahre nach der Wende sehnte ich mich nach Vorbildern, nach einem Halt, nach einer Orientierung“ (S. 138). Wenn da die christliche Erweckerin „eine clevere Neonazi-Frau gewesen wäre, oder eine radikale Muslimin, hätte sie mich vielleicht ganz genauso auf ihre Seite gezogen“, bekennt Rennefanz und gibt damit den Blick frei auf ihre psychopathologische Disposition, die allem „Extremen“ verfallen mochte. Denn auch der sie prägende DDR-Kommunismus „funktionierte wie eine Religion, mit Merksätzen, Heiligenfiguren und einem Heilsversprechen“: „Mein neuer Lenin hieß Jesus“ (ebd.) – gäh!

Ja, und was für die Jenaer Nazis „die Altnazis“ waren (wer immer damit gemeint sein mag) war für sie der Erweckungsprediger in Hamburg: alles eins! So schlägt sie endlich den Bogen, um sich mit den verirrtten Nazis zur Schicksalsgemeinschaft Ost zu vereinen. Klar: „Ich hatte keine Baseballschläger, ich hatte nur Worte. Aber jedes Wort saß. Jedes Wort war ein Schlag“ (S. 187) – aber sonst war alles genauso wie bei Böhnhardt und Mundlos? Mehr noch: „Ich verstehe im Rückblick, wieso zweimal hintereinander auf deutschem Boden Diktaturen entstehen konnten“, deklariert Rennefanz einen Durchblick, den sie in diesem Wirrwarr von irgendwie passend und „nachdenklich“ klingenden Floskeln nie hat. Vollends das Schlusskapitel, wo sie ihre Teilhabe an der „Generation Nazi“ bejammert, trieft vor Selbstmitleid: „Ist das alles, was meine Generation ausmacht: Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe als Pin-Ups der letzten Generation der DDR?“ (S. 241) Ihr über weite Strecken ärgerlich einfältiges Buch trägt dazu sicher bei und schmeichelt sich einem Mainstream ein, der sie auch gleich mit dem Deutschen Reporterpreis behängt: Hier entsteht eine neue Gemeinschaft, der sie sich dann wohl endlich zugehörig fühlen darf.

Sabine Rennefanz 2013:
Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration.
Luchterhand Literaturverlag, München.
ISBN: 978-3-630-87405-0.
256 Seiten. 16,99 Euro.

Zitathinweis: Friedrich Burschel: Lenin heißt jetzt Jesus. Erschienen in: Umkämpfte Migration.
30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1175>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Hermstories



Elisa Barth, Ben Böttger, Dan Christian Ghattas, Ina Schneider (Hg.)

Inter

Erfahrungen intergeschlechtlicher Menschen in der Welt der zwei Geschlechter

Gab es bisher fast nur Bücher über Inters im deutschsprachigen Raum, reden mit dieser Publikation Inters* nun mit, und zwar jenseits des Status als „Betroffene“.*

Rezensiert von [Andreas Hechler](#)

„Es gibt intergeschlechtliche Menschen“ (S. 7). Dieser allererste Satz in der neuen Veröffentlichung des NoNo Verlags zwingt eine Realität in die Welt, die in großen Teilen bis heute unbeirrt und geradezu stoisch daran festhält, dass es nur und ausschließlich Männer und Frauen als geschlechtliche Existenzweisen gäbe und geben muss. Vermutlich scheitern alle Menschen an bestimmten Punkten an den rigiden Normen der Zweigeschlechterwelt, aber bei Inters* ist das Scheitern fast schon vorprogrammiert. Die insgesamt 15 Beiträge des Sammelbandes verdeutlichen den langen Weg, den es braucht, um zu verstehen, dass dies kein individuelles Scheitern ist, sondern dass es diese Gesellschaft selbst ist, die an der Realität scheitert. Die Vielfalt menschlicher Körper, die im Zweigeschlechtersystem nicht aufgehen (können), scheint bei vielen „Männern“ und „Frauen“ eine Identitätskrise um die nächste zu produzieren, die mit verdeckter bis offener Aggression denjenigen gegenüber abgewehrt wird, die von der Norm „zu weit“ entfernt sind.

Emanzipationsprozesse

Was rückblickend so klar erscheint und auch in diesem Text schnell aufgeschrieben und scheinbar analytisch klar ist, waren für die Inters*, die in „Inter – Erfahrungen intergeschlechtlicher Menschen in der Welt der zwei Geschlechter“ ihre persönlichen Geschichten, subjektiven Eindrücke und Gedanken teilen, oft jahrzehntelange Prozesse, die überaus schmerzhaft waren und teilweise immer noch schmerzhaft sind. Es sind Geschichten von Menschen und ihren Körpern, die pathologisiert, registriert, beobachtet, getestet, vermessen, kontrolliert, analysiert, medikalisiert, psychiatrisiert, operiert, kastriert, zurechtgeschnitten, verstümmelt und gequält wurden. Es sind Erfahrungen mit Blickregimen der „Normalen“ auf „abnorm“ konstruierte Körper und Verinnerlichungen dieses Blicks, aber auch Kämpfe gegen diesen Blick, gegen „die Brille der anderen“ (S. 47) und der Refokussierung des unverstellten Blicks auf sich selbst. Das immer wieder schmerzhaft Aneignen des Erlebten wird von vielen der Autor_innen als Heilungs- und Empowermentprozess beschrieben. Prozesse, wie sie ihren Körper für sich entdecken, anfangen, ihn als Teil von sich zu begreifen, sich um ihn zu sorgen, liebevoll mit ihm zu sein und sich dafür einzusetzen, dass auch andere Menschen liebevoll mit ihm umgehen. Parallel dazu ging und geht es um das Finden von Worten und einer Sprache zur Beschreibung des Erlebten, um die Ablehnung („Pseudohermaphrodit“), Neubesetzung („Zwitter“) und Erfindung („Inter-sex-yness“) von Begriffen. Der Widerstand gegen die medizinischen Eingriffe und das Weiterleben mit den Folgen, die Kämpfe um Wahrnehmung und Anerkennung, um Ruhe und sich nicht mehr erklären und rechtfertigen müssen, um Wiedergutmachung und Selbstbestimmung wird in vielen Biografien nicht nur als enorm stärkend beschrieben, sondern auch als erstmaliges Entstehen eines kohärenten „Ichs“ – vom „Monster“ zum Menschen, vom „Fall“ zum Subjekt, von juristischer Nichtexistenz zum Rechtssubjekt, von Gefühlen der Taubheit zu einem Spüren, von Misstrauen zu Vertrauen, von Scham zu Selbstliebe, von Ohnmacht zu Handlungsmacht und Selbstwirksamkeit.

Natasha Jiménez aus Costa Rica beschreibt diesen Emanzipationsprozess:

„Inter zu sein bedeutete einen Mordversuch durch meinen alkoholabhängigen Vater, [...] es bedeutete Ablehnung durch die Großeltern, Onkel und Tanten, Cousinen und Cousins, [...] es bedeutete, meine Geburtstage nicht feiern zu können, wiederholt sexueller Gewalt und Vergewaltigungen ausgesetzt zu sein, es bedeutete, Spott, Aggressionen und endlosen Diskriminierungen ausgeliefert zu sein, [...] bedeutete inter* zu sein auch, dass ich aus allen meinen Erlebnissen gelernt habe, dass ich mich durch jede Erfahrung mehr gestärkt fühlte, dass ich meine Potentiale erkennen konnte“ (S. 54).*

„Opferbiografien überwinden“

Fast alle der Autor_innen haben ihren Platz in der Welt und Umgangsweisen mit den erlittenen Traumata gefunden, auch wenn der Schmerz in den Reflexionen spürbar ist. Die in Australien lebende Phoebe Hart zeichnet ihre „intergeschlechtliche Reise von Scham über Stigmatisierung und Geheimhaltung bis hin zu Selbstakzeptanz“ (S. 79) in ihrem Film „Orchids: My Intersex Adventure“ nach und „zeichnet ein Bild von Überleben und Mut und korrigiert gesellschaftliche und historische Perspektiven auf den intergeschlechtlichen Körper“ (S. 84). Natasha Jiménez, von der zwei Gemälde im Buch abgedruckt sind, bedient sich der Malerei und des Gesangs, „um mein Leiden und meine Schmerzen zu kanalisieren“ (S. 52). Von der_m in Deutschland lebenden Ins A Kromminga sind 9 Zeichnungen reproduziert. Von ihr_m selbst als „Herm Kunst“ bezeichnet, bezieht sich Kromminga mit Ironie und Humor auf Bildmaterial aus der Intersex-Forschung und -Behandlungspraxis, löst diese aus ihrem Kontext und verdeutlicht dadurch die „Brutalität und Perversion dieses pathologisierenden, kalten und inter*feindlichen Blickes“ (S. 102). Von der immer wieder auftauchenden Monster-Figur, nach unten gewendeten Blicken, Trauer und Einsamkeit in den Bildern findet sich auch sehr viel Wut und Zynismus bei dem Kind, das als „Dankeschön“ für die Behandlungen Bomben auf ein Krankenhaus wirft. Del LaGrace Volcano trägt mit seinem_ihrem Fotoprojekt „Visibly Intersex“ zur Sichtbarmachung intergeschlechtlicher Menschen bei, sieben der Fotos sind im Buch abgedruckt. Eins davon ist von Hiker Chiu aus Taiwan, die erste geoutete Inter*-Person in Asien, die auch mit einem eigenen Beitrag im Band vertreten ist. Berührend beschreibt Hiker, wie er_sie die Free Hugs Campaign mit Inter*-Anliegen zu einer Aktion kombiniert hat: „Global Free Hugs with Intersex Movement“. Hiker erzählt, wie er_sie durch die „vielen warmherzigen und heilenden Umarmungen“ (S. 65) von anderen Inters* nicht nur sich selbst lieben lernte, sondern auch das Bedürfnis erwuchs, die „Liebe und Wärme an andere weiterzugeben“ (S. 65).

Hikers Geschichte steht exemplarisch für die herausragende Bedeutung für Inters*, Selbsthilfegruppen, Inter*-Organisationen und Verbündete zu haben. Von fast allen werden Gefühle der Einsamkeit, Isolation, Scham, sich „falsch“ fühlen und großen Ängsten vor anderen Menschen beschrieben – statt Liebe gab’s „Spritzen und Pillen“ (S. 41) –, denen mit unterstützenden Netzwerken, Austausch und dem Gefühl, nicht mehr alleine zu sein, effektiv begegnet wurde.

Von der History über die Herstory zur „Hermstory“

So oder so scheint die Zeit gekommen zu sein, dass die „Fälle“ nach jahrzehntelanger medizinischer Folter antworten, den Präventionsgedanken der Medizin (operieren, um Leid zu vermeiden) mit der Wirklichkeit konfrontieren (die Operationen verursachen Leid). Dies beinhaltet auch das Erforschen und Aufschreiben der eigenen Geschichte, die der Freak-Show, die die Medizin mit ihren Klassifikationen erschaffen hat, positive Bilder entgegenstellt. Ist Herculine Barbin historisch der_die bekannteste Inter* durch einen Text von Michel Foucault geworden, hat Kromminga im Rahmen der Hermstory weitere 20 Inters* ausfindig machen können, die historisch belegt sind.

Ein historischer Abriss zum Umgang mit Intergeschlechtlichkeit findet sich bei der in Berlin

ansässigen Ulrike Klöppel, eine Verbündete der Inter*-Bewegung seit fast 20 Jahren. Von der Medikalisierung des Geschlechts über die enge Allianz medizinischer und juristischer Fachdiskussionen, der Entwicklung der Theorie der frühkindlichen sozialen Prägung, dem Behandlungsvorgehen seit 1950 in den USA, der Ausdifferenzierung in „gender role“ und „gender identity“ bis hin zu der Verschiebung vom Behandlungsziel der Fortpflanzung hin zu psychischer Stabilität und sozialer Einbindung zeichnet Klöppel kenntnisreich die relevanten gesellschaftlichen Entwicklungen primär in den USA und Deutschland nach. Sie führt aus, dass es bereits 1900 zu Zeiten des Deutschen Reichs den Vorschlag eines Juristen gab, das Geschlecht eines „hermaphroditischen“ Neugeborenen mit „Zwitter“ anzugeben, da das Personenstandsgesetz nicht vorschrieb, was als gültiger Geschlechtseintrag zählen durfte. Eine Diskussion, die brandaktuell ist und die jüngsten Diskussionen und Änderungen des Personenstandsgesetzes in Deutschland berührt. Klöppel stellt auch eine der zentralen Fragen zum Thema Intergeschlechtlichkeit: „Wie kann es sein, dass die medizinische Sichtweise politisch mehr Gewicht hat als die Kritik von Inter*-Organisationen?“ (S. 87)

Positionierungsfragen

Aber was vertreten denn Inters* politisch? Der sofortige Stopp kosmetischer Genitalverstümmelungen an Kindern ist Konsens, in den Beiträgen werden aber auch verschiedene Spannungsfelder deutlich. Soll mit Mediziner_innen zusammen gearbeitet werden oder ohne beziehungsweise gegen sie? Wie weit reichen die Allianzen mit LSBTQ-Bewegungen, die Inter*-Agenden in der Vergangenheit gerne auch mal geschluckt haben? Mehrere Texte berichten von Coming Out-Prozessen als Inter*, die mit verinnerlichter Trans*-Feindlichkeit einhergingen: „Für mich war es unheimlich wichtig, als Frau akzeptiert zu werden (damals eine Voraussetzung dafür, als Lesbe akzeptiert zu werden) und eine kurze Zeit lang stand ich Trans*-Menschen ziemlich feindlich gegenüber. Meiner Erfahrung nach geht es vielen Inters* so“ (S. 74). Wobei das Verhältnis von Inter* und Trans* ein kompliziertes ist und viele Facetten beinhaltet. Auch verschiedene Betroffenheiten können konflikthaft sein: schon kurz nach der Geburt operiert, während der Pubertät, im Erwachsenenalter oder gar nicht? Wer ist authentisch genug und darf sich „Inter*“ nennen? Und ist „Inter*“ dann eine Identität oder nicht?

Der sehr lesenswerte Dialog zwischen Ulrike Klöppel und Del LaGrace Volcano geht auf viele dieser Fragen und Konflikte ein und ist auf andere Herrschaftsverhältnisse durchaus übertragbar. Klöppel hat ein „kritisches Verständnis von Identitätspolitik“ (S. 75) entwickelt und stellt heraus, dass „die queer_feministischen und die Inter*-Bewegungen das Ziel [teilen], körperliche und psychologische Geschlechternormen aufzulösen und deren gesellschaftliche, medizinische und juristische Durchsetzung abzuschaffen“ (S. 74). Weitere inhaltliche Schnittstellen könnten in dieser Hinsicht Verbindungen zur Behindertenbewegung, Antipsychiatriebewegung, Disability Studies und Medizinkritik sein. Was den Projektionsgehalt auf Körper angeht, ergeben sich ebenfalls Bezugspunkte zu Postkolonialen Analysen. Nicht nur, aber auch diese Publikation macht deutlich, dass Genitalverstümmelung nichts ist, was rassistischen Projektionen entspringend im hintersten Winkel der Welt passiert, sondern vor der eigenen Haustür geschieht, im Herzen der Bestie. Und auch Klassenaspekte schimmern immer wieder mal implizit durch: zerstörte Lebensläufe, Uni-Abbrüche, Berufsverbote, Ausschlüsse vom Arbeitsmarkt oder Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Traumatisierungen tragen zu prekären Lebenslagen von Inters* bei.

Lob und Kritik

An dem Sammelband arbeitete ein Team von vier Herausgeber_innen anderthalb Jahre lang. Einige davon sind selbst intergeschlechtlich und die Beiträge stammen fast ausschließlich von Inters*. Es wird angenehm wenig medizinisches Wissen reproduziert und es kommen keine Mediziner_innen oder andere vermeintliche „Experten“ zu Wort. Umso verwunderlicher ist es, dass sich die Definition von Intergeschlechtlichkeit bereits auf der Umschlagseite am medizinischen Paradigma des Auseinanderfallens chromosomaler, hormonaler und/oder genitaler

Geschlechtsmerkmalsgruppen orientiert. Das, was Inters* zu Inters* macht, sind Erlebnisse in zweigeschlechtlich organisierten Gesellschaften, also Erfahrungsdimensionen, die jenseits medizinischer Wissensproduktion liegen und auf die auch maßgeblich im Buch eingegangen wird. Das ist seine Stärke, zugleich auch seine Schwäche: Es mag für Leser_innen, die kein Wissen über biologische und medizinische Hintergründe und die verschiedenen Formen (chromosomal, gonadal, genital, hormonell) von Intergeschlechtlichkeit haben, verwirrend sein, dass die Operationen nicht unbedingt im Kleinkindalter stattfanden und auch nicht immer die Genitalien im Fokus standen.

Ebenfalls problematisch ist auch in diesem Buch die immer wieder reproduzierte Rede der „uneindeutigen Genitalien“. Was soll das sein? Jedes Genital ist eindeutig! „Uneindeutige Genitalien“ kann es nur in einer zweigeschlechtlich organisierten Gesellschaft geben. Wenn von „Uneindeutigkeit“ die Rede ist, sollte der Begriff „Zweigeschlechtlichkeit“ nicht weit sein...

Viel Lob verdient das Unterfangen, aus insgesamt neun Ländern autobiografische Berichte zusammengetragen zu haben. Bei einigen Beiträgen wären jedoch mehr Hintergründe zu den einzelnen Ländern wünschenswert gewesen, zudem stellt sich beim Lesen gelegentlich die Frage, in welchem Land die Autor_innen ihre Erfahrungen gemacht haben. Sally Gross' Artikel, der südafrikanische Verhältnisse bezogen auf Intergeschlechtlichkeit erklärt, ist eher die Ausnahme. Auf die aktuelle Situation in Deutschland geht Dan Christian Ghattas ein. Hier wäre die Information wünschenswert gewesen, dass nach § 59 Abs. 2 PStG eine Geburtsurkunde ohne Geschlechtseintrag beantragt werden kann, und zwar von allen Eltern, unabhängig davon, ob ihr Kind intergeschlechtlich ist oder nicht.

Was ebenso Lob verdient ist die Vorstellung der wichtigen Inter*-Organisationen im deutschsprachigen Raum und das Glossar am Ende des Buches. Bei den Begriffen „Herm“ und „Zwitter“ wird ausgeführt, dass Nicht-Inters* diese Begriffe „nicht verwenden“ sollten. Meint das für sich selbst oder sie sollten sie generell gar nicht in den Mund nehmen?

Die aufgeworfenen Fragen und Kritikpunkte sollen jedoch in keiner Weise die herausragende Bedeutung dieser Publikation schmälern, die bisweilen auch sehr unterhaltsam und lustig ist. Beispielsweise Belgin Inan, der_die als Kind mit einem Kugelschreiber in Atlanten die Ländergrenzen einfach neu zieht und der_die später aus der Einsamkeit heraus und als Selbsthilfe anfängt, sich selbst Briefe von einem imaginären revolutionären Geliebten zu schreiben und dadurch ins Fadenkreuz der Sicherheitsbehörden gerät.

Ich danke allen, die zu diesem wunderschönen und wichtigen Buch beigetragen und den Mut gefunden haben, ihre Geschichten aufzuschreiben.

Elisa Barth, Ben Böttger, Dan Christian Ghattas, Ina Schneider (Hg.) 2013:
Inter. Erfahrungen intergeschlechtlicher Menschen in der Welt der zwei Geschlechter.
NoNo, Berlin.
ISBN: 978-3-942471-03-9.
124 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Andreas Hechler: Hermstories. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013.
URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1176>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Sprachpolitik als Klassenprivileg



Lann Hornscheidt

feministische w_orte

ein lern-, denk- und handlungsbuch zu sprache und diskriminierung, gender studies und feministischer linguistik

Auch die neueste feministische Sprachintervention zeugt von einer Ignoranz gegenüber Klassenverhältnissen und verfehlt die politische Praxis.

Rezensiert von [Martin Brandt](#)

Seitdem sich vor vielen Jahrzehnten im Zuge der Neuen Frauenbewegung an den Universitäten eine Feministische Linguistik etablierte, wird die Vorherrschaft des Maskulinums beziehungsweise des damit assoziierten männlichen Geschlechts in der deutschen Sprache offensiv kritisiert. Und tatsächlich konnten mittlerweile viele Studien nachweisen, dass Sätze wie „Die Sprachwissenschaftler sollten Lob für ihre Arbeit ernten“ eben nicht so verstanden werden oder so intendiert waren, dass auch Frauen darin mitgemeint sind. Diese Ausschlüsse und Ausschlussverfahren zeigen, dass das grammatische Geschlecht nicht unabhängig vom mutmaßlichen biologischen Geschlecht betrachtet werden kann und dass Sprachkritik kein Hirngespinnst feministischer Linguist_innen ist.

Binnen-I und Unterstrich waren gestern

Um dieses Ungleichgewicht zugunsten der Männer, das sich im Deutschen vor allem in der Grammatik niedergeschlagen hat, zu beheben, hat die feministische Sprachkritik von Anfang an auf sprachpolitische Maßnahmen gesetzt. Binnen-I und Unterstrich sind dahingehend die bekanntesten Beispiele, die Einzug in die deutsche Sprache gehalten haben und von größeren Sprecher_innengruppen benutzt werden. Sollte das Binnen-I („SprachwissenschaftlerIn“) vor allem Frauen sichtbar machen, ging es den Benutzer_innen des Unterstrichs („Sprachwissenschaftler_in“) um die Infragestellung des biologischen Geschlechts und die Sichtbarmachung all jener Menschen, die sich nicht dem System der Zweigeschlechtlichkeit unterordnen wollen oder können, also Transgendern, Transsexuellen oder Intersexen.

Die jeweils propagierten Sprachinterventionen blieben zu keinem Zeitpunkt unwiderrprochen, weder in der Feministischen Linguistik noch im öffentlichen Diskurs. Dementsprechend verwundert es kaum, wenn auch Lann Hornscheidt in „feministische w_orte“, einem „lern-, denk- und handlungsbuch zu sprache und diskriminierung, gender studies und feministische linguistik“ zunächst einen Rundumschlag gegen alle bisherigen Interventionsversuche macht. Im Gegenzug zu Binnen-I und Unterstrich, die vor dem Hintergrund des Differenz- beziehungsweise des Queerfeminismus eingeführt wurden, basiert Hornscheidts x-Form („Sprachwissenschaftx“) auf einem „interdependenten“ Verständnis von Sexismus, das bei Hornscheidt unter „Genderismus“ firmiert. Unter diesen Begriff fallen sechs Formen sexistischer Diskriminierung. Hornscheidt kritisiert damit die zweigeschlechtliche Grundkonzeption der Gesellschaft („zweigeschlechtlichkeit“), die Gleichsetzung von Männlichkeit mit Normalität („androgenderung“), die Normalisierung von Heterosexualität („heteragenderung“), die Diskriminierung aufgrund einer zugeschriebenen Reproduktionsfunktion („reprogenderung“), die Annahme von eindeutig in die Zweigeschlechtlichkeit zuordenbaren Körpern („cisgenderung“) und überhaupt die Relevanzsetzung von Geschlecht („kategorialgenderung“). Diese Formen sexistischer

Diskriminierung aber versteht Hornscheidt nicht losgelöst von anderen Herrschaftsverhältnissen, sodass Hornscheidt „genderistische“ Herrschaftsverhältnisse mit rassistischen und ableistischen (die Diskriminierung aufgrund der körperlichen Befähigung) begrifflich zusammenführt. Wissenschaftstheoretisch gesprochen geht Hornscheidt damit vom Paradigma der Intersektionalität ([#10](http://kritisch-lesen.de)), das noch für die Unterstrichschreibweise charakteristisch war, über zum Paradigma der Interdependenz: Herrschaftsverhältnisse werden nicht mehr nur additiv gedacht, sondern sich gegenseitig verstärkend und beeinflussend. Das heißt konkreter, dass eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts niemals losgelöst werden kann von rassistischen oder ableistischen Strukturen, diese also immer mittheoretisiert werden müssen. Das an alle geschlechtlichen Wortspezifizierungen gehängte Hornscheidtsche -x soll nun diese Interdependenz zum Ausdruck bringen: „Einx schlaux Sprachwissenschaftx liebt xs Bücher“.

Ausklammerung von Klasse

So bedacht Hornscheidt auch ist, Sexismus/Genderismus, Rassismus und Ableismus zusammen zu verhandeln, klammert Hornscheidt Klassenverhältnisse auf kuriose Weise aus. Dies ist umso merkwürdiger, als es interdependenten Analysen eben genau darum geht, die unterschiedlichen Unterdrückungsformen nicht isoliert voneinander zu betrachten. Zwar wisse Hornscheidt um die „unterschiedliche[n] herstellungen einer hierarchisierung gesellschaftlicher möglichkeiten und zugänge“ (S. 59) durch Klassismus, auch sind für Hornscheidt „alle diese realisierungsformen von class [...] gleichzeitig immer auch über die interdependenz von genderismus_rassismus_ableismus strukturiert“ (ebd.). Jedoch ist Hornscheidts Klassismusverständnis ein falsches, wenn es Klasse lediglich als „gleichberechtigte“ Unterdrückungsstruktur neben anderen „gleichberechtigten“ Unterdrückungsstrukturen innerhalb des Interdependenz-Paradigmas (und damit auch wiederum nur intersektional) begreift, die notfalls auch ausgeklammert werden kann. Eine solche soziologisch verkürzte Analyse wird der Frage nach der politisch-ökonomischen Dimension der kapitalistischen Wirtschaftsweise und ihrer dann auch soziologischen Konsequenzen in keinsten Weise gerecht.

Dazu passt, dass Hornscheidt einen Klassen-Theoretiker wie den männlichen, *weißen*, sogenannten able-bodied Karl Marx rein aufgrund von dessen „falschem“ Geschlecht, „falscher“ Hautfarbe und „falscher“ Befähigung verwirft und nicht argumentativ aufgrund von dessen Thesen:

„sowohl bell hooks als auch chrystos machen deutlich, dass ein immer noch beziehen von class-kriterien, -definitionen und -klassifizierungen auf karl marx eine ent_wahrnehmung einer eurozentristischen weißen typisierten ableistischen auffassung sei, die an dieser stelle universalisiert würde“ (S. 59)

Nun aber ist „objektives Wissen“ nicht an die soziale Positionierung als solche geknüpft und darauf limitiert, sondern ist lediglich die *Durchsetzung* des „objektiven Wissens“ in sexistischen, rassistischen und ableistischen Klassengesellschaften an die privilegiertere soziale Position gebunden. Dass eine fundamentale Kritik der kapitalistischen Produktionsweise zuerst von einem *weißen* gesunden Mann geliefert wurde, sagt deshalb erst einmal wenig über die Qualität der Theorie aus als über die ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, die es Schwarzen, nicht-ableisierten, lesbischen Frauen eher versagt, solcherlei Analysen zu produzieren. Deshalb auch besitzt nicht *automatisch* der_*diejenige* Deutungshoheit über einen Sachverhalt, der_*die* aus der unterdrücktesten aller sozialen Positionen spricht.

Sprachpolitische Konsequenzen

Die Ausklammerung von Klasse ist nun jedoch keine Besonderheit Hornscheidts, sondern seit Anfang an Merkmal feministischer Sprachpolitik, die in vielen Fällen nicht danach fragte und fragt, wer sich ein solches Sprechen überhaupt leisten kann oder leisten will. Eine Klassenanalyse dieser akademischen Sprachkritiker_innen würde ergeben, dass sie ihre eigenen ökonomisch

privilegierten Positionen verschleiern, ihre partikularen Interessen verallgemeinern und dadurch neue Ausschlüsse produzieren. Eine theoretisch einsichtige Sprachkritik nämlich wird dann falsch, wenn sie als übersetzte Politikform von den unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen und Bildungsvoraussetzungen der Menschen abstrahiert und ihre Interventionsvorschläge verabsolutiert, gemäß dem Motto: wer nicht nach unserer Zunge spricht, hat bei uns nichts verloren.

Gleichwohl Hornscheidts Vorschlag der x-Form, der unter sprachwissenschaftlichem Gesichtspunkt der bisher avancierteste ist, ohne Zwang daherkommt, bleibt der Eindruck, dass eine solche Sprachkritik und -politik vergessen hat, dass die Mehrheit der Menschen ihr Dasein nicht auf sprachwissenschaftlichen Professor_innenstühlen fristet und mit Problemen zu kämpfen hat, die Alternativen zum generischen Maskulinum nicht werden lösen können. Fruchtbarer für ein Diskussionsklima wäre deswegen, politische Partizipation nicht allein von der Einhaltung formalsprachlicher Subszenen-Standards abhängig zu machen.

Lann Hornscheidt 2012:

feministische w_orte. ein lern-, denk- und handlungsbuch zu sprache und diskriminierung, gender studies und feministischer linguistik.

Brandes & Apsel, Frankfurt a. M..

ISBN: 978-3-86099-948-6.

384 Seiten. 36,90 Euro.

Zitathinweis: Martin Brandt: Sprachpolitik als Klassenprivileg. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1177>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:31.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.